Kongreß-Ausgabe

Erscheint jeden Freitag.
Postsparkassen-Konto Nr. 45983.
Inseraten-Abteilung Nr. 63372.
Telephon Nr. 626-30.
Redaktion und Administration: Prag I., Dlouhá 41.
Inseratenpreis 3 Kč pro mm unserer Spaltenbreite.
Bezugspreis (mit „Spiegel d. Jüd. Welt") halbjährig Kč 45.—.
XXV. Jahrgang.
Nr. 29

Selbstwehr
Jüdisches Volksblatt

Heute: Beilage Spezialnummer der Blätter für die jüd. Frau über Die VI. Weltkonferenz der Wizo

24. Thamus 5691.
9. Juli 1931.

Die Zielsetzungsklippe

F. W. **Basel**, 7. Juli.

Der Kongreß ist an jenem typischen Einschnitt angelangt, der die Reden von den Taten trennt. Bisher hat man nur geredet, nun soll man Beschlüsse fassen, Formulierungen, Auswege, ja, man kann fast sagen, Rettung suchen. Der Aufmarsch der Redner war wie immer abwechslungsreich und charakteristisch. Man hörte deutsche, amerikanische, französische und jüdische Rhetorik; man hörte kluge und temperamentvolle Redner; sah, wie gute und bösartige, milde und giftige Menschen dem Saal ihre Ueberzeugung aufzwingen wollten. Man fühlte Kraft mit Logik vereint, aber auch Kraft, von aller Logik verlassen. Viele kamen, um sich dem Rausch ihrer eigenen Rhetorik hinzugeben, und je mehr sie sich berauschten, desto mehr befreiten sie sich von den Fesseln der Wirklichkeit; nur wenige hatten die Kraft, auch als Redner der Realität in die Augen zu schauen. Es ist leichter, in diesem Kongreß rednerische Erfolge zu haben, als einen Weg aus der schwierigen Situation der Zionistischen Organisation zu finden. Es ist keine Frage, heute, im Stadium der Generaldebatte, unter dem Eindruck von Pathos und Lyrik, ist die Majorität des Kongresses proklamatorisch gestimmt. Dieser Kongreß hat scheinbar heute nur einen großen Wunsch: Zu sagen, was wir leiden; zu sagen, was wir wollen. Wie begreiflich nach allem Unrecht und Ungemach! Aber wie unklug und unpolitisch! Doch, es ist nun einmal so: Klug ist der Kongreß nicht; klug ist vielleicht überhaupt kein Parlament! Und es ist der tragische Fehler unserer Organisation, daß die Willensbildung einer Körperschaft anheim gegeben ist, die, ihrer ganzen Psychologie nach, nicht realpolitisch, sondern pathetisch eingestellt ist.

Im jetzigen Moment ist der ganze Kongreß auf das Problem des zionistischen Endzieles konzentriert. Es ist trotz der Warnung aller Vernünftigen, aller, die mit unserer Politik praktisch zu tun haben, den Revisionisten gelungen, dieses Problem in den Mittelpunkt nicht nur der Debatte, sondern heute aller Kongreßbeschlüsse zu stellen. Intendiert ist dabei offenbar der Umsturz in der zionistischen Leitung. Die Endzieldebatte ist der Stein, über den Weizmann — wenn man seine Einstellung und die Majoritätsverhältnisse des Kongresses gerade dieser Frage gegenüber betrachtet — stolpern soll. Das ist der Zweck der Uebung. Leider hat Weizmann den Revisionisten durch ein Interview, das er der JTA. gegeben hat, und dessen Sinn kein Mensch auf dem Kongreß versteht, einen Stich in die Hand gegeben, auf den sie in ihren kühnsten Träumen nicht haben hoffen können. Er hat im ungeschicktesten Moment sich zu einem Interview überreden lassen, das die heikle Frage der Zielsetzung im Wesen außenpolitisch richtig, aber in der Fassung nicht nur inner-, sondern sogar auch außenpolitisch sehr ungeschickt behandelt. Warum er das getan hat, wissen auch seine Freunde nicht. Man sucht natürlich alle möglichen inner- oder außenpolitischen Motive dahinter, spricht von einem politischen Selbstmord und allerhand anderen Dingen; aber die wahrscheinlichste Hypothese ist wohl die, daß eben Homer auch einmal ein bißchen geschlafen hat, und einem allzu wachen Journalisten erlegen ist. Weizmann hat den schlechten Eindruck seines Interviews sofort durch eine Erklärung, die ganz gut abgefaßt ist, gemildert, aber keineswegs gutgemacht. Denn die direkte Folge dieses Interviews war, daß es den Revisionisten gelungen ist, die Frage der Zielsetzung sofort aufzuwerfen. Das ist die momentane Situation.

Das Resultat ist, daß nun jede Gruppe mit einer Zielsetzungsformulierung kommt. Und wie so oft, werden nun schwere politische Probleme zu Fragen der Stilisierung. Es ist zweifellos, daß die Linke und die Gruppe Zentrum A — das sind also momentan die einzigen Anhänger der Einstellung Weizmanns zur Frage der Zielsetzung, wie sie in seiner Antwort auf die Interpellation wegen seines Interviews am deutlichsten zum Ausdruck kommt — versuchen werden, die Absetzung von der Tagesordnung durchzusetzen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dies gelingen wird. Die Gruppe B, der große, unbekannte, unsichere, aber doch entscheidende Faktor dieses Kongresses, wird schwerlich für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Ausgeschlossen ist es aber nicht. Es ist nicht unmöglich, daß sich aus der Reihe der Proklamationsgruppen einige vernünftige Menschen finden werden, welche die Verantwortung für die Folgen nicht werden übernehmen wollen, die aus der Feststellung einer unglücklichen Majoritätszielsetzung für die weitere Politik der Zionistischen Organisation hervorgehen dürften. Die Entscheidung werden die nächsten Tage bringen.

Aufmarsch der Parteien

Kampf um Proklamationen
Decharge für Weizmann
Noch keine Lösung der Leitungsfrage

Die Situation Donnerstag mittags

(Telephonnachricht unseres F. W.-Berichterstatters.)

Basel, Donnerstag mittags.

Noch immer bildet den Schwerpunkt des Kongresses die Frage der Resolution der Endzielsetzung, welche in der politischen mission behandelt wird. Es wird noch immer um zwei Varianten, Mehrheit oder Parität ohne Rücksicht auf die numerische Stärke, gekämpft. Die Entscheidung liegt bei der Gruppe B der Allg. Zionisten (Polen, Amerika usw.), welche eine mildeste Fassung, aber noch immer vorläufig die Proklamierung der Forderung nach jüdischer Mehrheit in Palästina verlangt; es wird darauf ankommen, ob sie fest bleibt.

Möglicherweise kann doch noch eine Formel gefunden werden, ohne Majoritäts-Deklamierung, welche Linke und die Gruppen A und B der Allgemeinen umfaßt.

Eine Kombination mit Weizmann in der künftigen Leitung ist freilich heute schon fast ohne jede Aussicht. Die Revisionisten haben kein Mißtrauensvotum gegen Weizmann, wie es Jabotinsky in seiner Rede angekündigt hatte, eingebracht, offenbar, um sich die Niederlage einer Abstimmung gegen das Votum zu ersparen. Ein Beweis, daß sie zur Standfestigkeit der Gruppe B kein Vertrauen haben.

Die Kommissionen sind noch nicht mit ihrer Arbeit fertig. Es wird sehr schwer sein, den Kongreß zu der ursprünglich anberaumten Frist zu beenden.

Eine Kombination über die endgültige Lösung der Leitungsfrage ist jetzt [illegible]. Die Revisionisten weichen vorläufig den Fragen über die Leitungsübernahme aus und verlangen vorerst Zielsetzung und Proklamationen in ihrem Sinne.

Die čsl. Delegierten in den Kommissionen

(Von unserem Berichterstatter).

Basel. Die Delegierten der tschechoslowakischen und jugoslawischen Landmannschaft (die sich zu einer Gruppe vereinigt haben) sind in den Kommissionen folgendermaßen vertreten:

Permanenzausschuß: Dr. Rufeisen (Stellvertreter: Dr. Sonnenmark), Hochsinger (Stellvertr.: Stern).
Politik: Dr. Goldstein (Stellv.: Horn).
Organisation: Horn.
Palästinabudget und Finanzen: Stern (Bleiweiß).
Kolonisation: Steindler (Sonnenmark).
Imigration: Bleiweiß (Steindler).
Erziehung: Sternbach.
Gesundheit: Sonnenmark.
Wirtschaftsentwicklung: Stern.

Arbeitergegnerischer Block in den Kommissionen

Der Montag-Vormittag war ausschließlich Kommissionssitzungen gewidmet. In den frühen Morgenstunden konnte die Permanenzkommission, deren Bildung auf große Schwierigkeiten gestoßen war, endgültig konstituiert werden. Die Arbeiterpartei, die auf Grund der bisherigen Gepflogenheit als stärkste Fraktion den Vorsitzenden der Kommission hätte stellen sollen, hatte hierfür den Delegierten Berl Locker in Vorschlag gebracht. Dementgegen wurde die Konstituierung in folgender Weise vorgenommen: Dr. Georg Halpern (Allg. Zionist) Vorsitzender, Richard Lichtheim (Revisionist), H. Farbstein (Misrachi), Berl Locker (Poale Zion), Dr. Rufeisen (Allg. Zionist) stellvertretende Vorsitzende.

Die Arbeiterpartei war schon früher, bei der Besetzung des Präsidiums der Politischen Kommission übergangen worden. Dadurch, daß die übrigen Parteien mit Ausnahme der Linken allgem. Zionisten eine Einheitsfront gegen sie gebildet hatten, wurde nicht ihr Kandidat Dr. Arlosoroff, sondern der Allgemeine Zionist Dr. Ringel zum Vorsitzenden der Politischen Kommission gewählt. Nunmehr gaben die Vertreter der Arbeiterpartei zum Protest gegen die Uebergehung ihrer Gruppe bei der Besetzung der Präsidien der beiden wichtigsten Kommissionen die Erklärung ab, sie würden in keiner Kommission den Vorsitz oder Vizevorsitz übernehmen.

Die Permanenzkommission nahm nach ihrer Konstituierung sofort die sachlichen Beratungen auf. Die einzelnen Parteien haben jedoch zur Frage der Leitung noch nicht endgültige Stellung genommen. Die Revisionisten haben angekündigt, sie würden ihren Standpunkt zur Leitungsfrage erst bekannt geben, wenn ihre Formulierung des Endzieles der Bewegung zumindesten in der Kommission Zustimmung gefunden haben würde.

Herzl-Gedenkfeier in Basel

Basel. Am Sonntag, dem 5. Juli, nachmittags, feierte der Kongreß die Jahrzeit Theodor Herzls, des Schöpfers des Kongresses und der modernen zionistischen Bewegung, dessen siebenundzwanzigster Todestag sich am 20. Thamus (5. Juli) jährte. Die Feier war gleichzeitig dem Gedenken der jüdischen Toten gewidmet, die während des Angriffs auf den Jischuw in den August- und Septembertagen 1929 gefallen sind. Auch hielt der Präsident den seit dem XVI. Kongresse verstorbenen hervorragenden Zionisten einen Nachruf. Die Feier verlief sehr stimmungsvoll. Anschließend hielt Jitzchak Grünbaum ein Referat über die Lage der Weltjudenheit, das wir auf Seite 6 widergeben.

Zusammensetzung des Kongresses

Basel. Der Kongreß setzt sich nach endgültiger Entscheidung aus 80 Allgemeinen Zionisten, 77 Angehörigen der linken Parteien, 50 Revisionisten, 36 Vertretern des Misrachi, 8 Radikalen und einigen Parteilosen zusammen.

Schaffung eines Weltverbandes allgemeiner Zionisten

Basel. Zwischen den beiden Gruppen der Allgemeinen Zionisten ist eine Einigung dahin zustandegekommen, daß ein gemeinsamer Weltverband der Allg. Zionisten auf der Basis eines verkleinerten Zionismus, worunter Nichtannahme des Gedankens eines binationalen Staates zu verstehen ist, geschaffen werden soll. Das Ziel des Verbandes soll die Aktivierung von schöpferischer Arbeit und Kapital bilden. Der neue Verband wird alle Gruppen der Allgemeinen Zionisten einschließlich der Eder-Gruppe und der deutschen Zionisten umfassen. Der Text des Beschlusses wurde am Sonntag in vorgerückter Nachtstunde von den Vertretern von 34 Ländern unterzeichnet. Als erste unterschrieben Julian Mack und Leo Motzkin.. Durch den Beschluß wird eine Einheitsfront der Allgemeinen Zionisten geschaffen, die jedoch erst nach dem Kongreß in Erscheinung treten wird, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Eder-Gruppe und den übrigen Vertretern der Allgemeinen Zionisten in der Frage der Führung durch Weizmann und der Haltung gegenüber der englischen Regierung nicht überbrückt werden konnten.

Warburg kommt nicht nach Basel

New York. Dr. Cyrus Adler, Mitglied des Präsidiums des Council der Jewish Agency, und Joseph C. Hyman, Sekretär des Joint Distribution Committee, haben an Bord der Bremen die Ueberfahrt nach Europa zur Teilnahme an den Tagungen des Council in Basel angetreten. Der Sekretär des American Jewish Committee Morris Waldman begibt sich an Bord des Schiffes „New Amsterdam" nach Europa. Dagegen wird der Präsident des Joint Distribution Committee und bisherige Vorsitzende des Administrativ Committee der Jewish Agency, Felix M. Warburg, diesmal nicht zur Tagung des Council nach Basel kommen.

Col. Kisch kandidiert nicht mehr

Jerusalem. Colonel Kisch hat der Permanenzkommission des [illegible] wünsche nicht, daß seine Kandidatur für die zion. Exekutive in Betracht gezogen werde. Es erscheine ihm wünschenswert, daß ein Wechsel in der Vertretung der zion. Bewegung gegenüber der Palästina-Regierung stattfindet. Er werde auch in privater Eigenschaft der zionistischen Sache dienen.

Eine große KKL.-Spende Salman Schockens

Basel. Aus Anlaß der Jahrzeit Theodor Herzls spendete Salman Schocken, der hervorragende deutsche Wirtschaftsführer und Zionist, Mitglied des Direktoriums des Keren Kajemeth, eine Summe von 3000 Pfund an 500.000 Kronen für den Keren Kajemeth zum Ankauf und zur Entwicklung von Boden für neue jüdische Siedlung.

Die Tote-Meer-Konzession vor dem Unterhaus

London. Auf eine Frage des Abgeordneten Marcus (Labour Party), wann der Landentwicklungsdirektor für Palästina ernannt werden würde, welches seine Aufgaben seien, welche Amtsdauer und welche Gehaltshöhe für ihn in Aussicht genommen sei, erklärte Unterstaatssekretär für die Kolonien, Doktor Drummond Shiels, im Unterhause, man hoffe, die Ernennung in nächster Zeit durchführen zu können. Eine Anfrage Colonel Howard Burys, ob der Direktor ein Engländer sein werde, blieb unbeantwortet. Schließlich erklärte Dr. Shiels auf eine Anfrage des Abg. Mc. Sahne (Labour Party), er sei nicht in der Lage, eine Erklärung über die Verhandlungen bezüglich der Landentwicklung in Palästina abzugeben.

Auf eine Frage Howard Burys bezüglich weiterer Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Tote-Meer-Konzession erklärte Unterstaatssekretär für Aeußeres, Dr. Hugh Dalton, es sei vor kurzem eine Note der französischen Regierung über diesen Gegenstand eingelangt und werde gegenwärtig geprüft. Das der französischen Regierung im Juli v. J. gemachte Anerbieten, die Frage dem Internationalen Gerichtshof im Haag zur Entscheidung zu unterbreiten, sei bisher von der französischen Regierung nicht angenommen worden.

Politik und Aufbau

Die Referate Brodetzkys, Ussischkins, Hantkes und Arlosoroffs

Politik

In der Nachmittagssitzung vom 1. Juli erstattete Professor Selig Brodetsky das Referat über die politische Arbeit der Exekutive in London. Nach den August-Unruhen im Jahre 1929 fanden die Besprechungen mit dem Kolonialsekretär über die Sicherheit in Palästina statt. Eine Delegation des A. C. sprach beim Kolonialamt vor. Im letzten Jahre sind in Palästina auch verschiedene Aenderungen in den Einrichtungen für die Sicherungen erfolgt. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die Frage der Sicherheit noch nicht gelöst ist und daß eine solche Lösung eine wichtige Aufgabe der politischen Kommission der zukünftigen Exekutive bleibt. Kurz nach dem Erscheinen des Shaw-Berichtes wurde eine große Offensive gegen unsere Arbeit in London durch die arabische Delegation eröffnet. Wir fühlten aus den Besprechungen mit der Regierung eine Tendenz zur Verlangsamung unserer Arbeit heraus. Wir haben die Regierung offiziell davor gewarnt, die Einwanderung zu verringern. Im Laufe der Verhandlungen ist der Gedanke aufgetaucht, gemeinsame politische Linien auszuarbeiten. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, da die Regierung vor dem Erscheinen des Simpson-Berichtes keine Erklärung über Boden- und Emigrationsfragen geben wollte. Inzwischen fand die außerordentliche Sitzung der Mandatskommission statt, deren scharfe Kritik großen Einfluß auf die öffentliche Meinung in London hatte. Im September 1930 begannen wir nach dem Erscheinen des Simpson-Berichtes neuerliche inoffizielle Verhandlungen mit der Regierung. Die Regierung stellte sich scheinbar auf den Standpunkt, daß die Bestimmung der Politik ihre und nicht unsere Sache sei. Schließlich erschien das Weißbuch und darauf folgte die Resignation Weizmanns. Durch beide Ereignisse wurde die öffentliche Meinung in England tief erschüttert. Politisch einflußreiche Kreise gaben der Meinung Ausdruck, daß das Weißbuch nicht im Einklang mit dem Mandat stehe. Es kam die Einladung, die Fragen des Weißbuches in einer Kabinettskommission zu diskutieren. Dies bedeutet, daß man das Problem Palästina zeitweilig der Kompetenz des Colonial office entziehen wollte. Wir haben auch den Versuch gemacht, Vertreter aus Amerika und Palästina zu den Verhandlungen heranzuziehen — es ist leider nicht gelungen.

Nach dem Weißbuch kam der MacDonald-Brief. Ich will hier öffentlich feststellen, daß der Brief von der Leitung keinesfalls als ein Sieg aufgefaßt wurde, sondern eben als ein Dokument, das die Fortsetzung der Diskussion mit der Regierung ermöglicht. Es ist nicht meine Sache, ein Dokument der englischen Regierung zu verteidigen, aber verteidigen will ich unsere Haltung zu diesem Dokument. **Der Brief hat tatsächlich viel Nutzen gebracht, z. B. bei den späteren Verhandlungen über den Entwicklungsplan. Man hat in England viel davon gesprochen, daß wir die Araber verdrängen.** Wir wissen, das ist falsch. Aber wir wissen auch, daß in der Politik auch Lügen eine starke Wirkung haben. Durch den MacDonald-Brief wurde der Begriff der Depossedierten erst richtig definiert und bei einer neuen Untersuchung wird die Ziffer, die Simpson mit 29 Prozent angibt, so winzig werden, daß sie verschwindet.

Der Brief hat viele Gefahren gebannt und Chancen eröffnet. Aber wir haben sie in Realitäten umzuwandeln. In der letzten Zeit sei der sogen. zweite Teil der Verhandlungen nach dem Erscheinen des MacDonald-Briefes eingeleitet worden. Die Kommission, mit welcher verhandelt werde, besteht aus Vertretern verschiedener Departements. Die Regierung wünsche die Führung einer Untersuchung über den Entwicklungsplan und wirtschaftliche Arbeiten an Ort und Stelle in Palästina. Die Exekutive nehme den Standpunkt ein, daß die Ernennung einer Kommission von dem abhänge, was sie zu tun habe.

Der Bericht der Mandatskommission ist noch nicht erschienen. Dr. Shiels hat erklärt, daß die Zahlen und Daten des Simpson-Berichtes dem Landentwicklungsplan nicht zu Grunde gelegt werden. Dies ist für uns von größter Bedeutung. Es ist uns gelungen, zu beweisen, daß der Simpson-Bericht nicht als Grundlage für landwirtschaftliche Politik in Palästina dienen kann.

Es ist nicht meine Aufgabe, sondern die des Kongresses — schloß Brodetsky — das Prgramm für die nächste Exekutive auszuarbeiten. Ein Grundprinzip muß sein, daß die Richtlinien unserer Politik nicht von Stimmungen festgesetzt werden. Bei der Festsetzung der Richtlinien muß sich das Volk fragen, wie es am besten sein Ziel erreichen kann. (Beifall.)

Keren Kayemet

Das Wort erhält Ussischkin, der, von anhaltendem Beifall empfangen, ausführt: Pogrome werden uns nicht abhalten, nach Palästina zu gehen. Wir haben zuletzt 160 Märtyrer begraben und 3000 neue Juden ins Land gebracht. Man zerstörte jüdisches Eigentum und das jüdische Volk sandte 650.000 Pfund zu seiner Erneuerung. Die Menschen, die die Pogrome organisiert und zugelassen haben, wissen jetzt, daß es auf diesem Wege nicht geht. Man mußte andere Wege suchen und fand die Begrenzung der Immigration. Aber wie gegen Pogrome, so gibt es auch gegen unvernünftige Gesetze eine öffentliche Meinung in der Welt. Auch durch solche Gesetze kann man das Strömen des jüdischen Volkes nach Erez Israel nicht aufhalten. Der dritte Weg: Antisemitische Formen im Land, Verdrängung aus Militär, Aemtern und Polizei. Aber auch das half nichts. Die Juden blieben im Lande, wenn auch nicht als Polizisten und Beamte. Jetzt hat man das Mittel gefunden: den Boden.

Wem der Boden gehören wird, der wird der Herr des Landes sein. Ihr könnt eine Million Juden nach Tel Awiw bringen und Wolkenkratzer bauen: Wenn der Boden ringsum von fremdem Landvolk besetzt sein wird, wird es nicht Erez Israel sein, sondern Palästina bleiben. Bei allen Kommissionen, Berichten, Verhandlungen handelt es sich um die Frage des Bodens. 95 Prozent des Bodens sind wüst und leer. Und man spricht von Ueberfüllung. Der Kongreß muß zeigen, daß alle Berichte und Erklärungen den festen Willen nicht erschüttern werden, das jüdische Land vom jüdischen Nationalfonds auf nationalem Boden mit jüdischen Händen aufzubauen.

Ich schlage dem Kongreß drei Resolutionen vor:

1. Die Grundprinzipien des Keren Kajemeth Lejisrael — die Unveräußerlichkeit des aus den Spenden der Juden durch ihn erworbenen Grund und Bodens, wie auch das im Pachtvertrag festgelegte Prinzip der jüdischen Arbeit — sind für das Gelingen des jüdischen Werkes in Palästina unerläßlich. Die Zionistische Organisation hält daher an diesen Prinzipien fest, und der XVII. Kongreß lehnt die von Sir John Simpson an ihnen geübte Kritik entschieden ab. Das System des Keren Kajemeth entspricht den fortschrittlichsten Idealen der Menschheit, denn es beruht auf sozialer Gerechtigkeit, die eine gerechte Verteilung des Bodens unter diejenigen, die ihn bearbeiten, eine intensive Nutzung des Bodens, Hebung der gesamten Volkswirtschaft des Landes und Wahrung der Interessen der Gemeinschaft als Obereigentümer des Bodens erstrebt.

2. Bodenerwerb ist die Voraussetzung für die Schaffung einer jüdischen Bauernklasse, die die Grundlage des gesamten jüdischen Aufbauwerkes in Palästina darstellt. Daher muß die Bodenerwerbstätigkeit des Keren Kajemeth Lejisrael mit allen Mitteln gefördert werden. Der XVII. Kongreß betrachtet jede den jüdischen Bodenerwerb erschwerende Gesetzgebung als mandatswidrig und hemmend für die Verwirklichung des jüdischen Nationalheimes. Der Kongreß besteht auf der Forderung der Uebergabe eines entsprechenden Teiles der Staatsländereien an die Juden für ihre im Mandat vorgesehene dichte Siedlung. Punkt 3 betrifft die in Amerika gegründete Liga für den Keren Kajemeth Lejisrael.

Es ist jetzt, fuhr Ussischkin fort, ungeheuer schwer, Boden zu kaufen, es ist noch schwerer, den gekauften Boden in die Hand zu bekommen. Wenn Brodetsky vorher von den Hoffnungen gesprochen hat, die wir an den MacDonald-Brief knüpfen, so muß ich Sie an die neue Pächterverordnung erinnern, die vor einigen Tagen erschienen ist. Die Not ist nicht kleiner geworden, die Möglichkeiten, die es noch gibt, bestehen vielleicht nur noch heute. Beeilen wir uns, damit wir in zwei Jahren nicht wieder Vorwürfe vom Präsidenten der Organisation hören müssen, daß wir nichts getan haben. Kommt die Anleihe und mit ihr Bodenkäufe für Kolonisation der Araber, dann sollen alle Kräfte der Zionistischen Organisation darauf gerichtet werden, daß uns nicht die Möglichkeit genommen wird, uns in Gegenden, wo wir schon Fuß gefaßt haben, auszubreiten, und daß man nicht Menschen ansiedelt, die vielleicht einmal alles zerstören. Ich warne Sie vor einer Gefahr!

In den abgelaufenen zwei Jahren hat der KKL Boden im Zentrum von Scharon Wadi Chawarith durch die Spende der kanadischen Juden gekauft. Diesem Beispiel ist spontan unsere ausgezeichnete Föderation in Südafrika gefolgt, das die Bürde übernommen hat, in drei Jahren 75.000 Pfund aufzubringen und bis heute die Hälfte bezahlt hat. Wir haben zirka 15.000 Dunam in der besten Gegend von Scharon damit gekauft. (Starker Beifall.)

Die dritte Föderation, die diesen Weg beschritt, ist die Tschechoslowakei. Sie hat es übernommen, 40.000 Pfund in vier Jahren zur Verfügung zu stellen, um Boden in der Nachbarschaft der tschechoslowakischen Kolonie zu kaufen.

Ich habe in diesem Winter auch Amerika besucht. Auf der Konferenz in Washington wurde der Beschluß gefaßt, jede Stadt habe eine gewisse Bodenparzelle zu erlösen. Es wurde eine besondere Organisation unter dem Namen „League of Keren Kajemeth“ gegründet.

Der Boden von Erez Israel, schloß Ussischkin, ist der archimedische Punkt der zionistischen Bewegung. Unsere Hoffnungen, unser Volk, unsere Organisation, alles hängt vom Boden ab. Werden wir den Boden unter den Füßen haben, dann sind 20 Paßfields für uns nicht gefährlich. Haben wir den Boden nicht, dann werden 20 Balfours uns nicht helfen. Juden für Erez Israel werden wir immer bekommen. Die Frage der nächsten Jahre ist: Erez Israel für die Juden. (Stürmischer Beifall.)

Keren Hajessod

In der Spätabend-Sitzung am 1. Juli erstattete Dr. Arthur Hantke den Bericht des Keren Hajessod.

Schon das Jahr 5691 brachte uns einen Rückgang der Sammlung. Dieser war noch verdeckt durch die große Einnahme des Hilfsfonds. Das Jahr 5692 zeigte den Rückgang ganz klar. 25 Prozent beträgt der Rückgang der Sammlung. Dieser Rückgang ist keine Krisis des Keren-Hajessod-Gedankens, er ist die notwendige Konsequenz der Verarmung der Welt. Die Juden der Vereinigten Staaten von Amerika haben weniger als die Hälfte von dem gegeben, was wir früher bekommen haben. Amerika ist das größte Land der jüdischen Welt und hat wohl auch die wohlhabendste Judenheit. Ich glaube, wir müssen zusammen mit unseren Gesinnungsgenossen aus Amerika prüfen, inwiefern diese Katastrophe Gründe hat, die in der Machtsphäre der zionistischen Welt liegen. Und wenn dies der Fall ist, dann müssen wir Wege aus dieser Situation finden. Ich fürchte, daß wir wohl noch mit zwei Jahren rechnen müssen, in denen die große Masse unserer Zeichner nicht die Möglichkeit haben wird, ihre Steuer für Palästina wieder zur alten Höhe zu erheben. Wir müssen mit einer verkleinerten Steuer rechnen. Was kann man tun, um die Nachteile dieser Tatsache für Palästina auszuschalten? Wir versuchen, eine Anpassung der Verhältnisse in Palästina an die Verarmung der Welt herbeizuführen und mir scheint, dieser Weg liegt nicht etwa in einer Herabdrückung des standard of life auf ein unerträgliches Maß, sondern darin, daß wir allgemeine Vorkehrungen treffen müssen, welche das Leben des jüdischen Bürgers in Palästina erleichtern und ihm die Möglichkeit geben, ein kulturelles Leben zu führen. Der Keren Hajessod ist ein Pionierfonds. Mit dem Pionier kommt der Einwanderer und das Privatkapital. Der Keren Hajessod hat ihm die Wege geebnet, hat die Hypothekenbank geschaffen, die Gründung der Palestine Elektric Corporation und der Potach Company ermöglicht. Er kann aber nicht alles schaffen. Er verlangt den Ausbau weiterer Institutionen in Palästina, kann aber nicht damit einverstanden sein, daß Pionierfondskapital für andere Zwecke in Anspruch genommen wird. Wir brauchen neue Wege, sie müssen aber zu neuen Mitteln, zu neuen Geldwegen führen. Neue Mittel sind in diesem Moment nicht kurzfristig Anleihen. Darüber hinaus brauchen wir zwei Dinge: Wir brauchen privates Kapital, das mit einem eigenen Risiko in Palästina arbeitet, und wir brauchen Geld auf neue Wege ohne Verpflichtung der Rückzahlung und ohne Zinsleistung, um den Ausfall dieses katastrophalen Jahres zu decken.

Was ist das Problem der Arbeit des Keren Hajessod in den nächsten zwei Jahren? 25 Prozent Rückgang erfordern eine Vermehrung der Keren-Hajessod-Zeichner um 33 Prozent, dann werden diese mit den Zeichnungen der bisherigen Zeichner von 75 wieder 100 werden. Es wird eine schwere Aufgabe sein, aber sie ist erzwingbar. Es ist dies die Aufgabe der Stunde. (Beifall.)

Finanzen

In der am 2. Juli, vormittags, abgehaltenen Sitzung erstattete Dr. Chaim Arlosoroff einen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Palästinaaufbaus. In diesem von den Delegierten mit großem Interesse angehörten Bericht führte Arlosoroff aus, daß von jüdischer Seite in den letzten zehn Jahren rund 90 Millionen Dollar nach Palästina gebracht worden sind. Es seien in diesem Zeitraum 90.000 jüdische Einwanderer nach Palästina gekommen, die auf jede einzelne Person entfallene Kapitalseinfuhr müsse mit durchschnittlich 1000 Dollar angenommen werden. Im Hinblick darauf, daß zumindest 20.000 Menschen jährlich kolonisiert werden müssen, was einen Betrag von 20 Millionen Dollar erfordere, seien Keren Hajessod und Keren Kajemeth, die höchstens 5 Millionen Dollar jährlich aufbringen können, als Kolonisationsinstrumente unzureichend. Es erscheine daher die Aufnahme einer internationalen Anleihe dringend geboten. Arlosoroff entwickelte sodann den Plan einer derartigen mit Hilfe der englischen Regierung und des Völkerbundes aufzunehmenden Anleihe zur Förderung der jüdischen Kolonisation in Palästina. Er erklärte, es seien bereits Verhandlungen bezüglich einer solchen Anleihe in Gang. Sodann skizzierte Arlosoroff einen detaillierten Plan zur Schaffung eines Investitionstrusts, durch den Palästina für internationale Finanzinvestitionen zu angemessenen Bedingungen erschlossen werden solle. Der Referent teilte mit, daß ein solcher Plan bereits von der Gruppe Warburg gemeinsam mit der Brandeisgruppe vorbereitet werde. Zwei weitere Vorschläge von Dr. Arlosoroff zur Stärkung der jüdischen Finanzen in Palästina gingen dahin, erstens, ein Agrarkreditinstitut zu schaffen, das kotierbare Hypothekenpfandbriefe unter der Garantie der Palästinaregierung herausgeben soll, wie dies gegenwärtig in Cypern mit Hilfe der britischen Regierung geschehe, und zweitens einen Plan durchzuführen, demzufolge auf Grund des britischen Kolonialentwicklungsgesetzes durch den Jüdischen Nationalfonds Anleihen bei der britischen Regierung zu Landentwicklungszwecken gemacht werden sollen.

Krawalle im jüd. Parlament

Eine Episode.

(Von unserem Berichterstatter.)

Die Szene, über die in manchen Blättern schon berichtet worden ist, ist charakteristisch für dieses jüdische Parlament, für diesen Kongreß, für seine Stimmung und für die Berichterstattung.

Berl Locker hielt eine Rede gegen die Revisionisten; scharf, schneidend, aufreizend. Er spielt mit Analogien der Revisionisten zur Hitler-Partei. Zurufe werden ihm entgegengeschleudert; plötzlich bekommt der Revisionist von Weisl einen Wutanfall; d. h., es war eine Art kalter Wut, er schreit unaufhörlich, aber sein Gesicht lächelt; was er schreit, läßt sich kaum wiedergeben. Es sind die schwersten Ehrenbeleidigungen. Sein journalistischer Kollege Herr Becker von der „Vossischen Zeitung“ will ihn beruhigen: Er dreht sich um und sagt: Beruhigen Sie sich, Herr Kollege! Das Wort ist nicht ganz verstanden worden, man hat nur gemerkt, daß etwas am Journalistentisch los ist und rasch drängt alles auf diesen Tisch ein; es entsteht ein wüster Tumult, es sieht einen Moment sogar bedrohlich aus, so daß die Ordner eine Kette zwischen Journalisten und Delegierten bilden müssen. Berl Locker sitzt unterdessen seelenruhig beim Rednerpult und wartet die Entwicklung der Dinge ab; der Präsident ist machtlos und ruft verschiedene Mahnungen in die wogenden Massen, die aber im Tumult untergehen; schließlich unterbricht er die Sitzung; das Präsidium zieht sich zu einer Beratung zurück. Lange dauert diese Beratung, es heißt, die Revisionisten wollen Locker nicht mehr weiter sprechen lassen. Unterdessen klärt sich die Situation im Saal. Man sieht Unterhändler hin und her laufen. Es dauert nicht lange und Herr von Weisl und Herr Becker schütteln einander freundschaftlich die Hände. Aber das Präsidium berät noch immer. Da beginnen die Linken einen Reigengesang. Rasch etabliert sich ein Dirigent, man klatscht im Takt in die Hände, der Kongreß singt mit, die Galerie singt mit, jüdische Märsche, jüdische Tanzlieder. Das Präsidium berät noch immer und findet keinen Ausweg, im Kongreß hat aber eine gemütliche Stimmung Platz gegriffen, die Feindschaft ist verschwunden, man singt und klatscht. Endlich erscheint das Präsidium; Berl Locker wird etwas mitgeteilt; er gibt eine Erklärung in einem Satze ab, daß er keine Fraktion am Kongreß hat beleidigen wollen. Die Debatte geht weiter; die Angelegenheit ist erledigt. Und die Pointe? Nachmittag berichtet die jüdische Tageszeitung „Moment“ auf Grund einer Nachricht der JTA, daß es 17 Verwundete am Kongreß gegeben habe.

Das Interview Dr. Weizmanns mit der JTA

In einem Interview, das Dr. Weizmann der JTA. gewährte, lobte er bei Gelegenheit einer Auseinandersetzung mit Jabotinskys Ansichten, Jabotinsky als einen Mann von großer Fähigkeit und von Wert. Er und seine Anhänger haben den Mut ihrer Ueberzeugung. Viele andere am Kongreß neigen zu revisionistischen Anschauungen, haben aber nicht den Mut, sich offen zum Revisionismus zu bekennen. Wenn durch irgendetwas mein Entschluß, die Präsidentenwürde nicht anzunehmen, bestärkt wurde, so geschah dies durch die Entwicklnug der Dinge am Kongreß. Ich empfinde, daß ich die Ansichten eines weiten Kreises nicht vertrete, und ich würde wahnsinnig sein, wollte ich angesichts so großer entschlossener Gegnerschaft die Verantwortung für die Gegnerschaft übernehmen. Davon abgesehen, fühle ich mich wirklich müde. Meiner aufrichtigen Ueberzeugung gemäß, würde der Kongreß am klügsten handeln, wenn er den MacDonald-Brief als eine Grundlage für Kooperation annehmen würde. Sollte der Brief abgelehnt werden — was will die neue Exekutive gleich nach dem Kongreß tun? Ich habe eine sichere Empfindung, daß eine Verständigung mit den Arabern auf der Grundlage von Parität möglich ist. Sollte es zu einem Gesetzgebenden Rat kommen, so würde eine gleichmäßige arabische und jüdische Vertretung eine Gelegenheit für zufriedenstellende Zusammenarbeit bieten. Wir verlangen auch eine gleichmäßige Verteilung von Fonden im Rahmen des Palestine-Development-Scheme's für Araber und Juden. Ich sehe nicht, wie wir mehr verlangen könnten. „Parität“ bedeutet nicht binationaler Staat, dieser Ausdruck ist unbestimmt und schließt nicht unbedingt den Begriff Parität ein. Ich habe weder Sympathie noch Verständnis für die Forderung nach einer. jüdischen Mehrheit. Eine Mehrheit muß nicht unbedingt Sicherheit garantieren. Wir können eine Mehrheit haben und auch dann noch ohne Sicherheit sein. Eine Mehrheit ist für die Entwicklung einer jüdischen Zivilisation und Kultur nicht erforderlich. Die Welt wird aus dieser Forderung nur einen einzigen Sinn konstruieren, nämlich, daß wir eine Mehrheit verlangen, um die Araber hinauszutreiben. Warum sollen wir eine Forderung stellen, die nur einen provozierenden Eindruck machen wird? Die Bewegung steht vor zwei wichtigen Aufgaben. Erstens ist die Jewish Agency in den Vereinigten Staaten auszubauen. Zweitens ist eine arabisch-jüdische Verständigung zu erreichen. Daneben muß alles getan werden, unsere Stellung in London zu wahren.

Die große Aussprache

Der Führer der Histadruth Ben Gurion, der als erster in der Generaldebatte als Wortführer der Linken, die die stärkste Kongreßfraktion darstellt und ein Drittel der Gelegierten umfaßt, das Wort ergriff, richtete scharfe Angriffe gegen die Mandatarmacht und bezeichnete den MacDonald-Brief als unzureichend. Er verurteilte besonders scharf die jüngst erlassene Pächterschutzverordnung und erklärte, sie sei ausschließlich gegen Juden gerichtet und werde dazu führen, daß große Landstrecken unkultiviert bleiben. Die Juden werden von der Palästina-Regierung bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten systematisch boykottiert, sogar in den ausgesprochenen jüdischen Gebieten, wo ihr Anspruch, bei Vergebung öffentlicher Arbeiten berücksichtigt zu werden, ein durchaus legaler ist. Ein Weg zur Lösung der jüdisch-arabischen Frage ist der, daß kein Teil der Bevölkerung vom anderen beherrscht werde und daß die gerechtfertigten Forderungen der Araber unter der Bedingung erfüllt werden, daß keine andere Beschränkung der jüdischen Einwanderung stattfinden darf als die, die in der Aufnahmefähigkeit des Landes für Neueinwanderung begründet ist. Zum Schluß richtete Ben Gurion sehr scharfe Angriffe gegen die Revisionisten.

Jabotinsky-Rede

In der Kongreßsitzung am Donnerstag nachmittag hielt der Führer der Zionisten-Revisionisten, Wladimir Jabotinsky eine Rede von etwa zwei Stunden Dauer. Jabotinsky führte ungefähr aus:

Der Zusammenhang zwischen ökonomischem Aufbau und politischem Regime ist heute bereits für alle selbstverständlich. Für den zionistischen Aufbau braucht man beides: man braucht Tatsachen, Leistung, aber stets ist es Vorbedingung des weiteren Fortschritts, daß man auch den politischen Kampf führt, um die Sache so gut zu gestalten, wie man sie gestaltet sehen will. Von diesem Standpunkt aus müssen wir die Lage in und um Palästina betrachten. Weder der optimistische noch der extremste unter uns stellt es sich vor, daß eine politische Lage bei den komplizierten Bedingungen Palästinas einmal ideal gut werden kann. Das Problem einer politischen Lage ist nicht die Frage, ob sie ganz gut ist oder nicht, es ist die Frage, ob sie erträglich sei oder unerträglich. In der Frage der Zielsetzung führt Jabotinsky aus, habe weder der Begriff der öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte, noch jener des Nationalheims juridische Tradition. Das Wort „Staat" sei klarer und der Kern des Begriffes „Judenstaat" liege in zwei Momenten: erstens Mehrheit und zweitens Selbstregierung. Das Moment der Selbstregierung sei ein elastisches Moment. Ich schlage Ihnen eine Resolution vor, die lauten soll:

„Das Ziel des Zionismus, welches unter den Ausdrücken „Judenstaat", „nationales Heim" oder „öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte" zu verstehen ist, ist die Schaffung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit auf beiden Seiten des Jordan."

Im weiteren Verlauf seiner Rede bittet Jabotinsky darum, nicht wie sonst der Exekutive durch Stillschweigen Entlastung zu erteilen, sondern unmittelbar nach der Generaldebatte eine Abstimmung über die Entlastung vorzunehmen.

Wir alle sind tief erschüttert über das Verhalten Englands. Ich sage, tief erschüttert, weil auch ich etwas dazu beigetragen habe, daß die jüdische Politik mit der englischen Politik verbunden wurde. Und ich habe mich sehr oft gefragt: Habe ich dem jüdischen Volk eine Lüge erzählt? Wenn ich zu der Ueberzeugung komme, daß man mit England nicht gehen kann, werde ich der erste sein, der es sagen wird.

Wie ist es so gekommen? Es gibt ein Parallelogramm der Kräfte, auch in der Politik. In unserer Politik ist eine Komponente England, Englands Gewissen, Englands Interesse. Aber die zweite Komponente ist unsere Politik, sie mag klein sein, aber auch von ihrer Richtung hängt die Richtung der Resultierenden ab. Wenn es wahr sein sollte, daß die beste Methode nichts helfen kann, dann ist die Hoffnung verloren. Aber wenn man sagen kann, daß unter diesen Kombinationen das Ergebnis bei einer besseren Methode ein anderes wäre, so ist das der optimistische Standpunkt. Heute ist noch der optimistische Standpunkt jener, für den die sicheren Chancen sprechen. Hätten wir von Anfang an vor England die Lage als unerträglich dargestellt, so dürften wir heute sagen, es geht nicht weiter. Wenn wir aber dem englischen Volke in unzähligen Reden die Ueberzeugung beigebracht haben, die politische Lage sei satisfactory, ergibt sich eine andere Situation. Sollen Pessimismus und Hoffnungslosigkeit entscheiden oder der Optimismus der Einsicht: wir haben gefehlt, jetzt wollen wir das neue, das endgültige Experiment machen, aber mit neuen Methoden. Ich glaube, das Recht zu haben, im Namen vielleicht des ganzen Kongresses zu sagen, daß die jüdische Einstellung gegenüber all diesen Fragen eine unüberwindlich optimistische ist. Viele sagten, wenn es mit England nicht geht, so sind wir verloren. Nein, wir sind vollständig davon überzeugt, daß nicht mit einem gewissen Staate unsere Hoffnungen entstanden sind und daß auch nicht mit einer gewissen Orientierung unsere Hoffnungen verschwunden sind. So naiv wie diejenigen im Kasino zu Basel vor vielen Jahren, als ich noch ein kleiner Junge war, glaubten, so naiv glaube auch ich an die Ehrlichkeit der Welt, an die Macht der wahren Tatsachen, an die Macht des Volkes, der Zivilisation; ich glaube, daß das große Problem durch den Machtfaktor des moralischen Druckes entschieden wird und daß das jüdische Volk ein gewaltiger Faktor des moralischen Druckes ist. Nehmen Sie das an, oder nicht — es ist mein Glaubensbekenntnis: ani maamin. (Stürmischer Beifall.)

Ussischkin: Keine Definitionen!

Nach Jabotinsky ergriff das Wort M. M. Ussischkin. Er führte aus: Ich war immer und bin auch jetzt ein großer Gegner papierener Definitionen, der Definition von Weizmann und der Definition von Jabotinskys Definitionen des Endzieles, wie immer sie auch formuliert werden, begrenzen mein Ideal, das viel größer, viel breiter, viel höher ist. Es gibt nur eine Frage der Methode, der Form der Arbeit. Aber wenn ich vor [illegible] Definitionen festzusetzen, so habe ich und haben wir das Recht, von dem Manne, der seit dreizehn Jahren an unserer Spitze steht, zu verlangen, daß er keine Definitionen bringt, die unsere Hoffnung zerstören. (Beifall.) Dr. Weizmann, Sie hatten ein ewiges Wort verkündet: „Wir wollen, daß Erez Israel so jüdisch sein soll wie England englisch." Sie hatten den Mut dazu. Dann haben Sie sich nach einigen Jahren voller Schwierigkeiten zurückgezogen. Auf dem Uganda-Kongreß hatten wir die Wahl zwischen Erez Israel und Herzl. Wenn wir heute vor der Wahl stehen, für ewig auf unsere große Hoffnungen zu verzichten, oder auf Sie, so werden wir auf Sie verzichten. (Beifall auf der Rechten.)

In der Abendsitzung sprach der Führer der englischen Delegation Dr. Eder. Er erklärte, es hätte einen schweren Fehler bedeutet, wenn man den Brief MacDonalds an Dr. Weizmann nicht akzeptiert hätte, denn durch diesen Brief sei die Neutralität zwischen England und den Zionisten wieder hergestellt worden. Der Redner schloß sich den politischen Ausführungen Dr. Weizmanns an und warnte davor, die von Jabotinsky geforderten Modifikationen des Mandats zu empfehlen. Er wies darauf hin, daß auch von arabischer Seite Modifikationen verlangt werden. Nach ihm hielt Abg. J. Grünbaum eine große Rede, in der er u. a. ausführte, das Vertrauen der jüdischen Massen zu England sei nicht bloß erschüttert, sondern vollkommen geschwunden. Da der Weizmann-Kurs seit 1929 tot sei, möge der Kongreß die Demissionen des Präsidenten ernsthaft als endgültig und unwiderruflich annehmen. Der Kongreß werde sich über ein neues System und eine neue Leitung schlüssig werden müssen, die zwar neue politische Wege einzuschlagen haben wird, jedoch den sozial-ökonomischen Kurs Weizmanns, die Verbindung mit der Arbeiterschaft, wird aufrechterhalten müssen. An die Linke richtete Grünbaum den Apell, einer solchen Erneuerung zuzustimmen. Sodann ließ sich der Redner in eine eingehende Polemik gegen Jabotinsky ein. Bezüglich des Endziels der Bewegung erklärte er, der Judenstaat sein ein selbstverständliches Ideal, jedoch keine aktuelle Kampfforderung. Der Kampf müsse vielmehr um die Ermöglichung einer ununterbrochenen jüdischen Aufbauarbeit in Palästina gehen. Grünbaum wurde in seiner Rede wiederholt durch Zwischenrufe von revisionistischer und misrachistischer Seite unterbrochen.

Tumulte anläßlich einer Rede Berl Lockers

Namens der Linken ergriff nunmehr der Poale zionistische Führer Berl Locker das Wort. Auch er wandte sich scharf gegen die Ausführungen Jabotinskys und das revisionistische Programm. Als der Redner erklärte, die Revisionisten seien ein reaktionärer Faktor und hätten die Assefath Hanivcharim an demselben Tage verlassen, wie die Anhänger Hitlers den deutschen Reichstag, brach ein Sturm los. Die gegnerischen Gruppen nahmen eine drohende Haltung gegeneinander ein. Und als Dr. von Weisl Locker zurief „Sie Antisemit! Sie roter Bandit!", wäre es fast zu einem Handgemenge gekommen. Die Ordner legten sich ins Mittel und verhinderten Zusammenstöße. Währenddes kam es am Pressetisch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vertreter der Ullstein-Blätter, Julius Becker und dem revisionistischen Delegierten Dr. Wolfgang von Weisl, der bekanntlich Orientkorrespondent der Ullstein-Blätter ist. Die Revisionisten verlangten die Entfernung Julius Beckers aus dem Saale. Als sie zur Gewaltanwendung übergingen, griff der Pressechef des Kongresses, Moses Waldmann, ein und ließ eine Ordnerkette um Becker ziehen. Der Präsident sah sich genötigt, den Kongreß für eine Stunde zu unterbrechen. Während der Pause trat das Präsidium zu einer Beratung über die Möglichkeit der Beilegung des Konfliktes zusammen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Berl Locker, es habe ihm fern gelegen, irgendeine Gruppe des Kongresses beleidigen zu wollen, bei politischen Aussprachen seien eben manchmal politische Vergleiche nötig, und setzte seine Ausführungen fort. Er warnte die Allgemeinen Zionisten und den Misrachi davor, das Programm der amerikanischen Brandeisgruppe anzunehmen und richtete an sie den Appell, sich mit der Arbeiterpartei zu friedlicher, fruchtbarer Arbeit zu vereinigen, um zu vermeiden, daß die ohnehin schwache zionistische Bewegung noch weiter geschwächt werde.

Dr. Georg Halpern trat namens einer 60 Delegierte zählenden Gruppe der rechten Allgemeinen Zionisten, die hauptsächlich die Landsmannschaften Amerika, Galizien und Südafrika umfaßt, für die Bildung einer Koalition sämtlicher Parteien, die eine geschlossene Front nach außen darstellen könnte, ein. Er bedauerte es, daß in der Rede Weizmanns nicht zum Ausdruck gekommen sei, wie tief das Vertrauen der Juden zu England erschüttert wurde. „Wir wollen mit England weiterarbeiten," erklärte Dr. Halpern, „aber wir haben den Traum ausgeträumt, in England das Volk gefunden zu haben, dem wir vertrauen könnten." Nunmehr müsse gemeinsam eine letzte Anstrengung gemacht werden, um die Arbeit fortsetzen zu können. Es sei notwendig, daß die überwiegende Mehrheit des Kongresses gegen jede Verkleinerung des zionistischen Ideals Stellung nehme. Ueber dem politischen Kampf aber dürfe nicht vergessen werden, mit welchen finanziellen Schwierigkeiten die Bewegung zu kämpfen habe. Für jede neue Leitung werde es die Hauptsorge sein müssen, das etwa zehn Millionen Mark jährlich erfordernde Budget aufrecht zu erhalten.

Die Freitagssitzung

Am Freitag, den 3. Juli, vormittags, wurde die Generaldebatte fortgesetzt. Lichtheim erklärte, daß eine Reorganisation der Agency notwendig sei. Lichtheim berief sich dabei auf ein Gespräch, das er vor kurzem mit dem amerikanischen Agency-Führer Dr. Lee K. Frankel in Berlin geführt und in dem dieser erklärte, die finanziellen Perspektiven der Jewish Agency seien sehr ungünstig. Lichtheim sprach die Hoffnung aus, daß neue Wege einer Kooperation mit den Nichtzionisten gefunden werden müssen, doch müsse der Kongreß vorher die Jewish Agency reorganisieren. Dem englischen Kolonialamt machte Lichtheim zum Vorwurf, daß es einen offenen Zynismus an den Tag gelegt habe. Der Redner verteidigte sodann die Revisionisten gegen den Vorwurf des Militarismus, der von mancher Seite gegen sie erhoben werde, und erklärte, mit den Mitteln eines geruhigen Sonntagspredigertums wie sie von der gegenwärtig herrschenden Richtung im Zionismus angewandt werden, könne man die Jugend nie gewinnen.

Farbstein, der Führer der polnischen Misrachisten, kritisierte in scharfer Form Weizmanns Ausführungen. Er erklärte, der Misrachi beabsichtige nicht, die Erbschaft dieser Idee, die vollkommen versagt habe, anzutreten. Auch die Misrachi wolle eine Mehrheit in Palästina, die zum Judenstaat führt. Weizmanns Rücktritt hätte schon viel früher erfolgen sollen.

Starken Beifall erntete der Vertreter der Allgemeinen Zionisten Deutschlands, Kurt Blumenfeld, als er für die Unantastbarkeit des Baseler Programmes eintrat und Weizmann als einen der genialsten jüdischen Staatsmänner bezeichnete. In Palästina, führte Blumenfeld aus, müsse eine Siedlung mit freiem jüdischen Leben geschaffen werden, Proklamationen in revisionistischer Tonart aber würden England veranlassen, für die Araber Partei zu ergreifen. Diskussionen über das Endziel der zionistischen Bewegung seien nicht am Platz. Es handle sich weniger darum, Forderungen zu formulieren als darum, der Welt und England jetzt zu zeigen, was der Zionismus zu leisten imstande ist. Die den Juden durch England in Palästina gegebene Chance müsse durch positive Arbeit ausgenutzt werden. Durchaus falsch sei die Taktik der Revisionisten, die scheinbar nach dem Motto handeln: Immer davon reden und nichts dafür tun.

Der Führer des Arbeiterflügels, Dr. Chaim Arlosoroff, kritisiert scharf und durch Anwendung satirischer Gleichnisse die Ideologie der Revisionisten und führt dann aus: Niemand weiß besser als wir Palästinenser, welches Schicksal uns beschieden ist, wenn es uns nicht gelingt, aus dem kleinen Jischuw in nicht allzu langer Zeit eine große jüdische Siedlung zu machen. Wir arbeiten in dem schlimmsten Winkel der Levante, und wenn wir uns nicht durchsetzen können, gehen wir kulturellem und sozialem Niedergang entgegen. Wenn wir aber hier die Majoritätsforderung in eine Formulierung pressen, so bekunden wir, daß wir in eine Minoritätsstellung gedrängt sind, abgesehen von dem Drohungscharakter einer solchen Formulierung. Trotz der politischen Bedingungen, trotz Gegnerschaften und Schwierigkeiten hätte uns in den Jahren 1920 bis 1930 keine Macht der Welt gehindert, ein vielfaches von Menschen einwandern zu lassen und vielfaches an Boden zu kaufen. Zwei Jahre nach dem Churchill-Weißbuch ist erst der große Immigrationsstrom ins Land gekommen. Unbekannte Soldaten der Zionistischen Organisation legten die Basis für den Aufbau. Gewiß, man braucht politische Bedingungen zur Erleichterung der Weiterarbeit, aber es genügt nicht, mit abstrakten Formeln zu operieren. Für unsere Weiterarbeit sind zunächst zwei Bedingungen notwendig: politische Bundesgenossenschaft und politische Ruhe. Das Fortschreiten der politischen Isolierung des Zionismus in den letzten Jahren ist ein großes Unglück. Durch Großsprechen hat man es erreicht, daß zum erstenmal Christen und Moslems sich zu einer politischen Macht zusammengeschlossen haben. Noch mehr: Man hat große Teile der britischen Oeffentlichkeit und der palästinensischen Administrative mit der arabischen Bewegung zu einer Kraft zusammengeschweißt. Man hat eine Atmosphäre geschaffen gleich der vor Kriegsausbruch in Deutschland, für die Formel geprägt wurde: Hier werden Kriegserklärungen angenommen. Diese politische Isolierung zu brechen, ist unsere erste Aufgabe. Es kann noch kritischer werden: Ich denke da an die Entwicklung der A-Mandate. Sie wissen, daß der Irak in den Völkerbund aufgenommen worden ist und daß Frankreich in Syrien einen ähnlichen Weg gehen will. Und es wird dann nur noch ein A-Mandat geben, Palästina, das irgendwo hängen geblieben. Und wenn man daran gehen wird, auch den Status des Palästinamandates zu liquidieren, und wir in unserer Isolierung verbleiben, dann wird sich unsere Politik in einer gefährlichen Sachlage befinden. Schlafen Sie, meine Herren? Wissen Sie nicht, daß die englische Politik längst ihre Konsequenten aus den neuen Tatsachen gezogen hat? Was soll die Berufung auf Ver-



Streiflichter

S. P. Basel, 6. Juli.

Die größte Frequenz an Gästen pflegten die Kongresse zu Beginn aufzuweisen, sodann begann allmählich die Lichtung. Nun dürfte die Erfahrung die Leute gewitzigt haben, sich unverabredeterweise für eine proportionelle Zeitausteilung zu entscheiden, weil doch vor allem die Momente des sensationellen Interesses nicht gerade während der Eröffnung zutage treten. So sieht man in Basel zum Schlusse der Generaldebatte bedeutend mehr Gäste als zur Eröffnung.

In der Tat gestaltete sich die Generaldebatte, trotz selbstverständlicher Wiederholung der schon so oft gehörten Argumente, zu einer recht interessanten und man kann es sagen: sie war allseits beherrscht von einem Momente erfreulicher Besonnenheit. Soll das als ein Charakteristikum von selbstbewußtem Verantwortlichkeitsgefühl gewertet werden, oder ist auch mitunter eine solche Art Taktik mit im Spiele gewesen? Der weitere Verlauf wird dies noch klären.

Eine parlamentarische Neuerung brachte dieser Kongreß hervor, die würdig wäre, von Staatsparlamenten nachgeahmt zu werden. Damit ja niemand irgendwie verkürzt ausgehe, damit auch den Verhandlungen ein vorausbestimmtes, ganz abgegrenztes zeitliches Ziel gesetzt werde, kam das Kongreßpräsidium auf eine einhellig gutgeheißene Lösung: Jede Gruppe bekomme für je ein Mitglied 4 Minuten Redezeit und könne über diese Zeit verfügen, wie es ihr geziemt. A propos, ist schon von Parlamentarismus die Rede, so möge auch eine allgemein, auch dem letzten Gaste aufgefallene Erscheinung höchst originellen parlamentarischen Benehmens erwähnt werden, welches sich der Revisionismus von der Präsidialtribüne aus zurechtgelegt hat. Da hat sich oben einer der Vizepräsidenten sein Kommandohauptquartier eingerichtet, welches durch eine schräge Reihe der am Pressetisch bis zum Delegiertenparterre agierender Kuriere mittels Zettelpost glänzend, vor allem was Claque und Mißfallenäußerungen betrifft, funktioniert. Diese ausdrucksvollen Aeußerungen gibt unser Herr Vizevorsitzender aber auch in emotionellen Gesten dem Präsidenten gegenüber mehrfach lauten Beschwerden zum Besten.

Nun zeigt am siebzehnten Kongreß unser alter Kongreßpräsident eine Routine, die alles bisher von ihm Gewohnte übertrifft. Zu sehr großem Teile ist dem der verhältnismäßig ruhige Verlauf zu danken, da tatsächlich manche in Sicht kommende Klippe schwerlich von einem anderen umsegelt werden könnte, ohne eine Sitzung gleich gesprengt zu sehen.

Im allgemeinen bewahrten die Revisionisten bisher im Kongreßplenum in Haltung und Reden einen scheinbar reservierten Ton. Nur in Stephen Wise's donnernder Rede, welcher die ganze Rechte lebhafte Assistenz zuteil werden ließ, erblickte die andere Haushälfte ein provokatorisches Auftreten. Jabotinsky sowie Lichtheim hingegen benahmen sich in ihren Reden fein diplomatisch (Stricker kommt ja erst, nachdem dies geschrieben sein wird . . .). Eine Meisterleistung war die Rede Arlosoroffs, der jedoch wie die anderen von seiner Seite mit dem rechten Flügel scharf abrechnete. Zum Teile mißverstanden wurde die Rede Ussischkins, der mit emphatischer Geste auf Weizmann zu verzichten sich bereit erklärte. Nur muß der ganze Gedankengang durchdacht werden. Weizmann und Ussischkin erklärten nämlich einmal in bezug auf Herzl, daß, wenn es zu wählen gäbe zwischen Erez Israel und Herzl, man sich für ersteres entscheiden würde, ebenso müßte dies in bezug auf Weizmann zutreffen, wenn — — —. So meinte Ussischkin.

Die ganze Mitte um Ussischkin — Schwarzbart — Misrachi zuzüglich Ab. Goldberg, des jüngsten Judenstaatlers Amerikas, plädierte in ihren Reden für die allumfassende Koalition, wobei es ihr auf einen ausgesprochenen Judenstaats-Proklamatorismus nicht gerade unbedingt ankommt. So brachte es auch der Judenstaatler Thon zuwege, zu ennunzieren, daß man sich nicht einbilden möge, Weizmann eigentlich je stürzen zu können, da die große Mehrheit es nicht wolle und der Rest es nicht können würde . . . Von dem, was an Bekenntnis zu Weizmann sonst von der Tribüne geäußert wurde, mögen zwei Redner zitiert werden: Kurt Blumenfeld, der Weizmann als den größten lebenden Juden und als einen der genialsten Staatsmänner der Welt bezeichnete und Arlosoroff, der den Revisionisten die Unterwühlung zweier Aktiven vorhielt, des Chaluzismus und des Aktivums Weizmann.

Eine stimmungsvolle Abwechslung in den Plenarverhandlungen brachte der Sonntag. Vormittags erschien Albert Thomas, der es als ein lange gehegtes Herzensbedürfnis bezeichnete, an einem zionistischen Kongresse sich zu beteiligen. Er erinnerte an die Mithilfe, die er in Paris nach Kriegsende den zionistischen Aspirationen angedeihen ließ und sagte ausführliche ermutigende Worte, nachdem er einigen Rednern mit sichtlichem Interesse zuhörte, und von Motzkin und Sokolow bei beifälligster Zustimmung des ganzen Hauses aufs wärmste begrüßt wurde. Höchst interessant gestaltete sich die Gedenkrede Motzkins über Herzl auf der nachmittägigen Trauersitzung. Sokolows hebräische Gedenkrede nach dem während der Kongreßperiode Dahingegangenen erhob sich zum Schlusse, als er über die auf dem Felde des Kampfes in Erez Israel Gefallenen zu sprechen kam, zu elegischer Dichtervision, worauf Thon und Grünbaum sprachen.

Eine überaus lebhafte Sensation für eine sich drängende Zuhörerschaft bot ein trauriges Bild, das Sonntag abends in der Form einer Verhandlung des Ehrenkongreßgerichtes gegen Meir Großmann wegen Vertrauens- und Disziplinarbruches vorgeführt wurde. Jabotinsky und Großmann bekamen obendrein Gelegenheit zur Produzierung ihres Credos. Interessant ist Jabotinskys Verfechtung des Rechtes jedes Zionisten zu freier Handlungsweise unter der formellen Begründung, daß ja das zionistische Statut lediglich den Organen, jedoch nicht den einzelnen ihre Handlungsweise einschränke. Drollig wär's, wenn es nicht auch so tragisch wäre, was Großmann unter anderem erzählte. Er wollte mit der verbotenen frühzeitigen Publikation der bevorstehenden Erlassung des Weißbuches ein Dementi seitens der Regierung — die ja die Sache noch geheim hielt — hervorrufen, oder wenigstens je früher jüdische Proteste herbeiführen. — Gewissermaßen als historisches Geschehnis wird die Gründung des Weltverbandes der allgemeinen Zionisten, die ebenfalls Sonntag abends stattfand, bezeichnet.

hältnisse, die vor 12 Jahren bestanden haben und heute nicht mehr bestehen? Es wäre ein Verbrechen, dem Zionistenkongreß eine Formel aufzuzwingen, welche uns nur noch weiter in unsere politische Isolation hineinpreßt, weil sie von der englischen Politik als eine Provokation betrachtet werden wird.

Die dem Zionismus freundlichen Strömung in Großbritannien und Palästina könnte durch ein konstruktives arabisches Programm unterstützt werden. Wir sind verpflichtet, ein solches Programm in Palästina und in den angrenzenden Ländern zu verwirklichen. Arlosoroff warf den Revisionisten politische Verhetzung der Jugend vor und schloß: Das heutige Palästina, das sich auch zu verteidigen wisse, weiß, daß diese Verteidigung eine blutig ernste Sache arbeitender Menschen und nicht das Militärspiel einer oberflächlich erzogenen Jugend ist. Solange wir nicht mit diesen zerstörenden Kräften abgerechnet haben, gibt es keinen Weg zum Aufbau einer großen und lebendigen zionistischen Bewegung.

Stephen Wise's Anklage

In der Nachmittagssitzung hielt Rabbi Stephen Wise eine großangelegte Rede. Er führte u. a. aus: Von dieser Tribüne des jüdischen Volkes aus klage ich die gegenwärtige Regierung Englands vor dem Gewissen der Welt an, in tragischer Weise bei der Erfüllung der mit dem Mandat übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volke versagt zu haben. Ich spreche hier im Namen der Delegation der amerikanischen Zionisten, die die Judenheit Amerikas, die größte jüdische Gemeinschaft der Welt, repräsentieren, sowie im Namen der Allgemeinen Zionisten, die ungefähr ein Viertel des gesamten Kongresses ausmachen. Weizmanns Rede klang wie eine Erklärung d e r englischen Regierung. Meine Rede wird eine Erklärung a n die englische Regierung sein. Ob wir es notwendig haben werden, g e g e n England zu sprechen, das wird davon abhängen, ob wir eine Führung haben werden, die z u England spricht. Die Rede Weizmanns war nicht eine politische Ansprache, sondern eine persönliche Apologie. Den MacDonald-Brief darf dieser Kongreß nicht als Gutmachung des Paßfield-Weißbuches annehmen. Trotz MacDonald-Brief bleibt das Paßfield-Weißbuch „dominierendes Dokument“; die Verleugnung der jüdischen Rechte bleibt in Geltung. Mit England können nur Leute umgehen, die mit Engländern so sprechen, wie dies Engländer gewohnt sind, daß man zu ihnen spricht. Wenn die gegenwärtige Leitung wieder gewählt werden sollte, dann hätte die englische das Recht, zu sagen: die zionistische Leitung hatte keine Berechtigung, nach dem Paßfield-Weißbuch zu resignieren. Es wäre eine ewige Schmach für die Leitung; die jüdische Geschichte würde es niemals verzeihen, wenn die Leitung jetzt eine Wiederwahl annehmen würde. Das Colonial Office würde in diesem Falle sagen: Alles war nur ein Sturm im Wasserglas. Die Konsequenz wäre, daß neue und womöglich noch schlechtere Weißbücher kommen würden. **Ich habe nicht nur den Glauben an England verloren, an das England Balfours, Smuts, ich verlor auch meinen Glauben an das England der Arbeiterregierung,** und ich wende mich nicht an die englische Regierung, sondern an das englische Volk, und ich sage ihm: Wir Juden sind in einem Werke des Friedens eure Partner und Weggenossen. Wir rufen dich, englisches Volk, auf, das Mandat für Palästina durchzuführen. Das ist mein Glaube und das ist mein Appell an England, die von unserer künftigen Leitung vorgelegt werden soll im Namen Zions, Erez Israels und des jüdischen Volkes. (Wise's Rede wurde von einer Reihe Zwischenrufe unterbrochen.)

Auf die Frage des Vorsitzenden Motzkin, in wessen Namen er gesprochen hat, erklärt Wise, er spreche als Mitglied der amerikanischen Delegation und teilweise als Mitglied der Körperschaft der Allgemeinen Zionisten. Der amerikanische Delegierte Fishman erklärt, daß Wise nur für einen Teil der amerikanischen Delegation spricht.

Dr. E d e r protestiert dagegen, daß man englische innere Parteipolitik in diese Arena hineingezogen hat. Locker stellt fest, Wise hätte den Arbeitervertretern zugerufen: „Euer Paßfield!“ Mit demselben Rechte könnten die Arbeitervertreter Wise zurufen: „Euer Walker!“ Kaplansky ruft: Man soll nicht versuchen, englische Staatsmänner in die Debatte zu ziehen. Vorsitzender Motzkin erklärt, das sei auch sein Standpunkt. Locker fragt, warum Wise nicht auch Arbeiterführer wie Shell erwähnt hat. Locker bringt dann eine Reihe von Berichtigungen hervor. Auch Morris Mayer protestiert dagegen, daß das Präsidium es erlaubt, eine Regierung zu attackieren, mit der man die Beziehungen noch nicht abgebrochen hat. (Großer Lärm bei den Revisionisten.) Präsident Motzkin: Es mag unpraktisch oder schädlich sein, wenn Mitglieder des Kongresses gegen eine Regierung sprechen, mit der wir in Verbindung sind, ich aber kann es einem Redner nicht verbieten, wenn er in einem Moment der höchsten Erregung des jüdischen Volkes darüber gesprochen hat. Ich schließe die Sitzung. (Zum Protest gegen die Ausführungen Wise's hat Dr. Weizmann während dessen Rede demonstrativ den Saal verlassen.)

Sonntag, den 5. Juli

Letzte Sitzung, Sonntag, den 5. Juli, vormittags.

Eingangs der Sitzung erklärt der Kongreßpräsident Motzkin, er müsse mit Bedauern feststellen, daß ein kleiner Teil der Presse Nachrichten verbreitet habe, als hätten auf dem Kongreß Schlachten und Schlägereien stattgefunden und als habe man für eine große Anzahl von Verwundeten medizinische Hilfe von der Stadt Basel angefordert. Der Kongreß sei Zeuge dessen, daß in diesem Sinne nicht der geringste Zwischenfall stattgefunden habe und das Präsidium bitte die gesamte Presse, dies festzustellen und den Kongreß vor der unkorrekten und illoyalen Presse zu schützen.

Delegierter S c h r a m e k (Elsaß) ist der Ansicht, daß die Araberfrage im Zentrum des Interesses stehe, daß aber allen Verwischungstendenzen entgegen ein wesentlicher Unterschied in kultureller und organisatorischer Hinsicht bestehe.

G r i n b e r g (Rev.) führt aus, der Kongreß sehe aus wie einer von Sommerfrischlern. Da aus dem Kotel kein Geld komme, sondern nur Unruhen, habe man ihn dem Islam weggeschenkt. Das höchste Heiligtum des Volkes sei verkauft worden, weil die Bureaukratie Ruhe haben wollte.

N a c h u m G o l d m a n n erklärt als Vertreter der P o l i t i s c h e n K o m m i s s i o n, es sei ein schwerer Fehler, außenpolitische Probleme in erster Reihe unter innerpolitischem Gesichtspunkt zu betrachten. Ein Volk müsse politisch die Reife haben, sich wenigstens in diesen Fragen über den bloßen Parteikampf zu erheben. Vieles, was zur Beurteilung des MacDonald-Briefes gesagt wurde, sei in hohem Maße von parteipolitischen Motiven bestimmt gewesen. Es habe keinen Sinn, wenn Jabotinsky die Balfour-Deklaration maximalistisch, den MacDonald-Brief aber absolut minimalistisch interpretiert habe. „Consideration of balance“ bedeute nichts anderes, als daß die Regierung, wenn sich Juden und Araber nicht verständigen können, Rücksicht auf beide Teile nehmen muß. Das habe die Regierung schon vor dem MacDonald-Brief getan. Uebrigens habe das AC. einstimmig mit den Stimmen der Revisionisten beschlossen, die Einladung der Regierung zu den Verhandlungen anzunehmen, ohne daß die Bedingung gestellt worden wäre, das Weißbuch nicht zu akzeptieren. (Auf einen Zwischenruf Meir Großmans hin, daß das Protokoll gefälscht sei, erklärt Motzkin als Vorsitzender des AC., daß dies absolut nicht richtig sei). Ich habe, führt Goldmann aus, den Brief Weizmanns in diesem Wortlaut nicht zugestimmt. Er hätte lauten müssen: wir sind zufrieden, aber wir warten auf weitere Verhandlungen und wollen sehen, ob aus der Theorie Praxis werden wird. Dies habe der Kongreß nachzuholen, dennoch sei der MacDonald-Brief eines der positivsten Dokumente der letzten Jahre. Man müsse sich auch gegen eine parteipolitisch motivierte politische Betrachtung wenden, die so aussähe, als habe man zwölf Jahre lang nur eine Prestige-Politik um Interpretationen geführt. Auf Ansprüche Verzicht leisten, sei auch nicht der Gipfel staatsmännischer Kunst. Solange sie noch nicht in Wirklichkeit umgesetzt seien, seien für ein schwaches Volk einmal konzedierte Rechte die einzige Waffe. Für die Einstellung zur englischen Politik fordert Goldmann die Befreiung sowohl von inneren Sentiments als auch von Ressentiments. Man werde England von Fall zu Fall nach seinen Taten beurteilen, ohne Haß und ohne Liebe, skeptisch und nüchtern, aber als den zentralen Faktor unserer Politik. Die Leitung habe aber einen wichtigen Faktor vernachlässigt, den der Stimmung und Meinung des jüdischen Volkes. Dieses wichtigste Instrument müsse wieder gespielt werden. Es müsse klar sein, daß die Lage auch schwer bleiben werde nach einem Wechsel der Führung. Der Kongreß müsse aber eine Führung schaffen, die die Einheit des Volkes und der zionistischen Frontstellung repräsentiere.

Albert Thomas als Gast

Präsident M o t z k i n begrüßt den Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes, Albert T h o m a s, den Bürger eines Landes, in dem zuerst auf dem kontinentalen Europa die individuellen Rechte eines jeden Juden anerkannt wurden. In seiner Begrüßungsansprache führt der Präsident der Zionistischen Exekutive, N a h u m S o k o l o w aus, daß man in den zionistischen Reihen oft die Ansichten englischer Politiker über unsere Bewegung zitiere, aber vergesse, zu fragen, was die großen Franzosen denken, wie Albert Thomas und Painleve. Es müsse festgestellt werden, daß Albert Thomas Sokolow bei seiner Arbeit in Frankreich mit Rat und Tat beigestanden habe ihn zur zionistischen Sache und auf diesen Kongreß geführt. Wenn ihn der Sturm der Begeisterung dieses Kongresses vielleicht erschrecke, dann möge er sich vergegenwärtigen, daß hier das Herz des jüdischen Volkes schlage.

A l b e r t T h o m a s: Ich bin tief gerührt von dem Empfange, den Sie mir bereitet haben. Ich gedenke unserer ersten Berührung. Es war in Bordeaux, die französische Regierung weilte dort und ich war Generalsekretär des Arbeitsministeriums. Damals kam Ruthenberg zu mir. In diesen Tagen unserer schwersten Sorgen klang sein „Frankreich muß helfen“ etwas messianistisch, paradox. Aber als der Krieg fortschritt, kristallisierte sich der Gedanke, daß die Opfer der Befreiung aller Unterdrückten dienen müßten. Ihr Kongreß ist vielleicht das größte und schönste, was es in der nationalen Bewegung gibt. Mein Land war in der Weltgeschichte vielleicht der Vertreter des nationalen Gedankens, sowie ein großes Nachbarvolk der Vertreter des Gedankens des Weltreiches ist. Aber während die Führer und Politiker der „arrivierten“ Völker ängstlich und zaghaft waren, haben Sie den Mut gehabt, einen neuen Begriff der Nationalität zu schaffen. Ich bin hieher gekommen, um in Fleisch und Blut mit Ihnen Bekanntschaft zu machen. Ich bin nicht gekommen, um Ihnen zu schmeicheln, aber ich habe als alter Parlamentarier hier meine Freude erlebt. Vielleicht darf ein alter Freund sich auch die Freiheit nehmen, Ihnen einen Rat zu geben. Es gibt keine lebendige Politik in unserer heutigen Zeit, auch keine lebendige Nationalpolitik, ohne die Idee der Gerechtigkeit und des Friedens. Sie haben darin eine große herrliche Tradition, an welcher die ganze Menschheit teilnimmt. Gehen Sie Ihren Weg durch alle Kämpfe und Schwierigkeiten mit der Zuversicht auf die Verwirklichung Ihres Ideals in Frieden und Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall, die Delegierten erheben sich.)

Dr. Arje T a r t a k o w e r (Linke): Die Gefahr der Verkleinerung des Zionismus liegt nicht auf politischem Gebiete, sondern bei unserer Kolonisationsarbeit in Palästina. Gegen diese Gefahr müssen wir unsere Kräfte konzentrieren. Im Zusammenhang damit geht die Frage der jüdischen Jugend, die heute ein Parteimittel geworden ist. Wenn ein Teil der Jugend von uns weggeht, so ist es nicht, weil unser Ideal ihr nicht genügt, sondern weil wir nicht die Möglichkeit haben, ihr den realen Weg zur Verwirklichung der Ideale zu zeigen.

Der Vorsitzende A. Reis gibt Herrn B e n G u r i o n das Wort zu einer Erklärung namens der Arbeiterfraktion. Ben Gurion erklärt, daß infolge der Wahl eines nicht der Arbeiterfraktion angehörenden Präsidenten für den Permanenzausschuß die an den arbeiterfeindlichen Bruch der parlamentarischen Kongreßsitten darstelle, die Arbeiterfraktion beschlossen habe, an den Präsidien der verschiedenen Kongreßkommissionen nicht teilzunehmen.

F. B e r n s t e i n (Holland) hält die Zielsetzungsdebatte für unbefriedigend, daß sie sich um Interpretationen bewege. Ueber die Ziele in Palästina bestehe auf dem Kongreß keine Meinungsverschiedenheit. Man wisse nur nicht, ob man sich darüber aussprechen dürfe und ob man es müsse. Die Klärung sei nicht in erster Linie der zion. Organisation wegen, sondern der Außenwelt wegen nötig. In der Debatte sei die Finanzfrage noch nicht angeschnitten worden. Der Kongreß habe Gleichgültigkeit und Verachtung für alles Geld, das er schulde, aber abgöttische Verehrung für das Geld, das er bekommen möchte. (Heiterkeit und Beifall.)

M e i r J a a r i (Palästina): Der Kampf gegen Weizmann sei kein Kampf zwischen Minimalisten und Maximalisten, sondern zwischen dem progressiven Zionismus, der den politischen und wirtschaftlichen Weg zur Befreiung des jüd. Volkes und zum Fortschritt der Menschheit sucht und zwischen der Reaktion.

R o b e r t S t r i c k e r: Der jüdische und zionistische Patriot Stefan Wise, führt Stricker aus, habe in seiner Rede die britische Arbeiterregierung angegriffen. Der Kongreß habe bereits andere Schuldige gefunden. Man hat hier von der Provokation unserer Jugend bei der Klagemauer gesprochen. Wehe dem Volke, das sich hinter seine Kinder versteckt und von seiner Jugend Mäßigung verlangt! Drei Verbrechen hat die Arbeiterregierung begangen: Am englischen Volke, denn sie hat das ihr vom englischen Volke gegebene Mandat dazu benützt, um uns das Wort zu brechen. Das zweite Verbrechen beging die britische Arbeiterregierung an uns, denn sie hat uns das Wort gebrochen. Das dritte Verbrechen beging sie an der Menschheit, denn sie hat etwas getan, was geeignet ist, im jüdischen Volke jede Hoffnung und jeden Glauben zu zerstören.

Der zionistische Kongreß wird einberufen, damit die zionistischen Führer Rechenschaft ablegen. Bei uns gibt man nicht dem jüdischen Volke Rechenschaft, sondern man verlangt sie von ihm. Das jüdische Volk hat nicht versagt.

L e o n L e v i t e (Polen) glaubt, daß zwar, wie Blumenfeld erklärt hat, die politische Arbeit unter dem Druck der Verhältnisse stehe, daß aber eine Grenze hiefür sein müsse, die als überschritten angesehen werden könne. Mit der Verteidigung der englischen Regierung sei der zionistischen Sache nicht gedient. Darum müsse man die Demission Weizmanns annehmen. Man müsse den jüdischen Massen die Möglichkeit geben, in Palästina produktiv zu werden, auch wenn sie den Fehler haben, daß sie einige Hundert Pfund besitzen. Werde man das nicht tun, dann werde Palästina keine Massensiedlung, sondern eine schöne Oase sein und dann werde der nächste Kongreß 100 Revisionisten und 130 Arbeiter, aber keinen allgemeinen Zionisten haben. Der Kongreß möge die Konsolidierung der allgemeinen Zionisten zum Beispiel nehmen und eine Kooperation aller Parteien schaffen.

Dr. A. M i b a s c h a n (Rumänien) erklärt namens der allgemeinen Zionisten Großrumäniens, daß er der abtretenden Leitung und Dr. Weizmann die De-

Notizen eines Kongreß-Besuchers

K. B., Basel, 5. Juli.

Von der Würde des Kongresses.

Das Moment der innerpolitischen Neugruppierung, die durch die Wahlen erst begonnen und durch die Leitungsbildung zur Konsequenz geführt wird, ist der Hemmschuh der Debatte. Vielen ist sie auch so ungehemmt genug, aber das trifft nur ihre F o r m, nicht den I n h a l t. Was die Form anlangt, so sind die Revisionisten erhabener über sie als irgend eine der anderen Gruppen. Sie werfen Locker die exklusivsten Randbemerkungen an den Kopf (die wir auch in ihren Zeitungen lesen können: Uebrigens sind die Journalisten dieser Partei auch ihre geübtesten und zwanglosesten Zwischenrufer), sie erheben sich empört von ihren Sitzen, fuchteln mit den Händen und sinken im nächsten Augenblick selbstzufrieden lächelnd zurück. Daß wenige Stunden vorher einer der ihren über Souveränität des Kongresses und seine Würde gesprochen hat, stört sie nicht. Hier übrigens noch eine Bemerkung: Jabotinsky, dessen Rede in der Generaldebatte — ob man es wahr haben will oder nicht — zweifellos die größte Aufmerksamkeit des Kongresses galt, hat seine Kongreßrede von Basel 1927 und Zürich 1929 her wiederholt, mit einigen Aktualitäten verbrämt. Wir hörten seine Apologie des Judenstaats-Zionismus, der jüdischen Mehrheit in Palästina. Viele glauben, daß man eine Rede selbst Jabotinskys nicht dreimal hören kann. Viele glauben, daß es der Würde eines Kongresses zuträglich wäre, wenn der Führer einer bedeutenden Partei sich mit den Hauptproblemen in einer Art befassen würde, die ihre Form aus n e u e n E r k e n n t n i s s e n schöpft und sich nicht nur auf die Beibehaltung alter Formulierungen beschränkt. Dies gilt natürlich nicht für Jabotinsky allein; auch bei anderen Rednern tritt dieses Moment auf, daß sie die erzieherische Wirkung übersehen, die der Kongreß auf die zionistische Welt außerhalb der Mustermesse haben muß. Reden zum Fenster hinaus muß es besonders bei unserem Parlamente geben, dessen Fenster durch zwei Jahre hindurch geschlossen bleiben. (Daher meinen viele, die Stickluft ungeklärter Abrechnungen, die die Bildung einer Einheitsfront für die schaffende Arbeit hindert.) Aber dann soll man dem Volke etwas sagen, das von der Wirklichkeit des jüdischen Daseins und des palästinensischen Werkes ausgeht, etwas, in dem die Flamme der Gegenwärtigkeit brennt. Die Würde des Kongresses würde es notwendig machen und diesmal besonders notwendig gemacht haben, daß jede Partei durch ihren Hauptredner ein klares Bild ihrer G e s a m t e i n s t e l l u n g zu den brennendsten Problemen unserer Arbeit und unserer Situation gibt. Dieser Notwendigkeit haben die Parteien — ich betone: nicht nur die revisionistische, sondern auch die anderen — nicht Rechnung getragen.

Fensterscheiben und Presse

Die Presse ist auch diesmal redlich bemüht, ein paar Fensterscheiben einzuwerfen. Es überrascht nur, daß sich an diesen Steinwürfen auch Journalisten von Parteien beteiligen, die noch nicht wissen, ob es nicht gerade ihre Gruppenführer sein werden, die die zerbrochenen Gläser zu ersetzen haben werden. Man telegraphiert u. a. in die Welt hinaus, daß es Verwundete am Kongreß gegeben hat, wo doch kaum eine Zungenverstauchung zu konstatieren gewesen ist. Ein anderes Parlament würde die betreffenden Journalisten durch den Entzug ihrer Legitimationen in ihre Schranken weisen. Unser Kongreß begnügt sich mit einer präsidialen Verwarnung. Man läßt Weizmann abwechselnd von seinen Resignationsabsichten abgehen und (am nächsten Tage etwa) wieder kategorisch erklären, daß „keine Gewalt der Welt“ . . . Soweit sich außenstehende Schreiber dieses Gesellschaftsspiel zur Rechtfertigung ihrer Existenz und zur Ermunterung ihrer Leserschaft zurechtlegen, haben wir darauf keinen Einfluß als den, für den nächsten Kongreß entsprechende Vorsorge zu treffen. Aber innerhalb der zionistischen Publizistik selbst sollte es doch Möglichkeiten zur Verhinderung ähnlicher Tintenerzesse geben!

Im Kongreßgebäude

★ 6. Juli 1931.

Die Generaldebatte steht knapp vor dem Abschluß. Die Führer aller Parteien haben bereits gesprochen, auch die kleinen Fraktionen kamen schon zum Wort. Die Debatte war weniger hitzig als viele befürchteten und Sensationshungrige erwarteten; zu bedauernswerten Tumulten auf revisionistischer Seite kam es nur bei einer temperamentvollen Rede Berl Lockers, in welcher er unter anderem auf das gleichzeitige Ereignis des Auszuges der Revisionisten aus dem Waad Leumi und den der Hakenkreuzler aus dem deutschen Reichstag hinwies, und zu ebenso häßlichen Szenen während der Rede von Stefen Wise, der in schärfster Weise die englische Regierung angriff, was nicht nur bei den Patrioten der englischen Landsmannschaft mit einigem Unbehagen aufgenommen wurde. Jetzt ist das Interesse an den Plenarsitzungen geringer geworden, die Delegiertenreihen weisen gähnende Lücken auf, die Plätze der Gäste sind größtenteils leer — der Schwerpunkt des Kongresses ist aus dem Sitzungssaal in das Kommissionszimmer und in die Couloirs verlegt. Ueberall dasselbe Gesprächsthema; und spricht man mit zehn Delegierten, so wird man zehn verschiedene Kombinationen zu hören bekommen. Zur Stunde sind jedoch noch alle Erwägungen müßig, denn die Arbeit der Kommissionen hat erst begonnen, die Exekutive hat ihren zahlreichen Kritikern in der Generaldebatte noch nicht geantwortet und die Woche wird vergehen — das Gerücht von der einwöchentlichen Kongreßdauer war nicht mehr als ein frommer Wunsch — bevor Klarheit über die Zusammensetzung der künftigen Leitung herrschen wird.

Die Kongreßgäste, denen der Zutritt zu den Verhandlungen der Kommissionen verwehrt ist, tummeln sich im Foyer und in den weitläufigen Gängen der Mustermesse; schnappen Gesprächsfetzen vorübergehender Delegierter auf, geben sie weiter, meist entstellt — und so ist vielleicht auch das Gerücht von den 17 Verwundeten während der Locker-Rede entstanden, von denen eine jiddische Zeitung in Polen zu berichten wußte —, fotografieren Prominente in allen Stellungen und erwecken im großen und ganzen den Eindruck großer Betriebsamkeit, die aber nur zum Schein besteht, denn der Kongreß ist über Erwarten ruhig. Während der gestrigen Gedenkfeier für Theodor Herzl und die im Laufe der letzten Kongreßperiode Gestorbenen und Gefallenen waren weitaus mehr Kongreßteilnehmer auf den Gängen rings um den Saal zu finden als im Saal selbst und Jizchak Grünbaum mußte sein Referat über die „Lage der Juden in der Galuth“ in der gleichen Sitzung vor leeren Bänken beenden. Die Schuld daran mag wohl in der schlechten Regieführung der Exekutive liegen, die von unseren kleinen Ortsgruppen lernen könnte, wie man eine würdige Herzlfeier veranstaltet. Aehnliches läßt sich von der Eröffnungssitzung sagen, die viel weniger würdig war, als es notwendig sein mag. Der Vertreter des Großen Rates der Stadt Basel, der in sympathischer und herzlicher Weise den Kongreß begrüßte, dürfte sich vielleicht erinnert haben, daß die Eröffnungssitzung vor vierunddreißig Jahren, an der er ebenfalls als Vertreter Basels teilgenommen hatte, weitaus feierlicher und würdiger war.

Zum Kapitel „Würde des Kongresses“ gehören auch ein paar Worte über die Auffassung mancher Delegierter und Gäste über den Rahmen dieser Veranstaltung. Das Kongreßbüro bemüht sich redlich — und nicht ganz ohne Erfolg — ein stilvolles Milieu zu schaffen, und alles zu vermeiden, was an Jahrmarkt und Verkaufsladen erinnert. Es wurde deshalb auch anfangs nur der Verkaufsstand einer Buchhandlung zugelassen; heute wird der unbefangene Besucher des Gebäudes glauben, in den Betrieb der Mustermesse geraten zu sein, wenn ihm nicht die Art und Weise, wie der Aussteller und Verkäufer ihre Stände und Kioske dekorieren, vermuten läßt, daß dies alles mit Schweizer Kultiviertheit nichts zu tun hat. Wenn die Kongreßleitung versucht, diesem Uebel abzuhelfen, so muß sie es hinnehmen, vielleicht gar als Verräterin am Zionismus gebrandmarkt zu werden. Mit dem Rufe „Tozereth Haarez“ wird jeder schüchterne Einwand, daß unter diesem schönen Titel auch Erzeugnisse geschaffen werden, die mit dem Zionismus nur mehr das gemeinsam haben, daß sie in Palästina entstehen, entkräftet. Ebenso muß man es bedauern, daß man in Erez Israel — aber auch in allen anderen Ländern— so wenig Interesse für neue Formen der hebräischen Schrift und für alles, was damit zusammenhängt, entgegenbringt. Ankündigungen und Plakate am und im Kongreßgebäude scheinen nur dazu da zu sein, um verschmiert und bekritzelt zu werden. Der Lehrerkongreß, der gleichzeitig in der Mustermesse tagt, zeigt saubere und schöne Plakate; die Plakate des Zionistenkongresses sind es nur wenige Minuten nach der Affichierung, dann werden sie bemalt, aber nicht von Kindern, sondern von erwachsenen Delegierten. Für den Verlauf des Kongresses oder gar für den Aufbau Erez Israel ist das alles sicherlich unwichtig, aber der Schönheit und Würde unserer größten und repräsentativsten Veranstaltung wird es nur zuträglich sein, wenn auch auf kleine Dinge des guten Geschmacks und des Stils ein wenig Rücksicht genommen wird.

charge erteile. Der Kongreß möge nicht mit endlosen Debatten über die Zielsetzung vergeudet werden, sondern solle der Einigung und Stärkung des zionistischen Lagers dienen.

Jacob Fishman (Amerika) erklärt, daß in bezug auf den MacDonald-Brief eine Anzahl von Amerikanern die Ansicht vertreten, daß er wohl nicht völlig befriedigend sei, aber doch die Möglichkeit gebe, zu verhandeln. Der Kongreß müsse die Konsequenzen in Betracht ziehen, die eine Zurückweisung des Briefes herbeiführen würde. Die Freunde des Zionismus, Lloyd George, Baldwin u. a. hätten im MacDonald-Brief immerhin etwas gesehen, das in hohem Maße die Resultate des Weißbuches zunichte mache. In der Frage des Endzieles renne die Losung „wir wollen eine jüdische Mehrheit zu beiden Seiten des Jordans“ offene Türen ein. Das Problem sei, ob man diese Frage jetzt auf dem Kongreß stellen solle, auf den die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, oder gar darüber in Verhandlungen mit der Regierung eintreten. Ein großer Teil der amerikanischen Delegation sehe in der Forcierung dieser Frage heute eine große Gefahr. Es sei nun richtig, zu sagen, je mehr man fordere, desto mehr bekomme man. Wir sind hier keine Krämer, sondern ein Parlament. Fishman tritt für eine Koalition ein, aber unter einer conditio sine qua non: mit der Arbeiterpartei.

Um das Weizmann-Interview

Montag wurde in Basel das Interview bekannt, das Weizmann der J. T. A. gegeben hat und das wir an anderer Stelle bringen. Inhalt und Form des Interviews wurden in den Kreisen der Kongreßteilnehmer scharf kritisiert, und zwar auch von Freunden Weizmanns, die der Ansicht sind, daß er überhaupt keine Erklärung an eine Presseagentur hätte geben dürfen und am wenigsten in dieser unvollkommenen Formulierung.

Spät abends kommt es zu einer Aussprache über das Interview, die durch eine Interpellation der Linken eingeleitet wurde.

Dr. Arlosoroff richtet im Namen der Arbeiterfraktion die nachstehende Interpellation an den Präsidenten der Zionistischen Organisation:

„Herr Stricker hat im Verlauf seiner Rede auf ein Interview Bezug genommen, das der Präsident der Zionistischen Organisation der Jüdischen Telegraphen-Agentur gegeben haben soll. Aus diesem Interview hat Herr Stricker u. a. folgenden Passus zitiert:

„The world will construe this demand only in the sense that we want to acquire a majority in order to drive out the Arabs.“

Dieser Passus, wenn sinngemäß wiedergegeben, ist sowohl sachlich wie politisch falsch und schädlich. Wir sind überzeugt davon, daß kein ehrlicher Mensch in der Welt in dem Willen eine jüdische Mehrheit zu schaffen, den Wunsch sehen kann, Araber aus dem Lande zu treiben. Wir fordern deshalb den Präsidenten der Zionistischen Organisation auf, dem Kongreß unverzüglich Erklärungen bezüglich dieses zitierten Interviews zu geben.“

Präsident Weizmann (stürmisch akklamiert, von den Revisionisten mit Pfuirufen empfangen): Gewisse Erklärungen, die ich bezüglich der Forderung einer jüdischen Majorität in Palästina abgegeben habe, wurden in einer unglücklichen Formulierung wiedergegeben. Zunächst möchte ich feststellen, daß ich weder gesagt, noch jemals gemeint habe, daß irgendeine Gruppe dieses Kongresses die Absicht hat, die Araber aus Palästina zu treiben, oder daß die Forderung einer jüdischen Majorität von irgendeiner Kongreßgruppe in dieser Hinsicht verstanden wird. Wir haben aber im Verlaufe von zehn Jahren die Erfahrung gemacht, daß die Forderung nach einer jüdischen Majorität von unseren Gegnern in der Außenwelt so mißdeutet würde, als wollten wir die Araber beherrschen oder sogar aus dem Lande vertreiben. Wir als Zionisten wissen, daß dies nicht gemeint ist, und wir haben es immer wieder versichert. Aber es ist eine Tatsache, daß diese falsche Interpretation in der Oeffentlichkeit, bei den Politikern, in der Presse immer wieder uns entgegentritt. Wir haben als Ihre Repräsentanten jahrelang in dieser Welt zu arbeiten gehabt, und ich sage nicht meine Meinung, sondern stütze mich auf diese Erfahrung, wenn ich darauf hinweise, daß die Proklamierung der Forderung einer jüdischen Majorität von einem feindlichen Teile der politischen Welt in der von mir erwähnten Weise aufgenommen wird. Darum habe ich gesagt, daß ich kein Verständnis habe für die Formulierung der Mehrheitsforderung als politische Parole.

Ich wiederhole aber noch einmal mit aller Entschiedenheit, was ich bei vielen früheren Gelegenheiten gesagt habe, daß die Forderung nach irgendeiner Begrenzung des Umfanges und des Wachstums der jüdischen Bevölkerung in Palästina absolut unakzeptabel wäre.

Ich glaube vielmehr, daß es unsere Aufgabe ist, möglichst viel Juden in wirtschaftlich gesicherter Position nach Palästina zu bringen und eine große wirtschaftlich und kulturell starke, politisch gesicherte und autonome Judensiedlung, die alle Funktionen eines echten jüdischen Nationalheims erfüllen kann, im Lande zu verankern. Unsere ganze Arbeit ist darauf gerichtet, diesen Kern eines jüdischen Nationalheims in unseren Tagen zu schaffen und zu verankern, und ich glaube, daß dieses Nationalheim so stark und lebensfähig sein wird, wie wir es machen werden. Ich habe gesagt, das numerische Majorität allein noch keine ausreichende Garantie für die Sicherheit unseres Nationalheims ist, weil nach meiner Ueberzeugung diese Sicherheit in erster Linie durch ausreichende politische Garantien und durch ein freundliches Verhältnis zu der uns in Palästina umgebenden nichtjüdischen Welt geschaffen wird. Die Beziehungen unseres ständig wachsenden Nationalheims zu den palästinensischen Arabern sollen nach dem Grundsatz voller Parität beider Völker ohne Rücksicht auf ihre numerische Stärke geregelt werden. Ich habe wiederholt erklärt, daß wir in Palästina nicht Beherrschte sein wollen, aber auch nicht über ein anderes Volk herrschen wollen. Unser Wunsch ist es, durch Ausschaltung des Momentes der Furcht und durch Vermeidung jeder Sache, die — wenn auch auf Grund von Mißdeutungen — zu einer solchen Furcht Anlaß geben könnte, jene Atmosphäre der Ruhe und des Vertrauens in Palästina zu schaffen, die nach meiner Meinung die beste Basis für unsere Aufbauarbeit und für das ständige Wachstum des jüdischen Nationalheims ist. (Starker Beifall).

Vorsitzender Motzkin stellt fest, daß nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit bestehe, eine Besprechung der Interpellationsbeantwortung durchzuführen.

Die Revisionisten bringen einen Antrag ein, über die Erklärung Weizmanns die Debatte zu eröffnen.

Die erste Abstimmung

Der Kongreß beschließt, die Besprechung der Erklärung des Präsidenten Weizmann abzulehnen (107 gegen 97 Stimmen).

Meir Großmann erhält das Wort zur Vorlesung eines Vorschlages der Revisionisten, den er unter Widerspruch des Präsidenten und der Linken, zu motivieren versucht, und nach einer Reihe von Zwischenfällen schließlich zur Verlesung bringt:

Der Kongreß beauftragt die Politische Kommission, unverzüglich unter Zurückstellung sonstiger anderer Einzelfragen eine Resolution über die zionistische Zielsetzung auszuarbeiten und so rasch als möglich dem Plenum des Kongresses zu unterbreiten.

Berl Locker schlägt, von den Revisionisten mehrfach unterbrochen, vor, daß man über den Vorschlag von Großman zur Tagesordnung übergehen solle, da durch ihn die ganze Arbeit der Politischen Kommission zerstört wird. Zur Begründung des Antrages Großmanns spricht Dr. Nahum Goldmann, der dafür eintritt, in der Politischen Kommission durch die Behandlung dieser Frage Raum zur Behandlung der anderen Probleme zu schaffen und mit der Annahme der Resolution Großmann ein Gebot der Loyalität den Revisionisten und der Bedeutung des Problems gegenüber im Interesse der zionistischen Meinung zu erfüllen.

Nachdem die Linke den Antrag Lockers auf Uebergang zur Tagesordnung zurückgezogen hat, wird der Vorschlag von Großmann mit 115 gegen 10 Stimmen angenommen.

Benjamin Harzfeld (Palästina) bedauert, daß die Frage der praktischen Arbeit in Palästina auf dem Kongreß noch nicht berührt wurde. Man habe gegenüber dieser praktischen Arbeit gesündigt und müsse Möglichkeiten schaffen, damit die Einwanderer, die in den letzten Jahren ins Land gekommen sind, sich ansiedeln und den Kampf um die Arbeit in den jüdischen Kolonien durchführen können. Arbeiterschaft und zionistische Bewegung legen sich gegenseitig Verpflichtungen auf, aber die zionistische Bewegung komme ihnen nach. Die Arbeiterschaft betrachte den Mittelstand als den Genossen, der morgen mit ihr gemeinsam die nationale Selbstarbeit auf nationalem Boden kämpfen werde. In diesem Jahre habe die Möglichkeit bestanden, hundert Familien in Transjordanien anzusiedeln, aber es gab kein Geld. Es bestehen objektive Möglichkeiten, die Einnahmen der Fonds und die Alijah zu vergrößern. Aber die Revisionisten, die die Mehrheit auf beiden Seiten des Jordans verlangen, hätten alles getan, um die Arbeit der Fonds und der Organisation zuschanden zu machen. Wenn man in Polen die Einnahmen des Keren Hajessod verdoppelt habe, so sei es unverständlich, wieso in Amerika, das den Kongreß diktiere, um 60—70 Prozent zurückgegangen seien. Sofort nach Beendigung des Kongresses müsse eine große Delegation in alle Länder gehen und die Arbeit systematisch durchführen.

Schluß der Generaldebatte

Der Vormittag und der Nachmittag des 7. Juli waren der Arbeit der Kommissionen gewidmet. Die Permanenzkommission und die Politische Kommission tagten gemeinsam zur Beratung der „Endziel“-Frage. Hierzu liegen den Kommissionen Resolutionsanträge der Revisionisten, der Radikalen und der Allgemeinen Zionisten vor. Erst nach Erledigung dieser Frage, die die Geister auf dem Kongreß scheidet, werden die Kommissionen Vorschläge betreffend Zusammensetzung der künftigen Leitung machen können.

Am Dienstag, den 7. Juli abends trat das Kongreßplenum zu einer Sitzung zusammen, um die Generaldebatte, die laut dem revidiertem Programm schon am Freitag hätte zu Ende gehen sollen, nun wirklich zu Ende zu führen und die Antwort Doktor Weizmanns auf die Ausführungen der einzelnen Redner entgegenzunehmen. Es scheint, daß der Kongreß erst zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, Freitag, den 10. Juli, zu Ende gehen wird.

Nachdem noch einige Redner zu den Berichten Weizmanns und der Mitglieder der Exekutive gesprochen hatten, ergriff Dr. Weizmann das Wort zu einer Antwortrede. Die revisionistischen Delegierten blieben demonstrativ dieser Sitzung fern. Im übrigen war das Bild des Kongresses an diesem Abend ein sehr bewegtes. Saal und Galerien waren gefüllt. Der größte Teil der Kongreßdelegierten begleitete die Ausführungen Weizmanns mit starkem Applaus.

Schlußwort Weizmann's

Es ist mein Schicksal — wie auf allen Kongressen, auch diesmal stundenlange Kritik und Angriffe über mich ergehen zu lassen, diesmal vielleicht in einem größeren Maße als es sonst der Fall war. Die Erbitterung, die nach den Ereignissen der letzten zwei Jahre in den zionistischen Reihen herrscht, ist verständlich und sie muß sich natürlicherweise entladen und ich bin der letzte, der nicht weiß, daß diese Unzufriedenheit berechtigt ist. Es muß aber unterschieden werden, zwischen dem Ausdruck dieser Enttäuschung und der Beurteilung der politischen Arbeit der Exekutive.

Ich habe in meiner Eröffnungsrede meine Anschauungen über die Prinzipien, die unserer politischen Arbeit zu Grunde liegen müssen, dargelegt und ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich will es mir auch versagen — so verlockend es wäre —, auf die hier gehaltenen Diskussionsreden im Einzelnen einzugehen, da ich glaube, daß die Stunde für Polemik viel zu ernst ist, und da ich nicht unnötigerweise in die Erregung, die den Kongreß bereits beherrscht, Schärfen hineinbringen möchte. Wir durchleben eine sehr schwere Stunde des Zionismus und diese Stunde legt jedem von uns die allergrößte Verantwortung auf. Ich glaube auch, daß es für unsere heutige Situation und für die Aufgaben, die vor uns stehen, keine Analogie gibt, weder in früheren zionistischen Perioden, noch in Situationen anderer Völker. Wir müssen mit den Dingen fertig werden, sowie sie uns aufgegeben sind, und wir sollten uns hüten, uns von der Polemik hinreißen zu lassen, auch nur einen Moment die Augen zu verschließen vor der Tragweite dessen, was wir hier sagen und tun. Ich bin also nicht in der angenehmen Lage, meiner Kritiker, meinen Gefühlen hier freien Lauf zu lassen, aber ich möchte doch einiges Sachliche feststellen:

Es ist behauptet worden, daß die Exekutive sich passiv verhalten habe, während uns englische Regierung und Palästinaverwaltung einen Schlag nach dem anderen versetzte, und daß wir die Ereignisse ihren Lauf nehmen ließen, ohne einen Versuch zu machen, unsere Rechte zu schützen und unsere Positionen zu wahren.

Wir haben zwei Jahre lang einen schweren politischen Kampf für unsere Rechte geführt und die politische Kommission dieses Kongresses wird Gelegenheit haben, in das Material Einblick zu nehmen. Das A.-C. und in der späteren Periode die Politische Kommission haben reichlich Gelegenheit gehabt, die verschiedenen Stadien des Kampfes zu beobachten und sie werden uns nicht beschuldigen, daß wir nicht mit Stetigkeit und Würde unser Recht verteidigt haben.

Es ist nicht möglich, dem Plenum des Kongresses dieses Material mitzuteilen, und es ist bedauerlich, daß die politische Debatte hier ohne volle Dokumentation geführt werden mußte.

Der Kongreß sollte verstehen, daß es im Interesse der Bewegung notwendig ist, daß diejenigen, die aktiv in der politischen Arbeit stehen und die die Interessen des Zionismus nach außen zu vertreten haben, sich ein gewisses Maß von Zurückhaltung bei der öffentlichen Behandlung dieser Fragen auferlegen müssen.

So muß die Exekutive es auf sich nehmen, sich oft der Untätigkeit anklagen zu lassen, nur weil sie im Interesse der Bewegung die Einzelheiten nicht enthüllen kann, die ein anderes Licht auf die Dinge werfen würden. Immerhin hätte man das Recht vorauszusetzen, daß manche dieser schweren Kämpfe durch die Mitglieder des A.-C. der weiteren zionistischen Oeffentlichkeit bekannt geworden wären. Wenn ein Redner uns hier den Rat gegeben hat, an diese englischen Kräfte zu appellieren, im Gegensatz zur Regierung, so möchte man hier sagen, daß gerade diese Kräfte es waren, die wir im entscheidenden Moment unter großen Mühen herangeholt haben und daß es viel schwerer war, die Hilfe dieser Kräfte in systematischer Weise für uns auszunützen, als jetzt nachträglich ihre Namen uns von der Kongreßtribüne zu empfehlen. Wir haben uns bei dem Kampf um unser Recht in erster Linie auf die Entrüstung gestützt, die ganz spontan in der jüdischen Welt entstanden ist und die Exekutive hat es als ihre höchste Aufgabe betrachtet, der Regierung gegenüber als Sprachrohr dieser Gefühle unseres Volkes zu dienen.

Ich will nun noch mit einigen Worten auf das letzte Stadium unserer Verhandlungen mit der Regierung, den

MacDonald-Brief

eingehen, der in der Debatte eine so große Rolle gespielt hat. Nach einer langen Debatte hat uns das Aktionskomitee beauftragt, in die Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Die Herren wußten genau, daß das Weißbuch nicht formell zurückgezogen werden konnte. Das Aktionskomitee gab der Exekutive eine politische Kommission bei, und die Exekutive selbst war während der Verhandlungen zahlenmäßig ziemlich stark, so daß effektiv alle Parteien mit Ausnahme der Revisionisten täglich und stündlich mit den Ereignissen in Kontakt sein konnten. Nahum Goldmann hatte den Mut, seine eigene Mitverantwortung an den Verhandlungen anzuerkennen.

Viel Kritik ist an meiner Erklärung geübt worden, in der ich in meiner persönlichen Eigenschaft gesagt hatte, daß der MacDonald-Brief eine Grundlage für Zusammenarbeit hergestellt habe und daß ich diese Ansicht dem Kongreß empfehlen wolle. Weniger hätte ich wohl kaum sagen können. Und nachdem ein britisches Kabinettskomitee, dem fünf Minister angehören, sich in einer Zeit, wo das britische Reich auch andere wichtige Angelegenheiten zu behandeln hatte, sich wochenlang mit unseren Angelegenheiten beschäftigte, war die Regierung berechtigt, zu erfahren, wie ich, auf dem die Last dieser Verhandlungen vor allem gelegen ist, das Ergebnis beurteile, und ich habe, wie Ihnen bekannt ist, betont, daß ich mich nur in einer privaten Kapazität äußern kann und daß dem Kongreß die endgültige Entscheidung obliegt. Die Regierung hätte ihre eigene Interpretation zur Erklärung des Weißbuches veröffentlichen können, ohne uns zu befragen; so hätte die Gefahr bestanden, daß die Regierung unseren Ansichten auch in denjenigen Punkten, in denen sie uns entgegenkommen wollte, durch unvollkommene Kenntnis der Umstände nicht in der entsprechenden Form gerecht geworden wäre. Im Moment, wo wir uns zu der Konferenz an den Tisch setzten, wurde diese Gefahr vermindert.

Eine Interpretation des Weißbuches konnte nur einmal veröffentlicht werden; wir hätten nicht einen Kommentar zu der neuen Interpretation verlangen können, wenn sich diese wieder als unklar oder unannehmbar erwiesen hätte. Wir hatten zwischen zwei Alternativen zu entscheiden — entweder in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten oder aber es ihr zu überlassen, daß sie eine Erklärung herausgibt, ohne uns vorher zu befragen. Wir haben beschlossen, den ersten Weg zu wählen, und traten in die Verhandlungen ein mit voller Ueberlegung und mit Zustimmung aller autoritativen Organe unserer Bewegung. Als die langwierigen Verhandlungen ihren Schluß erreichten und das Dokument fertig vorlag, war die Regierung berechtigt, an uns die Frage zu richten: Seid Ihr bereit oder nicht, dieses Dokument Eurem Volke als Grundlage zu weiterer Zusammenarbeit zu empfehlen? Ich konnte mich nicht der Antwort entziehen. Und die Antwort, die ich erteilte, wurde von dem amerikanischen Vertreter und den anderen Mitgliedern der Delegation gutgeheißen.

Nur noch ein Wort über § 4 des MacDonald-Briefes. Der Führer der Revisionisten hat es für richtig gefunden, ihn in einer absolut phantastischen Weise zu interpretieren. Der Ursprung und der eigentliche Sinn des Paragraphen sind folgende: Die Mandatskommission hat der Palästinaverwaltung ihren Tadel ausgesprochen dafür, daß sie sich begnügte, das Gleichgewicht zwischen den beiden Völkern zu halten, anstatt konstruktive Arbeit zu leisten. Diese Kritik wurde weiter entwickelt in unserer Antwort auf das Weißbuch, die Herr Leonard Stein verfaßte. Der § 4 des MacDonald-Briefes bildet eine Antwort auf diese Kritik.

Die Tatsache, daß der Premierminister vom Weißbuch als dem „Dominating document“ spricht, ist viel erwähnt worden. Diese Worte gebrauchte er in einer unvorbereiteten Antwort auf eine zusätzliche Frage im Parlament (das heißt, eine Frage, die ihm ohne Voranmeldung gestellt wurde). Der wahre Status des MacDonald-Briefes seinem Verhältnis zum Weißbuch wurde vom Premierminister am nächsten Tage in einer offiziellen Erklärung klargestellt. Der Text dieser Erklärung ist allgemein bekannt und bedarf keiner Wiederholung. Im Zusammenhang mit den im ersten Paragraphen des Briefes gebrauchten Ausdrücken spricht er für sich; aber hiervon abgesehen, scheint die wahre Bedeutung des Wortes „Dominating“ mißverstanden worden zu sein. Man hat es so dargestellt, als stünde es der Palästinaverwaltung frei, dasjenige Dokument zu wählen, nach dem sie sich in Zukunft richten wolle, entweder das Weißbuch oder den Brief; verschiedene Redner hatten es so dargestellt, als ob im Konfliktsfall das Weißbuch und nicht der Brief den Sieg davontragen würde. In Wahrheit ist die Lage umgekehrt.

Aus dem Brief geht unzweideutig hervor, daß im Konfliktsfalle der Brief und nicht das Weißbuch gelten würde. Das ist das Wesen der „authentischen Interpretation“. Das ist auch die Auffassung der kompetenten juristischen und politischen englischen Kreise.

Ich behaupte nicht, daß der Brief uns alles gegeben hat, was wir wünschen; leider ist es in der Politik so, daß man nicht alles erreichen kann, was man wünscht, und daß man in jedem gegebenen Moment vor der Alternative steht, entweder das, was sich als erreichbar erweist, anzunehmen, oder überhaupt nichts zu erhalten. Der Brief ist ein Kompromiß, das wenigstens einigermaßen uns entgegenkommt und von dem zumindest gesagt werden kann, daß es das Tor, welches das Weißbuch verschlossen hat, wieder eröffnete. Wenn der Brief in richtiger und ehrlicher Weise durchgeführt wird — und daß dies geschieht, dafür müssen wir alle sorgen — dann ist er ein Ausgangspunkt, von dem wir zur Festigung und Verbesserung unserer Position fortschreiten können.

Wesentlich ist, daß der Brief in der Praxis durchgeführt wird. In diesem Punkt können wir uns jetzt noch keineswegs befriedigt erklären. Die Politik und Haltung der Palästina-Verwaltung haben bis zum heutigen Tage noch nicht die Wandlung zum Ausdruck kommen lassen, die wir als Ergebnis des MacDonald-Briefes zu erwarten berechtigt sind. Aber die Zeit ist noch nicht gekommen, ein endgültiges Urteil über den Wert des Briefes zu fällen.

Ich möchte besonders (obwohl es sich hier nur um einen Punkt unter vielen handelt) bezug nehmen auf die Beschäftigung jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten, ein Punkt, zu dem der Brief des Premierministers ausdrückliche Zusicherungen machte. Zu dieser Frage haben wir der Regierung bereits klar gesagt, daß wir nicht in der Lage sind, den MacDonald-Brief als wirklich durchgeführt zu betrachten, und daß dieser Brief nur dann als Basis für eine Kooperation dienen kann, wenn seine Verfügungen sowohl den

Buchstaben als auch dem Geiste nach ausgeführt werden.

Lassen Sie mich hinzufügen, daß ich überzeugt bin, daß der Premierminister der erste sein wird, der ernstlich Anstoß daran nehmen würde, wenn er sich davon überzeugt, daß die Palästina-Administration es daran fehlen läßt, denjenigen Versprechungen, unter die er seinen Namen gesetzt hat, Wirksamkeit zu verleihen.

Ich weiß selbst nur zu gut, und ich zögere nicht, es hier ganz offen zu sagen, daß in Beamtenkreisen — sowohl in London und noch mehr in Jerusalem — mit Obstrktionen und sogar Uebelwollen gerechnet werden muß, und es wird des festen Eingreifens seitens der höheren Autoritäten bedürfen, um diese Hindernisse zu beseitigen. Die britische Regierung wird sich bald mit der Ernennung eines neuen High Commissioners zu beschäftigen haben und die Handlungen dieses neuen High Commissioner, ferner die Haltung des künftigen Leiters der Development Commission und der Anteil, den man uns innerhalb der Development Commission gewähren wird, werden der wahre praktische Prüfstein für den Wert des MacDonald-Briefes sein.

Ich grenze mich ab und protestiere sowohl gegen die Form als auch gegen einen erheblichen Teil des Inhaltes der Rede von Dr. Stephen Wise, die nach meiner Meinung der zionistischen Sache einen schlechten Dienst erwiesen hat. Durch Uebertreibung unserer Anklage gegen die britische Regierung und dadurch, daß er sie in eine Sprache maßloser Schärfe kleidete, reicht er unseren Gegnern eine helfende Hand. Zu gleicher Zeit möchte ich englische Leser seiner Rede auf die Tatsache aufmerksam machen, daß in den ersten Jahren des Weltkrieges, bevor noch Amerika in ihn verwickelt war, Doktor Wise und seine Freunde unter denn ersten waren, die sich für die Sache Englands in Amerika einsetzten. Jeder, der mit den Tatsachen bekannt ist, wird zugeben, daß Dr. Wise in jenen Tagen Großbritannien wertvolle Dienste erwiesen hat. Während ich also seine übertriebenen Darstellungen und die Art und Weise, wie er sich ausdrückte, tief bedauere, möchte ich doch hinzufügen, daß gerade er ein hervorragendes Beispiel dafür ist, wie durch die Handlungen der britischen Regierung Sympathien und Freundschaft vergeudet worden ist.

Noch ein Wort im Zusammenhang mit Dr. Wises Rede. Er nahm in ihr Bezug auf den Bericht der Mandats-Kommission, der vor einem Jahr erschien, als dem einzigen guten Dokument der letzten zwei Jahre. Er unterließ es jedoch, darauf hinzuweisen, daß die Mandatskommission die Darlegung des jüdischen Standpunktes vor sich hatte, die die Exekutive ihr in einem Memorandum unterbreitet hatte — ein Statement, das nicht ohne Wirkung blieb, wie allen dennen klar sein wird, die die Verhandlungen der Kommission studiert haben. Und lassen Sie mich zu diesem Punkt noch ein Wort hinzufügen, das für die ganze Diskussion wichtig ist: **Wenn vor der Mandatskommission unsere Antwort auf den Shaw-Bericht Erfolg hatte, so war es deshalb, weil es nicht eine rein rethorische Antwort war, sondern ein nüchterner Ueberblick über Tatsachen, gestützt durch unbestreitbare Beweise. Wir hatten Erfolg — soweit es ein Erfolg war — weil unsere Sache eine gute ist und weil sie auf die richtige Weise vorgebracht wurde.**

Meine Anschauung über die Parole einer jüdischen Mehrheit habe ich bereits gestern dargelegt. Die große jüdische Einwanderung, die wir brauchen, kommt nicht durch ein Zauberwort. Wir wollen uns nicht selbst betrügen. Die Größe der Einwanderung hängt von drei Faktoren ab: von den politischen Bedingungen überhaupt, von der Praxis der Einwanderungsbehörden und schließlich vor allem von unseren eigenen Anstrengungen. Für diese drei Dinge hat die Exekutive Verständnis und hat in fortwährendem tagtäglichem Kampf versucht, diese Ueberzeugung auch im Leben zu verwirklichen.

Was zunächst die

politischen Bedingungen

betrifft, so ist es klar, daß die politischen Verhältnisse und das Vertrauen in ihre Stabilität von größter Bedeutung sind für die Anziehungkraft, die Palästina auf Einwanderer, insbesondere solche mit Kapital ausübt. Eine politische Frage ist es auch, daß die Regierung durch geeignete Maßnahmen die Aufnahmefähigkeit des Landes für Einwanderer vergrößert sowohl durch entsprechende konstruktive Ausweitung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, als auch durch Beschäftigung von Juden bei öffentlichen Arbeiten usw. Wir haben uns fortgesetzt bemüht, der Regierung dies klarzumachen und wir haben — insbesondere auch unsere Palästina-Exekutive — einen ständigen Kampf geführt mit den Immigrationsbehörden um die Erteilung von Einwanderungs-Bewilligungen, sowohl für Chaluzim als auch für Einwanderer mit eigenen Mitteln, zu erleichtern. Wir hatten in diesem Punkte oft Anlaß zu ernsten Beschwerden. Aber unsere Stellung in diesem Kampfe wird nicht erleichtert, wenn in einem bestimmten Moment, nachdem wir in schweren Kämpfen eine Anzahl von Zertifikaten erreicht haben, aus Gründen unserer eigenen finanziellen Schwäche nicht in der Lage sind, sie auszunützen. Und darum müssen wir immer daran denken, daß der dritte Faktor, nämlich unsere eigene Anstrengung immer der ausschlaggebende Faktor sein wird. Letzten Endes wird der Umfang der Einwanderung von uns abhängen. Was wir von der Regierung zu verlangen berechtigt sind, ist die Schaffung solcher Bedingungen, unter denen das Maximum einer Einwanderung möglich ist. Das heißt, daß uns Gelegenheit gegeben wird, alle bestehenden ökonomischen Möglichkeiten, oder solche, die geschaffen werden können, voll auszunützen. Das ist das praktische Programm, mit dem man einen greifbaren Sinn verbinden kann. Wir werden nicht vorwärtskommen, indem wir vage, wenn auch imposante Formulierungen verkünden.

Durch alle diese schwierigen Jahre hindurch während derer die politische Situation uns unaufhörlich in Spannung gehalten hat, sind wir von

finanziellen Schwierigkeiten

gehetzt worden, deren Bedrohlichkeit, wie ich fürchte, von gewissen Teilen des Kongresses noch nicht völlig erfaßt worden ist. Dies gilt für die ganze Periode von 10 Jahren, während welcher ich gezwungen war, einen großen Teil meiner Zeit und persönlichen Kräfte für die Beschaffung der finanziellen Mittel aufzuwenden. Ich kann mich nicht rühmen, daß ich in dieser Zeit, besonders während meiner Reisen in Amerika, die auch keine leichte Sache waren, die Unterstützung aller zionistischen Freunde hatte, die hier als Kritiker der politischen Arbeit auftreten. Besonders zugespitzt hat sich diese finanzielle Lage in den letzten zwei Jahren, teilweise wegen der allgemeinen Weltlage, aber teilweise auch aus Gründen, die in der Zionistischen Organisation Amerikas liegen. In gewissen Kreisen scheint man faßt zu denken, daß es von keiner besonderen Bedeutung ist, ob der Keren Hajessod erhalten bleibt oder nicht und daß es beinahe gleichgültig ist, ob die Jewish Agency weiter mit den nötigen Mitteln ausgestattet wird. In meiner Eröffnungsrede habe ich bereits die Gründe dargelegt., warum, welchen Nachdruck man auch immer auf die Ermutigung der Privatinitiative legen mag, dennoch die Arbeit nicht erfolgreich weitergeführt werden kann, ohne die Unterstützung der öffentlichen Fonds, und daß der Keren Hajessod und der Keren Kajemeth ein integrierender und notwendiger Teil der Grundlagen bleiben müssen, auf denen allein ein gesundes Gebäude errichtet werden kann. Auf manchen Seiten aber fanden wir auch in dieser Beziehung Verständnis. In erster Linie muß ich wenigstens mit einem Wort, so unzulänglich es auch sein mag, der großzügigen Generosität des Baron Rothschild gedenken, der uns in einer Stunde größter Not beisprang.

In einem Moment wie dem jetzigen, wo unsere Bewegung am Scheideweg steht, ist es Pflicht der Führer, auf die Gefahr hin, von den Oberflächlichen des Kleinmuts geziehen zu werden, die gegebenen Realitäten klar ins Auge zu fassen und ein Programm aufzubauen, das in der Welt dieser Realitäten durchführbar ist und das uns wirklich dem Ziel näherbringt. Ich habe leider in den Reden der Opposition keine Andeutung darüber bemerkt, wie sie die bestehenden Diskrepanz zwischen dem Möglichen und dem Erwünschten überbrücken will. Ich sehe nicht die Methode, die irgendeine Ansicht auf Erfolg bietet. Die Gefahr, die ich sehe, ist die, daß man Formeln nachjagt und den Sinn für Proportion verliert.

Wir gleichen einem Kapitän, der sein Schiff nicht aufs Spiel setzen will und darum Ebbe und Flut beobachten muß, um bei Ebbe still zu liegen und die Vorteile der Flut auszunutzen. Bei mir ist immer Flut, aber ich kann nicht dafür, daß es in der Welt auch Ebbe gibt.

Ich habe wiederholt meiner tiefen Enttäuschung und Unzufriedenheit über die Haltung der Regierung in England und noch mehr über die der Administration in Jerusalem Ausdruck gegeben. Keine Regierung, wie mächtig sie auch sein mag, kann es sich leisten, mit einem feierlich gegebenen Versprechen zu spielen, und je größer die Macht ist, destoweniger kann sie es sich leisten. Ich fürchte, daß die Regierung dadurch, daß sie die großen moralischen Kräfte, die in der zionistischen Bewegung liegen, nicht voll würdigt, und dadurch, daß sie vergessen hat, daß in einer Zeit großer Not die Gefühle eines leidenden Volkes sich Großbritannien zugewandt haben — ich fürchte, sage ich, daß die Regierung durch die Herabdrückung ihres Versprechens und durch die Bagatellisierung eines großen staatsmännischen Aktes die Sympathien eines alten Volkes aufs Spiel gesetzt hat, Sympathien, die sogar für die britische Regierung keine quantité négligeable sein sollten.

Wir leben heute in einer von schweren Sorgen erfüllten Welt, die mit ihren eigenen Schwierigkeiten zu ringen hat. Wir Juden hatten stets darunter zu leiden, daß wir mißverstanden wurden. Der Zionismus und seine Realisierung in Palästina ist ein Versuch, dieses Mißverständnis zu beseitigen. Aber eine solche Erkenntnis kommt nur langsam und im Laufe der Zeit. Dieses Mißverstehen seitens der Welt ist eine der vielleicht größten Schwierigkeiten, denen wir auf unserem Wege begegnen und es wäre naiv zu glauben, daß zehn Jahre Arbeit genügen, um solche Schwierigkeiten zu überwinden. Deswegen glaube ich nicht, daß man auf abgekürzten Wegen durch Kefizath Haderech Palästina erreichen kann. Ich glaube aber, daß wir unser Nationalheim erkaufen werden durch schwere, mühselige Arbeit und tiefes Leiden und daß es die Aufgabe und das Glück unserer Generation ist, in einer historisch bedeutungsvollen Uebergangszeit zu leben und wir können hoffen, denen, die nach uns kommen, den Weg zu ebnen, so daß sie größere Taten vollbringen als uns vergönnt war. Wir sind nur ein Ring in einer langen historischen Kette, deren Anfang in uralten Zeiten und deren Ende in einer uns noch unbekannten Zukunft liegt. Es ist unsere erhabenste Aufgabe, diesen Ring so zu schmieden, daß er tragfähig und haltbar ist.

Wir alle sind verbünden in dem starken Glauben an die zionistische Idee und ihre Verwirklichung. Aber der tiefe Glaube an eine Sache manifestiert sich nicht in einer heroischen Phrase oder dramttischen Geste, sondern in der Geduld, mit der man tatsächliche Schwierigkeiten erträgt, in dem Bewußtsein, daß durch alle Wechselfälle der Weg zum Ziele führen wird, wenn nur wir selbst fest bleiben und standhalten und nicht die Nerven verlieren. In diesem Geiste müssen wir unseren Weg unbeirrt weiter gehen, auch angesichts schwerer Rückschläge und ich bitte Sie, der neuen Leitung, die Sie jetzt wählen werden, und der Sie die Führung der Geschäfte übertragen werden, diesen Weg nicht allzu schwer zu machen.

(Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Die Decharge

Der Vorsitzende Dr. Margulies erklärt, daß gemäß § 26a der Statuten, da ein Antrag gegen die Decharge nicht eingereicht wurde, die Decharge als erteilt gilt.

Arlosoroff: Wo ist das Mißtrauensvotum der Revisionisten geblieben?

Vorsitzender: Diese Frage sollten Sie an die Revisionisten und nicht an den Vorsitzenden richten.

Die Lage der Juden in der Galuth

Sonntag, den 5. d. M., hielt Jitzchak Grünbaum am Zionistenkongreß ein Referat über die Lage der Weltjudenheit.

Mit ehrfürchtigem Gefühl und mit Zittern vor der Verantwortung betrete ich diese Tribüne, auf welcher vor 34 Jahren zum erstenmal die Stimme eines stolzen Juden über die Lage unseres Volkes im Galuth ertönte. Das bittere Schicksal will es, daß ich meine Uebersicht mit einer blutigen Erscheinung im jüdischen Leben beginnen muß, von der ich diesmal nicht sprechen wollte. Ich muß meine Uebersicht mit einem blutigen Pogrom beginnen, der vor einigen Tagen in Saloniki vorgekommen ist. Nach dem Kriege begann diese Stadt als jüdisches Zentrum liquidiert zu werden. Aber niemand konnte sich vorstellen, daß Saloniki der Schauplatz eines blutigen Pogroms werden würde, daß Saloniki jene Schlächtereien zu spüren haben würde, von denen man glaubte, daß sie nur das Los der russischen Juden seien.

Man verteidigt uns. Jede Regierung hat bekanntlich die allererste Pflicht, die Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern, Vorkehrungen zu treffen, daß nicht umsonst Blut vergossen werde und man nicht ruhige Bürger überfalle. Aber in ganz unverständlicher Weise versagt sie viel zu oft dann, wenn es sich um Juden handelt. Dann kommt man zu spät, dann war man nicht unterrichtet, was geschehen würde usw. Die Ausschreitungen gegen die Juden waren überall mehr oder weniger wohl vorbereitet. Ueberall ist der Pogrom das Mittel eines Massenterrors. Glauben Sie keiner der Ausreden, die den Pogrom fast zur Naturerscheinung machen. Er ist keine Naturerscheinung, sondern die bewußte Arbeit von Menschen, welche die Juden terrorisieren und auf diese Weise erniedrigen und erdrücken wollen.

Wenn wir uns für eine Gegenwehr vorbereiten, dann hält man dies für ein Verbrechen. Sehr selten gibt man zu, daß wir auch das heilige Recht haben, uns bei Ueberfällen zu verteidigen. Dies hält man für einen feindseligen Akt. Unsere Väter und wir selbst meinten, Pogrome seien Erscheinungen, die mit einer bestimmten Ordnung, der im zaristischen Rußland, verbunden seien. Aber nach dem Kriege mußten wir uns überzeugen, daß all das Illusion war. Die Wirklichkeit hat bewiesen, daß man auch in Berlin und an der Wiener Universität Juden prügeln kann. Wenn es unruhig wird und man sich wie auf einem Vulkan fühlt, dann prügelt man überall die Juden. Nirgends sind wir sicher, besonders nicht in Osteuropa. Schaffung der Sicherheit ist eines der Probleme unseres jüdischen Lebens. Diese Generation wird es nicht zulassen, sich wie unsere Vorfahren abschlachten zu lassen, sie wird sich selbst verteidigen. Unsere Großväter glaubten, daß die Gleichberechtigung das jüdische Problem lösen werde. Letzten Endes werde die Gleichberechtigung die Judenfrage lösen. Zuerst sagte es Achad Haam in der hebräischen Literatur, und dann mit donnernder Stimme Max Nordau: Es ist nicht richtig, auch in den Ländern mit jüdischer Gleichberechtigung bleibt die Judenfrage bestehen. Aber die Gleichberechtigung hat die Judenfrage nicht gelöst, im Gegenteil, die Judenfrage besteht und ist noch viel schwerer und viel fühlbarer als die einstige rechtliche Begrenzung. Als die Juden die Gleichberechtigung erhielten, herrschte in der Welt der Liberalismus. Das ökonomische Leben war frei von der Einmischung des Staates. In freier Konkurrenz spielten die wirtschaftlichen Kräfte. Aber als der Liberalismus zurückzugehen begann und der Staat sich immer mehr in das ökonomische Leben einmischte und der regulierende Faktor dieses Lebens wurde, änderte sich die Lage kardinal. Die Juden werden in ihren Fähigkeiten beschränkt und ihre Interessen immer als Opfer gebracht. Sie müssen zurücktreten und das Feld für Menschen der herrschenden Klasse und des herrschenden Volkes freimachen.

Sie werden auf die Minderheitsrechte hinweisen, die gerade von uns Zionisten in der Zeit des Krieges verfochten worden sind. Das Prinzip des Minderheitsrechtes hat sich durchgesetzt, und ist international garantiert worden. Wir haben gesiegt, aber nur auf dem Papier. In keinem von den neuen Ländern — abgesehen von kleinen Staaten, wie Estland mit seinen 5000 Juden oder Lettland wo ebenfalls eine knappe Zahl von Juden, Deutschen und Russen, vorhanden ist — sind sie realisiert worden. Ueberall in den Ländern der jüdischen Massensiedlungen stehen wir im Kampf um unsere individuellen und kollektiven Rechte. Wir beginnen, in diesem Kampfe zu ermatten, gebrochen zu werden. Vielleicht die Hauptursache dieser Erscheinung ist das Verhältnis des Völkerbundes zum Minderheitsrecht. Er hat es anerkannt, aber das war nichts mehr als eine Phrase.

Von den Aenderungen, die der Krieg in der Struktur Europas gebracht hat, trifft uns wohl am meisten die Entwicklung in Sowjetrußland. Die meisten kulturellen und politischen Werte, von denen wir heute leben, sind unter Schmerzen ausgetragen worden in der großen jüdischen Massensiedlung des alten Rußland. Die Revolution hat das alte russische Judentum zerstört. Freilich hat SSSR. unter dem Druck der Zionisten-Sozialisten die Frage untersucht, wie man das jüdische Volk in die neue Gesellschaft eingliedern soll, die dort aufgebaut wird. Und wenn wir gerecht sein wollen, so müssen wir sagen, noch keine Regierung hat sich so mit der jüdischen Frage befaßt. Es gibt Versuche zur Kolonisierung, zur Einbeziehung von Juden in die Industrialisierung, aber die große jüdische Masse steht außerhalb des neuen Lebens im Sowjetstaat, ist vogelfrei geworden. Es gibt dort eine zionistische Bewegung, die Jugend opfert sich für den Zionismus. Sie lebt, um den jüdischen Willen zu neuem Leben, zur nationalen Freiheit Ausdruck zu geben. Sie geht in die Kerker der GPU., sie wird verschickt ins kalte Sibirien, in die glühenden Wüsten von Turkestan, wie einst die Revolutionäre, und der Faden der zionistischen Bewegung wird doch nicht durchschnitten, sondern spinnt sich fort trotz allem. Der Zionismus in Rußland war immer ein Märthyrerzionismus. Und von dieser Tribüne entbieten wir unseren Freunden in SSSR. unsere tiefsten und wärmsten Brüdergrüße. (Stürmischer Beifall.)

Und noch in einem Lande hat sich eine Revolution ereignet, in Spanien. Die revolutionäre Regierung hat verstanden, daß sie die Schmach des XV. Jahrhunderts in bezug auf die Juden verwischen muß. Gewisse Formen, in denen der revolutionäre Sturm zum Ausdruck kommt, erwecken in den christlichen Massen Erregung. Und es wird schon eine Legende geschaffen — die jüdische Rache. Das ist aber nur eine Rache der Geschichte, die sich durch die Verfolgungen auf Juden in den blutigsten Formen als Ausdruck des Schmerzes und der Leiden angehäuft hat. So war es in Rußland, so ist es auch in Spanien.

In den baltischen Ländern wohnen etwa sechs Millionen Juden, vielleicht etwas mehr. Dort entwickeln sich dieselben Prozesse auf evolutionärem Wege. Das Städtchen ist ganz ruiniert, die Großstadt wächst, aber dort nehmen die Erscheinungen der Verwilderung und Pauperisierung der Juden zu. Die jüdische Jugend weiß nicht, wohin sie gehen soll, die Alten sterben aus in Not und Verzweiflung. In allen diesen Ländern entsteht eine neue jüdische Forderung, von der unsere Väter nichts wußten. Es entsteht eine Forderung nicht nur auf allgemeine Rechte, sondern nach Recht auf Arbeit, darauf, eine Existenz zu haben. Das schlimmste ist, daß alle Tore der Welt vor den Juden verschlossen sind. Sie sieht die Galuth in allen Ländern aus und in allen Zeiten.

Wenn ich Ihnen hier das jüdische Leben vorstelle, so sehe ich ein Bild vor mir: Es scheint mir, daß in allen Ländern, besonders in den Ländern, wo große jüdische Massen wohnen, eine gewaltige, furchtbare Zentrifuge arbeitet, in die wir hineingeraten sind. Sie rotiert mit furchtbarer Geschwindigkeit, absorbiert die Juden, zerreibt sie und wirft sie als Spreu aus. Von diesem Bild kann ich mich nicht befreien. Im Symbol des wandernden Juden steckt eine tiefe Wahrheit. Der Träger des jüdischen Volksgedankens, des jüdischen Volkslebens, war immer der wandernde Jude, der ausgestoßene, der verdrängte Jude, der sich neue Lebensformen schaffen muß, weil die alten zerstört sind.

Die Welt hat zu wählen: werden günstige Bedingungen für die bauenden und schaffenden Kräfte geschaffen, werden jene Hindernisse beseitigt, welche diese unsere Kräfte brechen, dann werden wir Wunder vor der Menschheit wecken. Werden aber die bauenden Kräfte zerstört und gebrochen werden, dann werden diese Massen von verstoßenen, verdrängten und suchenden Kräften siegen. Und jeder Staatsmann, besonders bei uns in Osteuropa, weiß dies, er hat jedoch noch nicht den Mut, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen. Wenn wir die Uebersicht über das jüdische Leben in der Nachkriegszeit bis heute machen, so sagen wir: Wenn die Welt die bauenden Kräfte, die sich im jüdischen Volke sammeln, zerstört, dann wird die Masse des jüdischen Volkes sich in eine ungeheure zerstörende Kraft verwandeln. Wenn aber die Welt das andere wählt, wenn sie uns versteht, und für uns solche Bedingungen schafft, daß unsere bauenden und schaffenden Kräfte wachsen, dann wird sie sich selbst von ihrem Fluch befreien und das jüdische Volk vom Fluch des Galuth. (Stürmischer Beifall.)

Die Rede Dr. Rufeisens vor dem Plenum

Dr. Rufeisen hielt am 6. d. M. im Plenum des Kongresses die folgende Rede:

Im Hinblick auf die aus dem Weißbuch vom Oktober 1930 und aus der Administrativpraxis in Palästina ersichtlichen Tendenzen, das Schwergewicht in der Ausführung des Mandates zu unseren Ungunsten zu verschieben, und mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten zwei Jahre sind wir wohl alle darin einig, daß die Mandatarmacht ihre Verpflichtung gegenüber dem jüdischen nationalen Heim nicht erfüllt hat, und daß die Situation unbefriedigend ist. Den bedeutsamsten Ausdruck dieser Unzufriedenheit hat Dr. Weizmann durch seine Demission gegeben. Auch bei früheren Gelegenheiten hat Dr. Weizmann immer nur unsere Beziehungen zur Mandatarmacht, niemals die Lage, als zufriedenstellend zu bezeichnen. Diese Worte wurden im politischen Streite oft fälschlich vertauscht. Eine neue Begriffsverwirrung droht uns, wenn wir die Frage der Kooperation mit der Mandatarmacht verwechseln mit der Frage, ob wir die Situation als befriedigend empfinden. Es gibt verschiedene Arten von Kooperation. Was wir anstreben, ist eine Kooperation gegenseitigen Vertrauens, die wir als eine notwendige Voraussetzung eines gewaltigen Fortschrittes unserer Arbeit ansehen. Aber auch ohne gegenseitiges Vertrauen ist eine vorsichtige und kritische Kooperation nicht ausgeschlossen. Ausgeschlossen ist sie nur mit einem Gegner, der unseren Bemühungen um gegenseitiges Vertrauen dauerndes Unverständnis oder gar bösen Willen entgegenstellt. Durch das Paßfieldsche Weißbuch wurde der Anschein erweckt, als ob es mit solchen Gegenspielern zu tun hätten. Der MacDonald-Brief hat die Basis für die Kooperation wieder hergestellt. Von den Erfolgen einer weiteren mit Würde und Entschiedenheit geführten Politik wird es abhängen, wie lange wir uns auf eine kritische Kooperation beschränken müssen. Will denn Jabotinsky einen offenen Kampf? Wozu also die Begriffsverwirrung, die nur Schaden stiftet. Die Lage ist nicht befriedigend, sie ist unerträglich. Es gibt nun verschiedene Arten, wie der schwache Mensch auf eine unerträgliche Lage reagiert. Allen diesen Reaktionen ist gemeinsam, daß sie eine Flucht aus der Realität bedeuten, zum Teil in pathologische und darum jedenfalls hemmungslose Exzesse. Der starke Mensch sucht, eine unerträgliche Lage durch persönliche Anstrengung zu meistern. Der Realpolitiker verwertet die romantische Konzeption zu schöpferischer Umgestaltung der Wirklichkeit.

Die Frage des gesetzgeberischen Rates für Palästina, den die Araber als Mittel zur Bekämpfung der Mandatsdurchführung und nicht zur Wahrung ihrer Staatsbürgerwürde wünschen, ist offen geblieben. Wir können, solange die Araber das Mandat als Ganzes nicht akzeptiert haben, uns gegen die Einführung einer gesetzgeberischen Körperschaft wehren, dürfen aber nicht versäumen, anstatt wegen der drohenden Gefahr zu lamentieren, die Frage sorgfältig zu prüfen und konkrete Mittel zu suchen, um auf den Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine Kooperation mit den Arabern vorzubereiten.

Realpolitik ist nicht Verzichtpolitik, auch wenn es der durch demagogische Fragen verführten Masse manchmal so scheint. Nie werden wir ein Recht aufgeben, nie werden wir eine obere Grenze für die prozentuelle Beteiligung an der Bevölkerungszahl in Palästina anerkennen, nie werden wir unsere Ideale geographisch begrenzen. Ich will mich nicht an der Lizitation politischer und religiöser Formeln beteiligen und etwa auf das Versprechen an unseren Stammvater Abraham zurückgreifen, nach welchem das Land von Syrien bis Mesopotamien den Söhnen (anscheinend allerdings beiden Söhnen) Abrahams versprochen wurde. Nicht unsere Tagträume, nicht die Formulierungen werden entscheiden, wie groß und wie stark unser Nationalheim sein wird, wir können nicht mit einem kleinen Einsatz den Haupttreffer einer Lotterie gewinnen, uns auch nicht auf die Hilfe anderer verlassen, sondern nur auf unsere eigene Kraft und auf die eigene Leistung. Unsere treibende Kraft ist die verantwortliche Sorge um die Verwirklichung unseres Ideales. Die Arbeiterschaft hat es verstanden, diese verantwortliche Sorge mit ihrem persönlichen Schicksal und der persönlichen Leistung zu verknüpfen. Darum gehören ihr unsere Sympathien. Im übrigen stehen wir auf dem wiederholt gekennzeichneten Standpunkte, daß unsere Wirtschaftspolitik nationalem und privatem Kapital in gleicher Weise Aufgaben zuweist und daß alle Arbeitswilligen Kräfte des jüdischen Volkes zum Aufbau einer Wirtschaft heranzuziehen sind, in der es keine Ausbeutung geben soll.

Es ist eine Ueberschätzung, wenn die Politik zur Voraussetzung der Arbeit gestempelt wird, die wir zu allen Zeiten, auch vor der Balfour-Deklaration, unternehmen konnten und niemals unterbrechen wollen. Wir werden durch wirtschaftliche und kulturelle Tatsachen einen bedeutsamen Faktor zur Politik beitragen. Die Unterbrechung der Arbeit vor Erlangung gewisser Bedingungen wäre ein Verbrechen, von dem ich nie verstehen werde, daß es auch nur diskutiert werden konnte. Natürlich muß eine entschieden, aber auch vorsichtig reale und würdige Politik für die Sicherung unserer Arbeit sorgen.

Worin soll unsere Politik bestehen? Berauschen wir uns doch nicht an demagogischen Formulierungen, lamentieren wir nicht über Unglück und Finanznot! Erfreulicherweise hörten wir von Jabotinsky nichts von den abenteuerlichen Plänen irregeleiteter Menschen, wie sie in letzter Zeit verschiedentlich entwickelt wurden. Sein einziges Rezept ist „moralischer Druck“. Es könnte billig darauf geantwortet werden, daß Druck Gegendruck erzeugt. Die Politik unserer bisherigen Exekutive versuchte, in immer wieder erneuter Vorstellung bei der Mandatarmacht und nötigenfalls beim Völkerbund unsere Rechte mit Entschiedenheit geltend zu machen. Für unsere Sache wurde eine ganze Reihe von Freunden gewonnen. Man könnte sagen, es sei quantitativ zu wenig geschehen aus Mangel an Männern und an Mitteln. Qualitativ aber war doch die Methode besser als das leere Rezept von dem „moralischen Druck“.

Wir sind heute 20 Prozent im Lande, bei einer Einwanderung von 25.000 jährlich könnten wir in 30 Jahren die Mehrheit sein. Glauben Sie ernstlich, daß es aktuell ist, heute das Baseler Programm, in dessen Zeichen wir bisher gearbeitet haben, zu ändern oder authentisch zu interpretieren? Haben Sie gar keine Sorge, daß gerade Ihr Geschrei von der Mehrheit geeignet ist, unsere Arbeit politisch zu erschweren? Die Unruhen in Palästina waren nicht in den Jahren unserer wirklichen großen Einwanderung, sondern in den Jahren der politischen Manifestationen. Glauben Sie, daß wir bei dem derzeitigen politischen Tendenzen es riskieren sollen, uns einem Revisionsverfahren zu unterwerfen, ob die Zionistische Organisation mit geändertem Programm noch den Mandatsbestimmungen entspricht?

Der Kongreß ist zur Willensbildung für die nächsten zwei Jahre da. Nicht um ein Endziel geht es, sondern um ein Aktionsprogramm. Brauchen wir wirklich eine Proklamation des „großen Endzieles“, um für das Volk die Fahne zu entrollen? Für uns gilt nicht die Idee der Macht, sondern die Macht der Idee. Die Zeit, in der man die Völker in Reih und Glied führen konnte, wohin Sie wollen, ist vorbei.

Die Phraseologie von einem Kolonisationsregime und einem moralischen Druck hatte bisher vielleicht schon den Erfolg, die Konsolidierung unserer Gegner zu beschleunigen, dem jüdischen Volk hat sie nichts gegeben, eher seinen Aufbauwillen geschwächt. Warten Sie nicht auf die Hilfe von außen, sagen Sie Ihren Freunden und Jüngern, wie dem ganzen jüdischen Volke, daß es nicht genügt, ein Glaubensbekenntnis abzulegen, sondern daß jeder von uns mit Körper und Seele und seinem Vermögen beitragen muß, um unser Aufbauwerk zu vollenden.

Und zum Schluß noch eins: Wir haben bisher etwa 5 Prozent der Judenheit der ganzen Welt organisatorisch erfaßt. Glauben Sie, daß es an der Zeit ist, in unseren eigenen Reihen Haß zu säen und uns gegenseitig zu zerfleischen? Warum wird im Namen einer heiligen Idee so viel Haß gepredigt und verspritzt und so wenig Liebe? Der wahre Zionismus ist doch, ohne Rücksicht darauf, welche Partei die Führung inne hat, gemeinsamer Dienst am gemeinsamen Werk. (Beifall.)

Čsl. Delegierte zur Situation

Basel, 7. Juli 1931.

Unser Basler Berichterstatter hat an die tschechoslow. Delegierten eine Rundfrage über ihre Stellungsnahme zur Situation gerichtet. Wir geben im Folgenden die Antworten wieder:

Allgemeine Zionisten

Wir haben Herrn Dr. Goldstein einige Fragen vorgelegt, die uns seine Meinung über den momentanen Stand wichtiger Kongreßprobleme verdeutlichen sollen.

Was ist das Programm und der Sinn der Gruppe A des Zentrums, der bekanntlich Dr. Goldstein, sowie die übrige tschechoslowakische Landmannschaft angehört:

„Die Gruppe A des Zentrums hat sich aus dem Grunde konstituiert und es sind ihr die Delegationen der tschechosl. Landsmannschaften auch aus dem Grunde beigetreten, um den Einfluß der Linken zu stärken, damit, soweit es in unserer Möglichkeit steht, verhindert wird, daß die rechten Strömungen während des Kongresses sowie bei der Bildung der künftigen Exekutive die Oberhand gewinnen.

Ausdrücklich wurde bestimmt, daß diese Gruppierung nur für die Dauer des Kongresses gedacht ist, daß demnach keine neue Fraktionsbildung beabsichtigt ist; ja es wurde sogar heute bei der Konstituierung des Weltverbandes der allgemeinen Zionisten beschlossen, daß sich die Gruppe A diesem Weltverbande anschließe.

Wir haben uns entschlossen, für den Fall, daß seitens der Revisionisten der Antrag auf Nichterteilung der Decharge gestellt werden sollte, wie in der Rede von Jabotinsky angekündigt war, diesen Antrag zu bekämpfen.“

Welches sind die Mitglieder der Gruppe A?

„Der Gruppe A gehören an: Die Engländer, die Deutschen, die Tschechoslowaken, die Jugoslawen, je ein Delegierter aus Transsylvanien, Bukowina, Italien und den nordischen Staaten. Die Amerikaner hospitieren bei A und B, ohne daß bisher eine einheitliche Stellungnahme ihrerseits erfolgt wäre.“

Wie ist die Stellung der Gruppe A in der Politik England gegenüber?

„Wenn es auch innerhalb der Gruppe A in dieser Beziehung Meinungsnuancen gibt, so dürfte doch im Wesen die Ansicht vorherrschen, daß der MacDonald-Brief eine geeignete Basis für die Cooperation mit England ist, daß er jedoch weiterer Verhandlungen behufs Befestigung und Erweiterung dieser Basis bedarf. Die Gesamtgruppe ist jedoch entschieden gegen eine Ablehnung des Mac-Donald-Briefes.“

Wie steht die Gruppe zu dem von den Revisionisten in den Kongreß geworfenen Antrag der neuen Erklärung eines Endziels der zionistischen Organisation?

„Es wurde beschlossen, daß das Verlangen der Revisionisten nicht direkt ins Plenum zur Abstimmung kommen soll, sondern vorher in der politischen Kommission beraten werden müsse. Was die Proklamierung des Endziels (Majorität oder eine ähnliche Formulierung) betrifft, so unterscheiden wir genau zwischen dem Endziel selbst und der Frage und sind der Ansicht, daß eine solche Proklamierung uns dem Endziel nicht näher bringt, möglicherweise politischen Schaden anrichten kann.“

Wie ist Ihre Meinung betreffend die Frage der zionistischen Leitung?

„Die finanzielle Lage der Organisation ist eine äußerst kritische und eine jede künftige Leitung wird zweifellos vor diesem überaus schweren Problem stehen. Dies mag wohl neben andern mit ein sehr entscheidender Grund sein, daß bisher noch keine Fraktion die Erklärung abgegeben hat, daß sie bereit sei, die Leitung zu übernehmen. Von der B-Gruppe der allgemeinen Zionisten wird das Programm einer großen Koalition verfochten, das von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten reichen soll. Die Durchführung dieses schön klingenden Planes werden sich wohl unüberbrückbare Hindernisse in den Weg stellen. Infolgedessen ist derzeit die Frage der künftigen Leitung noch vollkommen ungeklärt. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Lösung der Führerkrise rechnet eine ansehnliche Anzahl der Delegationen damit, daß Weizmanns Verzicht doch kein endgültiger ist. Zu dieser Frage hat die Gruppe A bisher noch keine Stellung genommen. Uebrigens stehen wir erst vor Beginn der Verhandlungen des Permanenzausschusses und der politischen Kommission und es ist zu hoffen, daß nach Klärung der Situation in diesen Kommissionen sich die Willensbildung des Kongresses wird leichter überblicken lassen.

Radikale

Dr. Margulies beantwortete unserem Vertreter die Frage nach seiner Meinung 1. über die Majoritätsverhältnisse auf dem Kongreß; 2. über das Problem der künftigen Leitung und 3. über die Bedeutung der Zielproklamation in folgendem:

Wie beurteilen Sie die Majoritätsverhältnisse auf dem Kongreß?

Die Beantwortung dieser Frage setzt die Erörterung und Beantwortung einer Vorfrage voraus: Welches ist das beherrschende Problem, nach welchem sich die Delegierten des Kongresses und die Kongreßparteien gruppieren? Gibt es ein solches Problem? Aus den Gesprächen mit den Delegierten ergibt sich, daß allen das Wichtigste die Frage ist, wie soll die neue Leitung aussehen? Aber auch in dieser Fragestellung ist bereits eine deutliche Entwicklung zu konstatieren. Während in den Wochen vor dem Kongreß und auch noch in den ersten Tagen des Kongresses die Frage allgemein formuliert wurde, wer soll an Stelle Weizmanns Präsident werden? Und während sich damals niemand getraute, an die Möglichkeit zu rühren, daß Weizmanns Rücktritt kein definitiver, kein ernstgemeinter sein könnte, wird heute die Diskussion außerhalb des Kongresses und auch schon im Kongreß bereits wieder beherrscht von der Frage „Wieviel Stimmen wird Weizmann bekommen?“ Die Kandidatur Weizmanns steht, u. zw. von ihm in seinner politischen Programmrede selbst aufgestellt, in vollster Aktualität auf der Tagesordnung. Es ergibt sich dabei folgende Situation: In seiner überwiegenden Mehrheit lehnt der Kongreß die binationalistische Verzichtsideologie Weizmanns und seines Anhangs aus der Meinekerstraße 10 usw., die in der Abschwörung der jüdischen Mehrheit als Ziel der zionistischen Arbeit und in der Verleugnung des Judenstaates als Lösung der Judenfrage gipfelt, ab; ebenso wie es das Aktionskomitee im August 1930 in Berlin nach der berüchtigten Judenstaat-Nebelrede getan hat.

Selbst in der Arbeitervertretung gibt es viele, welche diese Verzichtsideologie und Verzichtspolitik nicht teilen und die Diskreditierung des zionistischen Endziels durch das Weizmannsche Interview an die Jta, das heute von Stricker dem Kongreß mitgeteilt wurde.

Wenn man aber zur Personenfrage kommen wird, wird, wie ich fürchte, trotz alledem das Mehrheitsverhältnis ein anderes sein; kein starkes, aber immerhin eine Mehrheit für Weizmann.

Da spielen wieder politische Faktoren anderer Art hinein:

Die Arbeiterdelegierten, von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil sich mit dieser Ideologie und Politik Weizmanns innerlich nicht identifiziert und dies sogar auf dem Kongreß zum Ausdruck gebracht haben, ist für die Weizmann-Exekutive, weil sie von den reaktionären Tendenzen und Kräften in dem rechten Teil des Kongresses eine Gefährdung der von ihnen geführten Aufbauarbeit und die Stellung der Arbeiter im Lande befürchten, weil ihnen diese Frage die entscheidende ist: und weil ihnen die Person Weizmannns eine Garantie für den linken Kurs ist.

Darum glauben sie, auch die große Koalition ablehnen zu müssen. Ein Teil der Delegierten der Mitte, der entschieden Weizmanns politisches System ablehnt und in dem Urteil über den Zusammenbruch dieses Systems und in der schroffen Gegnerschaft gegen Weizmanns minimalistische Deklaration mit der Rechten des Kongresses zusammengeht, kann sich für eine Leistung, deren Kern die Revisionisten und die Misrachi bilden, von der sich die Arbeiter fernhalten, nicht entschließen, weil sie die wirtschaftlich und sozialreaktionären Tendenzen, die in diesen Gruppen sich finden, und weil sie insbesondere den Eindruck einer solchen Mehrheitsbildung auf die Linke befürchten, weil sie die Arbeiter nicht in die Opposition drängen lassen und weil sie sie in einer solchen Isolierung und sei es auch eine selbstgewählte Isolierung, nicht allein lassen wollen.

Ich habe Verständnis für diese Gefühle. Aber hier geht es um Erwägungen der Politik und hier dürfen Gefühle nicht entscheiden.

Der Fehler liegt in der Politik der Linken. Sie sollte erkennen, daß nur sie eine reaktionäre Herrschaft verhindern kann, u. zw. nicht dadurch, daß sie sich mit dem von einem großen Teil der Linken selbst als zusammengebrochen erkanntes politisches System und deren Träger auf Tod und Leben identifiziert; damit kann sie eine Entscheidung nicht verhindern, sondern bestenfalls auf 2 Jahre hinausschieben; aber auch nicht verhindern, daß in 2 Jahren dasselbe Problem mit noch viel schärferen, unversöhnlicheren Gegensätzen zur Entscheidung gestellt wird und daß diese Entscheidung in 2 Jahren für ihre Partei eine viel schwerere sein wird, weil sie unterdessen zu viel der Verantwortung auf sich geladen haben werden.

Dieser Widerstreit von Interessen im Innern der einzelnen Parteien verdunkelt die Situation und erschwert den Ausweg. Und doch gibt es nur einen Ausweg: Die große Koalition von Links bis Rechts — ohne Weizmann. Es entspricht dem furchtbaren Ernst der Situation.

Darf man hoffen, daß das Interview Weizmanns, in welchem er das Streben nach einer Mehrheit als Streben nach Vertreibung der Araber denunziert hat, und mit dem er nicht nur seine Gegner, mit dem er mindestens 80 Prozent des Kongresses herausgefordert hat, den Weg zu dieser Einigung ebnen wird?

Damit glaube ich auch Ihre Frage nach der Bedeutung der Endzielproklamierung beantwortet zu haben. Diese Endzieldebatte hat die Bedeutung, daß sie Klarheit schafft, vor allem in der Bewegung selbst. Klarheit gibt Kraft.

Endet der Kongreß trotz alledem mit der Wiederwahl der von der Mehrheit des Kongresses nicht gewollten Präsidenten, dann kann dies nur geschehen von einem zerrütteten und durch Zerrüttung und Verstimmung demoralisierten Kongreß.

Linke

Die der Arbeiterpartei angehörigen tschechoslowakischen Delegierten Dr. Adolf Grünfeld und E. Lindenbaum, gaben uns auf unsere Fragen folgende Antworten:

Im gegenwärtigen Zeitpunkte, über das Endziel des Zionismus Debatten abzuführen, ist nicht nur unfruchtbar, sondern auch in der Wirkung nach außen direkt schädlich. Die Redner der Arbeiterfraktion haben in ihren Ausführungen ihren seit je eingenommenen Standpunkt bezüglich der Mehrheit im Erez Israel nochmals betont, obwohl sie es für selbstverständlich annahmen, daß diese Erklärung überflüssig ist, denn eine Masseneinwanderung wird nicht durch Deklarationen, sondern durch die Schaffung entsprechender Bedingungen ermöglicht.

Zur Majoritätsfrage:

Damit ist auch unsere Stellungnahme zur Majoritätsbildung gegeben. Wir sind für eine Mehrheit, welche die stärkste Kongreßpartei, den Arbeiterflügel und die fortschrittlichen Teile der zionistischen Bewegung umfassen soll. Selbstverständlich muß diese Mehrheit ein klares Arbeitsprogramm haben, das uns auf dem Wege der Verwirklichung des Zionismus vorwärts bringt. Bezüglich unserer Stellung zum Zentrum, hätten wir der Rede Berl Lockers nichts hinzuzufügen.

Zur Leitungsfrage:

Diese Frage ist für die Arbeiterfraktion keine Personenfrage. Wer im Sinne obigen Programmes mit uns die Verantwortung für den Palästina-Aufbau tragen will, kann unser Weggenosse sein.

Die Persönlichkeit und die Arbeit Dr. Weizmanns muß voll anerkannt werden, doch glauben wir nicht, daß auf diesem Kongreß sich eine für Weizmann tragfähige Majorität bilden kann. Dies geht aus der Stellungnahme der Allgem. Zionisten um Dr. Schwarzbart hervor.

Zur Finanzfrage:

Der Standpunkt, daß die Jewish-Agency für die Aufbringung der Finanzen, die gegenwärtig einzig mögliche Organisationsform ist, ist bei der Arbeiterfraktion unverrückbar. Allerdings ist es notwendig, daß die J. A. so rasch wie möglich auf breitester demokratischer Basis aufgebaut wird, damit alle Kreise der Palästina-Freunde am Aufbauwerke teilnehmen können. Hier möchten wir noch betonen, daß die jüdische Arbeiterschaft nicht gegen die Privatinitiative ist, wie es besonders ein revisionistischer Redner imputieren wollte. Die jüdische Arbeiterschaft ist für die Privatinitiative, sie möchte sie uns, wie jeder aufrichtige Zionist, in den Dienst des nationalen Aufbauwerkes eingestellt sehen. Zum Schlusse möchten wir noch bemerken, daß die Finanzlage alles andere, nur keine erfreuliche ist und daß die Krise nur durch die größte Anstrengung und Opferbereitschaft aller Zionisten behoben werden kann.

Revisionisten

Der čsl. rev. Delegierte Hans Löw gab folgende Antworten:

Die Situation am Kongreß ist bis heute unklar. Ihre Anfrage richtet sich wahrscheinlich darauf, wie wir Revisionisten uns zu den übrigen Gruppen am Kongresse stellen, beziehungsweise ob ein Zusammengehen mit denselben möglich ist. Der Eindruck, den jeder Teilnehmer machen muß, ist der, daß für die Ablehnung der Weizmannschen Politik sowie seines Systems zweifelsohne eine Majorität, die tief auf die linke Seite des Hauses ihre Fühler strecken wird, besteht. Die Beratungen der verschiedenen Gruppen und Fraktionen bestätigt diese Vermutung. Es dürfte auch mit überwältigender Majorität die von meiner Fraktion eingebrachte Judenstaatsresolution Annahme finden, da nach den Erklärungen Weizmanns in einem Interview an die Jta, in welchem er die Forderung nach einer Majorität in Palästina als provokatorisch ablehnt und dadurch seine in Berlin gemachte Anti-Judenstaatserklärung bekräftigt, fast sämtliche Sympathien des Hauses verloren hat. Unsere Bestrebungen gehen eben dahin, die Absage an das Weizmannsche System sowie die Klarstellung des Endzieles als Auftakt zur Wahl einer neuen Leitung festzulegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird unser Vertreter eine dementsprechende Resolution nach Schluß der heute nicht stattfindenden Generaldebatte dem Kongreßplenum vorlegen.

Wie stellen Sie sich zu der künftigen Leitung?

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, den wir in unseren Vorkongreßerklärungen und Enuntiationen dargelegt haben, daß wir bereit sind, die Leitung der zionistischen Geschicke zu übernehmen. Unsere Vertreter haben im Plenum erklärt, daß wir nicht eher eine Auseinandersetzung über Form und Personen der neuen Leitung möglich ist, bevor nicht vom Kongreß mit aller Klarheit die Frage des Endzieles entschieden worden ist. Nur dann werden wir in der Lage sein, mit den Fraktionen und Gruppen, mit deren eventueller Teilnahme wir die Leitung übernehmen würden, in Verhandlungen zu treten. Es ist klar, daß hier auch bestimmte programmatische Voraussetzungen sowie Homogenität der Personen Vorbedingungen für eine neue Leitung sein werden. Nach der heutigen Konstellation am Kongreß, die aber bloß als momentan gewertet werden kann, ist der von mir angedeutete Weg nicht unwahrscheinlich.

Wie stellen Sie sich die Lösung der Finanzfrage vor?

Da die wahre Finanzlage der Z. O. bis heute noch nicht in allen Einzelheiten der Finanzkommission unterbreitet worden ist, ist es unmöglich, ein klares Bild über die Möglichkeiten und Wege der Lösung der Finanzfrage zu entwerfen. Unsere Vertreter in der Finanzkommission werden mit konkretem und ziffernmäßig belegtem Material die in unseren programmatischen Erklärungen festgelegten Finanzmethoden unterbreiten. In erster Linie steht hier die auch von Arlosoroff in seinem Referate angedeutete, von uns übernommene Forderung nach einer internationalen Anleihe, um das sich das ganze Programm der kommenden Finanzierung sammelt. Auch die von uns seit Jahr und Tag geforderte Reform

des K. K. L. und K. H. wird von Fachleuten ernst erwogen und dürften bei Berücksichtigung die schwere Finanzlage, vor allem aber die Finanzmethode und System wesentlich erleichtern.

Was halten Sie vom Zentrum?

Es ist schwer, zu behaupten, daß das, was Gruppe A und Gruppe B der Allgemeinen Zionisten darstellt, kurzwegs als Zentrum bezeichnet werden kann. Schon die Einteilung deutet darauf hin, daß es kein einheitliches Gebilde ist. Es sind gerade jene Momente der Ablehnung des Weizmannschen Systems, der Zielsetzung, der Leitung und der Finanzfrage, welche die zwei Gruppen von einander trennen. Es ist mit Sympathie zu begrüßen, daß die überwältige Mehrheit der Allgemeinen Zionisten, der Stimmung ihrer Länder Rechnung tragend, sich endlich zu entscheiden scheinen, dem bisherigen System den Rücken zu kehren. Diese Gruppe wird zweifelsohne auch die Entscheidung in Händen haben über die Durchsetzung dessen, was sie heute predigt und mit allem Nachdruck erklärt, daß eine Wiederwahl Weizmanns nicht mehr in Betracht kommt und daß eine klare Zielsetzung, die wir Revisionisten als die wichtigste politische Voraussetzung für die Zukunft hinstellen, zur Gesundung des Zionismus unentbehrlich sei.

Es ist schwer, den Ausgang des Kongresses vorauszusagen, weil die Parteien sich die Waage halten. Eines ist sicher. Das revisionistische Programm steht auf der Tagesordnung der Kongreßtribüne. Wenn sich auch der numerische Erfolg des Händehebens auf diesem Kongresse nicht ergeben sollte, so steht eines fest: Die revisionistische Ideologie, der Revisionismus, hat auf diesem Kongresse dem Zionismus den Stempel aufgedrückt.

Inland

Antisemitismus in der deutschen Sozialdemokratie

Der Selbstmord Heinrich Kalmars wird untersucht.

Es ist kein Geheimnis, daß in den meisten politischen Parteien, in denen Juden führend sind, recht oft in den kleineren Parteizellen, den Kreisen und Ortsgruppen, ein frischer antisemitischer Zug weht. Die jüdischen Parteiführer gehen aber allzugern über diese für sie äußerst peinliche Angelegenheit mit Stillschweigen hinweg. Nur manchmal, wenn man sich auch jenseits der Parteischranken um diesen merkwürdigen Zustand — jüdische Offiziere und zum Teile antisemitische Unteroffiziere — zu kümmern beginnt, und ein weiteres Ignorieren einfach nicht mehr möglich ist, sehen sich die von diesem „Judenproblem" bedrängten Parteien veranlaßt, ihr Schild von den Anschuldigungen der Judenfeindschaft zu bereinigen.

Eine ähnliche Reinigungsaktion ist jetzt in der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei inszeniert worden. Anlaß hierzu bot der unfreiwillige Tod des Preßburger jüdischen Parteigängers der deutschen Sozialdemokratie Heinrich Kalmar. Kalmar gehörte über 40 Jahre der deutschen Sozialdemokratie in Preßburg an; redigierte, administrierte und kolportierte unter größten persönlichen Opfern das Parteiorgan „Die Volksstimme"; gehörte während der Kommune dem Ministerrat als Minister für Minderheiten an; wurde durch Horthys Rache-Regime zum Tode verurteilt und entging nur durch eine Austausch-Aktion für politische Gefangene dem Henkerstrick. Renner, Czech und der kürzlich verstorbene Austerlitz zählten zu seinen persönlichen Freunden. Nun hat er Selbstmord begangen. Ueber die Motive, die ihn zu diesem schrecklichen Schritte veranlaßten, klärt sein Abschiedsbrief auf, in dem es heißt, daß ihn der Antisemitismus seiner Parteigenossen in den Tod getrieben habe. Der Beschluß der Ortsparteileitung Preßburg, keinen jüdischen Kandidaten mehr aufzustellen und eine Fülle anderer denselben roten Hakenkreuzlergeiste entstammenden Maßnahmen haben es ihm, der in dem Nachruf des „Sozialdemokrats" mit den rührendsten Worten als einer der treuesten Parteigänger geschildert wird, unmöglich gemacht, weiterhin in der Partei, der sein Leben galt, zu verbleiben. Er nannte rücksichtslos Namen und kompromittierte gar manchen, der sich bis dahin im Glanze der Partei gesonnt und nebenbei als Judenfresser betätigt hatte.

Die Parteileitung der deutschen Sozialdemokraten sah sich nun, nachdem der Brief in einer bürgerlichen Zeitung abgedruckt war, gezwungen, in einer außerordentlichen Sitzung die Angelegenheit Kalmar zur Sprache zu bringen. Es wurde eine Kommission nach Bratislava entsandt, um die antisemitischen Strömungen der dortigen Genossen zu untersuchen. Wie „A-Zet" berichtet, faßte die dortige Parteileitung nach Erstattung des Berichtes der Kommission (Abgeordneter Taub, Abg. Schweichart und Müller) den Beschluß, den Vorsitzenden Scholz, den Bizevorsitzenden Mottl und das Ausschußmitglied Rößler vor das Parteigericht zu stellen und sie bis zu dessen Entscheidung aller Funktionen zu entheben. Es muß also viel Wahres an den Anschuldigungen gewesen sein, die natürlich von der sozialdemokratischen Presse totgeschwiegen wurden. (Im Totschweigen haben überhaupt die hiesigen sozialdemokratischen Journalisten, die sich ansonsten ganz gern von dem Lehrmeister der journalistischen Reinheit Karl Kraus gegen ihre Wiener Kollegen ausspielen lassen, eine gewisse Praxis. Es sei nur daran erinnert, in welcher Art oder Unart sie über die Vorgänge in Palästina und alles, was mit dem Zionismus zusammenhängt, berichten oder schweigen. Als im Vorjahre, z. B. anläßlich des Weißbuches Balfour, Smuths u. a. gegen die Verletzung des Palästinamandates protestierten, erschien die Nachricht darüber im Prager „Sozialdemokrat" mit der auf eine diffamierende Wirkung in Linkskreisen berechneten Aufschrift „Die Lords für den Zionismus", wobei die listige Redaktion ganz vergessen hatte, hinzuzufügen, daß es gerade Lord Paßfield war, den sie da in Schutz nahm. Aehnliche Fälle journalistischer „Anständigkeit" lassen sich noch zur Genüge anführen.)

Der Fall Kalmar ist vielleicht durch die Kommissions-Entscheidung erledigt worden, nicht aber die Judenfrage in der Partei. Sie war nur, grell beleuchtet, für einen Moment auch den Außenstehenden sichtbar.

Jüdisches Geld ja — jüd. Künstler nein

In Neutitschein findet anfangs Juli eine „Schlesische Kulturwoche" statt, an die auch eine Kunstausstellung angeschlossen ist. Zu dieser wurde von den Veranstaltern die M.-Ostrauer Künstlervereinigung „Kunstring" eingeladen, die als Verein zwar ablehnte, ihren Mitgliedern aber die Beteiligung freistellte. Ein Großteil der der Vereinigung angehörenden Künstler, darunter die Maler Frank, Salomonowitz, Spiegel, beschickten daher die Ausstellung mit ihren Werken, was für die einzelnen Künstler natürlich mit Zeit- und Geldverlusten verbunden war. Kurz vor Eröffnung der Ausstellung ging dem Kunstring folgender Brief des Bürgermeisters der Stadt Neutitschein zu:

„Mit Rücksicht auf einen bereits eingetretenen Fall erlauben wir uns zu bemerken, daß zur Kunstausstellung im Rahmen der 7. Schlesischen Kulturwoche selbstverständlich nur Künstler zugelassen werden, welche sich zur deutschen und schlesischen Stammesart bekennen, weil ja sonst die Ausstellung dem Grundgedanken der Kulturwoche widersprechen würde. Es ist daher unmöglich, daß im Rahmen dieser Ausstellung nichtarische Künstler zugelassen werden. Die Prüfungskommission wird ohne Zweifel die Bilder solcher Künstler zurückweisen. Ich erlaube mir, Sie darauf rechtzeitig aufmerksam zu machen, damit sich nicht etwa später daraus irgendwelche Weiterungen ergeben. Hochachtungsvoll ergebener Dr. Schollich, Neutitschein, am 22. Juni 1931."

Daß die Verständigung, wie Herr Dr. Schollich behauptet, rechtzeitig eingeschickt wurde, ist schon deshalb unrichtig, weil der „Schulwart" Thil bereits am 17. Juni die Uebernahme der Kunstwerke bestätigte. Man ist ja von Hakenkreuzlern, die sich doch so gerne als Kulturwächter aufspielen, verschiedenes gewöhnt. Daß aber eine Künstlervereinigung, von der den Veranstaltern bekannt sein mußte, daß ihr zum Teil auch Juden angehören, zur Ausstellung eingeladen wird, um ihr dann mitzuteilen, daß „deutsche schlesische arische Stammesart" als Legitimation für künstlerische Qualität gilt, ist vielleicht auch für diese Kreise eine Novität. Wenn aber auch die Veranstalter nur arische Künstler zu Worte kommen lassen, so sind sie beim Sammeln von Geldmitteln für ihre rassenreinen Zwecke weniger konsequent. Sie senden nämlich Ehrenkarten der Kulturwoche mit Erlagschein an solche Personen, die zweifellos in ihrem Sinne nicht rassenrein sind. Hoffentlich wird aber die Oeffentlichkeit nach dieser Aufklärung wissen, daß man ihr unter dem Deckmantel der Kultur Geld für national-chauvinistische Zwecke abnimmt.

Schalom Asch in Pistyan.

Wie uns aus Pistyan mitgeteilt wird, traf dort der jüdische Dichter Schalom Asch zu mehrwöchentlichem Aufenthalte ein. Wie verlautet, soll Asch momentan an einem weiteren Bande seines Städtewerkes arbeiten, und zwar soll der neue Band in Prag spielen.

Lex Dérer verlängert?

Nach der lex Dérer endet die Frist, innerhalb welcher ehemalige Staatsangehörige des früheren Königreiches Ungarn um die Zuerkennung der tschechosl. Staatsbürgerschaft ansuchen können am 22. August l. J. Es ist bekannt, daß die Zahl derer, deren Staatsbürgerschaft strittig ist, besonders in der Slowakei noch sehr groß ist und daß zahlreiche Bewerber sich noch immer nicht die nötigen Dokumente beschaffen konnten. Außerdem ist die Frage der Staatsbürgerschaft bisher noch nicht einheitlich geregelt, wie dies die Lex Dérer voraussagt. Ein Antrag des soz.-dem. Sen. Dr. Ferkas fordert nun die Verlängerung dieser Frist bis zur endgültigen Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage, die übrigens ein im Abgeordnetenhaus, vor bereits mehreren Wochen vom Klub der tschechosl. soz.-dem., dem auch die jüdischen Abgeordneten Dr. L. Singer und Dr. J. Reiß angehören, eingebrachter Antrag fordert. Nach diesem Antrage sollen die Bestimmungen über die Erlangung der tschechosl. Staatsbürgerschaft wesentlich gemildert und dem Petenten auch ein Rechtsanspruch auf die Erlangung der tschechosl. Staatsbürgerschaft unter gewissen Voraussetzungen zuerkannt werden. Um eine beschleunigte Erledigung der Staatsbürgerschaftsgesuche zu erzielen, sieht dieser Antrag die Festsetzung einer Erledigungsfrist vor, nach deren Ablauf das Gesuch als günstig erledigt zu gelten hat, wenn nicht vorher eine andere Entscheidung gefällt wird. Es wäre hoch an der Zeit, wenn das Innenministerium seinen Antrag, über den sich Innenmin. Dr. Slavik in der Prager Presse ausführlich geäußert hat und der eine gewisse Sicherheit in der Erlangung der tschechosl. Staatsbürgerschaft verspricht, zum ganzstaatlichen Gesetz erheben würde.

Erklärung.

Aus einigen zustimmenden Zuschriften zu meinem in der „Selbstwehr" vom 29. Juni erschienenen Artikel „Ein Dialog" entnehme ich, daß meine Ausführungen vielfach mißverstanden wurden. Ich habe jene Zeilen im Auftrage meiner Fraktion geschrieben, da wir es als unsere Pflicht ansahen die diffamierenden Beschuldigungen der revisionistischen Fraktion durch Herrn Dr. Margulies in seinem Wahlartikel zurückzuweisen. Das mußten wir tun, wenn wir es nicht zulassen wollten, daß die Reinheit und Lauterkeit unseres Wollens angezweifelt wird. Doch glaube ich, daß es aus dem Schlußkapitel meiner Ausführungen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß trotz alledem die Persönlichkeit des Herrn Dr. Margulies für uns vollkommen unangreifbar und rein ist. Gerade weil Herr Dr. Margulies für uns „der geachtete und verehrte politische Lehrer, der Lehrer der Sauberkeit und der Moral und der unbedingten politischen Wahrhaftigkeit ist" empfanden wir es doppelt bitter, daß er als einziger Gegner unter allen andern in diesem Lande es für notwendig gefunden hat uns in dieser Art herabzusetzen.

Ich halte es daher für meine Pflicht, alle gegenteiligen Auslegungen meiner Polemik, die nur als solche verstanden werden kann, auf das energische zurückzuweisen.

Dr. Martin Lichtner, Trautenau.

Die nächste „Selbstwehr" erscheint Dienstag nachmittags.

P.L.D.C.-Arbeit in der Tschechoslowakei. Wie wir schon mehrfach berichteten, haben eine Anzahl Kultusgemeinden und Landesverbände, in letzter Zeit Kapitalien in Palästina durch Uebernahme von 7prozentigen Obligationen der „Palestine Land Development Co." Ltd. angelegt. Neuerdings hat der Verein „Chewra Kadisch", der Kultusgemeinde in Olmütz einen größeren Betrag Obligationen der „Palestine Land Development Co." übernommen. Die Aktion, zu der die Initiative von Herrn Dr. Josef Rufeisen, Mährisch-Ostrau, ausgeht, soll fortgesetzt werden.

Die Stadt Užhorod subventioniert das jüdische Spital. Die Stadtvertretung der Gemeinde Užhorod, faßte in der Sitzung vom 2. Juli d. J. den Beschluß, das zu erbauende jüdische Spital in Užhorod mit 200.000 Kronen zu subventionieren. Die Stadtgemeinde knüpft die Auszahlung dieser Summe an die Bedingung, daß der Spitalsfonds, wie er angibt, bereits über 2 Millionen Kronen verfügt. Es wurde eine mehrgliedrige Kommission gewählt, die die Angaben zu prüfen haben wird.

Jüdische Preisträger. Die Chelčicky-Gesellschaft für Frieden in Prag, eine Gesellschaft, die dem Friedenskartell in Genf angeschlossen ist, hatte zu Anfang dieses Jahres einen Preis für den besten Artikel ausgesetzt, der zur Errichtung einer internationalen Pressekanzlei und eines internationalen Verbandes pazifistischer Publizisten in Genf dienen soll. Die Jury hat nunmehr den ersten Teil des ausgesetzten Preises dem Leiter des Kreises Jungjüdischer Fazifisten Franz Raphael in Beckum zuerkannt.

Maturajahrgang des hebr. Gymnasium in Mukačevo. Mit dem neuen Schuljahr eröffnet das hebr. Gymnasium in Mukačevo, seine 8. Klasse und wird somit die erste hebr. Matura in Mitteleuropa erhalten. e. p.

Veranstaltungskalender für Slovensko und Podk. Rus:

Die nächsten und letzten Kreiskonferenzen des K.K.L. finden statt:

Chust, am 19. Juli, 2 Uhr nachmittags im Handelsgremium.

Mukačevo, am 26. Juli, 2 Uhr nachmittags im Klubheime der „Hatechija", Hauptgasse 20.

Propagandatournee Podk. Rus: Herr Dr. Oskar Neumann und Herr Eduard Ullmann treten eine mehrwöchentliche Propagandatournee nach Podk. Rus an.

Štrbské Pleso: Sonntag, 12. Juli, Beginn des Bundestages des Kontinentalbundes. Eröffnung des Bundestages. Herzlfeier. Vortrag Dr. Oskar Neumann: Erez Israel 1931.

K.K.L.-Kreiskonferenz.

Sonntag, den 28. Juni, um 3 Uhr nachmittags fand im großen Saale des städtischen Rathauses von Michalovce unter großer Beteiligung die Kreiskonferenz der K.K.L.-Kommissäre und Mitarbeiter statt, bei welcher außer einer großen Anzahl von Gästen folgende Orte vertreten waren: Michalovce, Humenné, Medzilaborce, Trebišov, Secove und Král. Chlumec.

Die Konferenz wurde von der Präsidentin der Wizo und Ortskommissärin des K.K.L. Frau Serene Ehrenfeld herzlichst begrüßt und eröffnet. Darauf folgten die Referate des Herrn Dr. Oskar Neumann über den „Keren Kajemeth in Erez Israel" und des Herrn Eduard Ullmann über „Praktische Arbeitsmethoden", an welche sich eine sehr ausführliche sachliche Diskussion schloß. Es wurde beschlossen, daß die nächste Konferenz am 6. Dezember in Humene abgehalten wird.

Die sehr sachlich und instruktiv verlaufene Konferenz wurde gegen 6 Uhr abends von der Vorsitzenden geschlossen.

Am gleichen Abend fand im selben Saale ein großer Vortragsabend statt, bei welchem Herr Dr. O. Neumann in fast zweistündigen Ausführungen über seine Erez Israel-Reise sprach. Von dem überaus zahlreich erschienenen Publikum wurden die Ausführungen mit großer Begeisterung aufgenommen.

Das Defizit der Jewish Agency

Basel. Die Finanzkommission des Zionistenkongresses hat dem Plenum einen Bericht erstattet, aus dem hervorgeht, daß die Jewish Agency vor einem Defizit von vier Millionen Dollar steht. Es wurde der Hoffnung auf Aufbringung der zur Deckung der bis September fälligen Verpflichtungen notwendigen 800.000 Dollar durch eine sofort einzuleitende Aktion in Amerika Ausdruck gegeben. Im Hinblick auf die finanziellen Schwierigkeiten wurde eine gemeinsame Sitzung der Finanzkommission und der amerikanischen Delegierten unter dem Vorsitz von Richter Julian Mack einberufen. In der Sitzung wurden praktische Maßnahmen zur Durchführung der in Amerika geplanten Aktion beraten. Es ist möglich, daß sofort nach Beendigung des Kongresses eine Spezial-Delegation zur Aufbringung von Geldmitteln nach Amerika entsandt werden wird. (Jta)

Araber an den Zionistenkongreß.

Basel. Im Namen der palästinisch-syrischen Delegation hat Shakieb Arslan aus Genf eine offizielle Botschaft an den Kongreß gerichtet, in der dieser gewarnt wird, Schritte zu ergreifen, die den Antagonismus zwischen Juden und Arabern verschärfen könnten.

Friedrich Austerlitz gestorben.

Am 5. Juli d. J. starb in Wien an den Folgen einer Angina pectoris plötzlich Friedrich Austerlitz, der durch mehrere Jahrzehnte der österreichischen Sozialdemokratie das Profil gegeben hat. Austerlitz ist im Jahr 1862 in Hochlieben geboren und widmete sich anfangs dem Handelsstand, um später zum Journalismus überzugehen und wurde im Jahre 1895 Chefredakteur der „Wiener Arbeiter-Zeitung". Der Jude Austerlitz wollte nie etwas mit dem Judentum gemeinsam haben, ja er lehnte es immer ab, mit Judenfragen in Berührung zu kommen. Er gehörte in Judenfragen in die Gruppe, die sich um Otto Bauer schart und in der Internationale ihr Gegenpol im Belgier Van der Velde fand. Dies alles soll uns aber nicht hindern Austerlitz der sicherlich zu den schärfsten und wahrsten Vorkämpfern der Sozialdemokratie gehörte und vor allem ein glanzvoller Stilist und Journalist war, zu gedenken. Er wollte zum Judentum nicht zurückkehren, konnte es aber nie ganz verleugnen. Von seinen in Buchform erschienenen Arbeiten seien erwähnt: „Wer ist Wähler?", „Ein Militärurteil in Oesterreich", „Presse und Pressefreiheit", „Das neue Wahlrecht" u. a. m.

Poststelle im Kongreßgebäude. Anläßlich des XVII. Zionistenkongresses ist bis 21. Juli in den Räumen des Basler Mustermessegebäudes, wo der Kongreß stattfindet, eine Gelegenheitspoststelle errichtet. Diese Stelle führt den Stempel „XVII. Zionistenkongreß Basel". Sie befaßt sich neben allen Postgeschäften auch mit der Annahme von Telegrammen.

Makkabi.

Vorturnerkurs des tschechosl. Makabikreises vom 21. Juli bis 12. August in Skarbaky bei Trnava. Die Anmeldungen auf das bereits im vorigen Monat ausgeschickte Zirkular sind sehr gering, weshalb wir die Vereine nochmals auffordern, umgehendst an die Kreisleitung, Praha VII., Zátiší 14, die Teilnehmer namentlich anzumelden und gleichzeitig die Anmeldegebühr von Kč 300.— auf das Postsparkassenkonto Nr. 205491 des tschechosl. Makabikreises einzuzahlen. Der Kurs wird von Prof. Tückstein aus Budapest geleitet.

Makkabi, Olmütz. Leider sahen wir uns gezwungen unserem lieben Th. Leo Czuczka, Lebewohl zu sagen, der aus beruflichen Gründen Olmütz verlassen mußte. Leo Czuczka hatte während seines kurzen Aufenthaltes in unserer Stadt sehr viel geleistet, sei es im Makkabi Hazair, sei es in der KKL-Kommission. Besonders der Makkabi Hazair ist ihm zu Danke verpflichtet. Leo Czuczka, hat es verstanden, durch sein Beispiel, seine Liebe zum jüdischen Volke, die Jugend zur Arbeit anzueifern. Er war es auch der mit der Makkabi-Jugend eine Jugendkommission des K.K.L. organisierte, und in dieser Kommission leistete Leo Czuczka hervorragendes. Die Büchsen werden jetzt ausschließlich von der Jugend geleert und der Makkabi Hazair leistet viel für den K.K.L. In einer Abschiedssichah, die der Makkabi Hazair mit dem Hauptausschuß hielt, wurde Th. Czuczka vom Obmann Dr. Brief und Ing. Stapler für seine fruchtbare Arbeit im Makkabi und in der Nationalfondskommission gedankt. Auch der Makkabi Hazair lobte Leos Arbeit, versprach in seinem Sinne weiter zu arbeiten und wünscht ihm Zufriedenheit in seinem neuen Beschäftigungsorte.

Makkabi, Žilina. Am 29. April d. J. fand die erste Generalversammlung dieses neuen Vereines statt, welcher bereits in den ersten Monaten seiner Existenz eine gute Entwicklung genommen hat. Der gewählte Ausschuß bietet auch die Sicherheit für die Zukunft. In den Vorstand wurden gewählt: Obmann: Dr. Alexander Marton; Stellvertreter: Dr. Eugen Groß; Geschäftsführender Obmann: David Wiener; Sekretärin: Tschw. Kohane; Schriftführer: Simon Goldenberg, Else Bratmann; Kassierer: Egon Herzka, Julius Karach; Kontrollore: Glücksmann und Roubiček; Vereinsarzt: Dr. Koltai; Major domus: Arnold Groß; Sachwart: Eugen Blattner. Außerdem wurde ein größerer Ausschuß gewählt, dem bedeutende jüdische Persönlichkeiten angehören. Die Turnsektion steht unter der Leitung des Ch. David Wiener, ehemals Bratislava. Die Schwimmsektion ernannte zu ihrem Vorsitzenden Ch. Ing. Max Auerbach. Die Sektion für Touristik und Wintersport steht unter der Führung des Ch. Dr. Eugen Groß, Arch. Braun und Ch. Eta Weider. Die Tennissektion beabsichtigt den Bau zweier Tenniscourt.

Beiblatt der „Selbstwehr."

Blätter für die jüdische Frau.

Redaktion und Administration:
Prag I., Dlouhá 41.
Telephon Nr. 62630.
Erscheint zweimal im Monat.

Verbandsorgan der Landesorganisationen
Jüdischer Frauen in der Tschechoslowakei.
(W. J. F. O.)

Redaktionsschluß
stets Freitag vor Erscheinen der Zeitung.
Inseratentarif:
Die 72 Millimeter breite Millimeterzeile 3 Kč.

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135080/VII—1926 bewilligt.

V. Jahrgang. Prag, 9. Juli 1931. — 24. Thamus 5691. Nr. 10.

Spezial-Konferenz-Nummer

Das Ergebnis der VI. Weltkonferenz der Wizo

Von **Hanna Steiner.**

Von der Ferne gesehen, läßt sich das positive Ergebnis dieser VI. Konferenz in folgenden Worten zusammenfassen: Erhaltung des Programmes der Wizo in Palästina, welches seit 10 Jahren von Chana Maisel-Schochat als grundlegend angenommen wurde und mit der Gründung der land- und hauswirtschaftlichen Schule in Nahalall seinen Anfang nahm; Förderung des Programmes einer produktiven Erziehung der Frauen und Mädchen in Palästina für die Land- und Hauswirtschaft. Stärkung der Organisation auf dem Kontinente Europas. Reorganisation der Administration der Wizo in Palästina.

Die vergangene Arbeitsmethode hatte gezeigt, daß die vor zwei Jahren gewählte Pal.-Ex. der Wizo nicht arbeitsfähig gewesen war. Einerseits wurde in der Richtung der Erhaltung und Ausgestaltung der bereits bestehenden Institutionen für die prod. Erziehung der Mädchen und Frauen im Lande gefördert, andererseits entwickelte sich in der Exekutive die Richtung durch soziale Fürsorge in den Städten ein neues Aufgabengebiet für die Wizo zu eröffnen. Der eingetretene Geldmangel, völliges finanzielles Versagen der kanadischen Föderation, die Sperrung der Gelder aus Australien, die Wirtschaftskrise in Europa und steigende Anforderungen der Jewish Agency an die Wizo gestalteten die Lage der Administration der Wizo in Palästina äußerst kritisch. Die Reibungsflächen zwischen den beiden Richtungen der „produktiven Erziehung und der sozialen Fürsorge" vergrößerten sich und die Frauen der „produktiven" Richtung demissionierten.

Die Mitglieder der Galuth-Exekutive (Sieff u. Weizmann) bemühten sich, bei ihrem Besuche in Palästina die Harmonie wieder herzurichten. Es gelang Frau Sieff, die philantropische Frauenorganisation Pal., die Hist. Nashim, die für das produktive Programm der Wizo tätige Hist. Arzith, in einer gemeinsamen Sitzung so weit zu verbinden, daß nunmehr die Ratifizierung der neuen, aus diesen beiden Organisationen hervorgegangenen Föderation der Wizo bei der Konferenz erfolgen sollte. Neue Schwierigkeiten ergaben sich indessen mit dem Baue der Mädchenfarm in Nes Zionah, der plötzlich durch mißverständliche Korrespondenz zwischen der Londoner und der Pal.-Exekutive, sowie der rumänischen Föderation, welche diese Farm subventioniert, unliebsam verzögert wurde. Dieses war die Situation knapp vor der Konferenz in Basel.

Infolgedessen stellte die Londoner Exekutive die Weiterführung der Arbeit in Palästina in den Mittelpunkt der Konferenz. Sie präsentierte der Konferenz ein Memorandum, welches eine völlige Reorganisation der Administration in Palästina und eine Definition der zukünftigen Wizoarbeit in Palästina beinhaltete. Sie forderte für Palästina die Wahl einer kleinen homogenen Exekutive, den Ausschluß der Leiterinnen der Institutionen der Wizo aus dieser homogenen Exekutive (§ 4 des Memorandums), sie forderte weiter Finanzkontrolle über die Institutionen durch die Schatzmeisterin der Wizo, die mit vergrößerten Vollmachten und größerer Unabhängigkeit versehen werden sollte. Die Mitglieder der Exekutive, welche dieses Memorandum überreichten, verbanden damit ein Ultimatum für die Annahme ihrer Wiederwahl.

Die Art der ultimativen Forderung verschärfte von Anfang an die Atmosphäre der Konferenz, fanden sich doch die Delegierten ganz unvorbereitet vor schweren Komplikationen der Konferenz und der Leitungsfrage ausgesetzt.

Die Majorität der Delegierten war sich darüber klar, daß die bewährten Gründerinnen und Lehrerinnen des „produktiven" Programmes der Wizo der Exekutive in Palästina erhalten bleiben mußten und setzten insbesondere diesem Punkte des Memorandums, welcher den Ausschluß dieser Richtung beinhaltete, stärksten Widerstand entgegen, andererseits bemühte sich diese Gruppe, die Galuth-Exekutive um jeden Preis unversehrt zu erhalten. Zu dieser Gruppe gehörten in hervorragendem Maße die jugoslawische, transsylvanische, galizische, österreichische und holländische Delegation, einige Delegierte der deutschen Föderation, welche unter der tschechoslowakischen Führung eine kompakte Konferenzmehrheit bildeten.

Die tschsl. Delegation bestand aus Dr. Mirjam Scheuer, Hanna Steiner, Lene Hofmann, Minna Arje, Ada Fischmann, welch Letztere ein freies Mandat der tschsl. Föderation erhalten hatte.

Nach langen Beratungen wurde das Ultimatum der Galuth-Exekutive im Wege des Kompromisses von der Konferenz angenommen. Das Kompromiß bestand darin, daß der Begriff „Homogene Exekutive" mit „arbeitsfähige Exekutive" definiert wurde, daß bezüglich der Finanzkontrolle noch auf der Konferenz Richtlinien für die Administration mit Sachverständigen der Jewish Agency unter Zustimmung des Plenums für die kommende Pal.-Ex. ausgearbeitet werden sollten, wobei der Palästina-Exekutive als solcher, und nicht der Schatzmeisterin allein, größere Vollmachten erteilt werden sollten, und in Zusatzanträgen zu Punkt 4 des Memorandums, welche die vorzüglichen und bewährten Frauen Chana Meisl und Ada Fischmann von diesem Paragraphen ausdrücklich ausnahmen, und endlich in einem Zusatzantrag, welcher den Vollzug dieses Memorandums auf 2 Jahre suspendierte. Hiemit schien die Leitungskrise auf der Konferenz behoben.. Aber da erhob sich eine neue Schwierigkeit bei der Zusammenstellung der Listen für die neue Exekutive. Diejenige Richtung, welche auf der Konferenz für die Fortsetzung des bisherigen Programmes eingetreten war, erhielt auch die Majorität für einen Beschluß in der Finanzkommission, wonach die drei Mädchenfarmen Schechmat Boruchow, Petach Tikwah, Nachalath Jehuda, welche heute laut einem Vertrag zwischen der Wizo, der Arbeiterinnenorganisation und der Jew. Agency Subventionen für ihre Erhaltung von der Wizo erhalten, „in die Verpflichtungssphäre der Wizo gehören." Auf Grund dieser Abstimmung war es trotz der größten Versuche nicht mehr möglich, alle Frauen, welche bisher die Galuth- und Palästina-Exekutive gebildet hatten, neuerdings in einer Kandidatenliste zu vereinigen, da ein Teil von ihnen nicht die Verantwortung übernehmen wollte, die mit dem Ausbau des bisherigen Systems der land- und hauswirtschaftlichen Erziehung zusammenhängt. Es demissionierten die Frauen Persitz, Sieff, Eder, Sacher, Marks, Gellner. So bedauerlich es ist, daß durch diese klare Entscheidung der Konferenz hervorragende und vorzügliche Mitarbeiterinnen die Stelle verlassen haben, welche sie führend innehatten, und so wünschenswert es ist, daß Mittel und Wege gefunden werden mögen, um diese Frauen wieder an jene Stelle zurückzubringen, wo sie mit der Weltorganisation zusammenarbeiteten, so ist aus rein sachlicher Erwägung die Entscheidung zum zukünftigen Programm der Wizo zu begrüßen. Das Erziehungswerk der Wizo in Palästina hat das Ziel, die Frauen für das Leben im Lande zu ertüchtigen, ihr Niveau zu heben und durch sie auch den allgemeinen Kulturstand der Bevölkerung zu heben; das Erziehungswerk, das von der Wizo unter den Frauen geleistet wird, stellt einen wichtigen Faktor im Aufbau des jüdischen Lebens dar. „Frauen zu tüchtigen Hausfrauen in der Stadt und auf dem Lande heranzubilden, sie zu lehren, selbst mit den kleinsten Geldmitteln ein gesundes Familienleben zu schaffen, sie zu befähigen, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen: das sind die Ziele der Wizo." Im Zusammenhange mit diesen Zielen ist die Tendenz, welche in den Mädchenfarmen zum Ausdruck kommt, von der Konferenz gut geheißen worden, weil sie Selbstvertrauen, Selbständigkeit und Initiative der Frauen betont, weil die Mädchenfarmen der Welt beweisen können, daß Frauen eine Farm ebensogut wie Männer leiten können, wenn nur die notwendigen Ausbildungsmöglichkeiten gründlicher Kenntnisse in der Land- und Hauswirtschaft vorhanden sind. Heute bildet die Wizo 163 Mädchen aus, nach Fertigstellung der bestehenden Institutionen werden es 320 Mädchen sein! —

Richtung-, wenn auch nicht ausschlaggebend, war auf dieser Konferenz die Ansprache der Vertreterin der „Hadassah"-Organisation in Amerika, Mrs. Franklin. Sie wies auf die dringende Notwendigkeit der Verständigung zwischen Wizo und Hadassah hin. Eine paritätisch zusammengesetzte Körperschaft von Wizo und Hadassah wird noch in diesem Jahre die Arbeitsgebiete dieser beiden Organisationen in Palästina festsetzen. Daher ist es doppelt begrüßenswert, daß auf dieser Konferenz eindeutig das Programm der Wizo von ihren Förderationen mit Bewußtsein festgestellt wurde. Da die Ratifizierung des Anschlusses der phil. Organisation Palästinas, des Hist. Nashim, durch die Konferenz stattgefunden hat, die Vertreterinnen der Hist. Nashim jedoch bei der Wahl in die Exekutive erklärten, daß sich die Voraussetzungen für diese Affilation verändert hätten, wurde in der ersten Councilsitzung mit der neuen Exekutive knapp nach der Konferenz beschlossen, daß die Inkraftsetzung der Affilation automatisch erst nach einem Jahre eintreten solle und bis dahin einerseits die Beschlüsse der vorjährigen Konferenz des Wizo gelten, welche der Hist. Nashim jede Geldsammlung im Auslande untersagen und eine Subvention von 3000 Pfund für die Tageskrippen zusagen, andererseits aber völlige Verhandlungsfreiheit in der Angelegenheit des Hadassah mit der Wizo Exekutive zugebilligt wird.

Auch zu der Frage der Zusammenarbeit mit dem KKL. hat die Konferenz Stellung genommen und klar erkannt, daß nur eine gemeinsame Propaganda und Organisation von Wizo und KKL. für den Aufbau Palästinas von Wert sei. Die neue Exekutive wurde beauftragt in diesem Sinne in der kürzesten Zeit diesen endgültigen Vertrag mit dem KKL. zu schließen.

Somit mag diese Konferenz als entscheidend und schicksalsschwer bezeichnet werden. An den Fragen der Verwaltung in Palästina haben sich alle anderen Fragen des Programmes und hiemit die der Organisation und Propaganda entzündet. Die Delegierten haben sich für ein Weltprogramm der Weltorganisation entschieden, welches zu allen Problemen der feministischen Bewegungen Europas tiefe Beziehungen hat. Mit diesem Programm wird es der Weltorganisation möglich sein, alle jüdischen Frauen zu erfassen, die modern denken und bewußt in der menschlichen Gesellschaft arbeiten wollen. Als besonders gutes Zeichen mag es daher gedeutet werden, daß die VI. Weltkonferenz der Wizo endlich einstimmig die Vorschläge des aus sieben Mitgliedern bestehenden Organisationskommission angenommen hat, welche die Kooperation mit neutralen Verbänden regeln und die Stellung der Föderationen zu den territorialen zionistischen Landesverbänden einer Revision unterziehen. (Siehe die Beschlüsse der VII. Kommission, Antrag Steiner). Eine sechs Jahre lange Arbeit wurde hier endlich von Erfolg gekrönt.

Indem bei dieser Konferez die Sache und das Ziel über die Personen gestellt wurde, waren sich die Frauen, die für das Weltprogramm der Wizo eintraten, dessen wohl bewußt, daß nun alle Kräfte organisiert werden müssen, um Geld und Menschen für die Erfüllung dieses Programmes heranzuziehen. Das Departement für Organisation und Propaganda, geleitet durch Frau Goodman, London, wurde daher durch neue Exekutiv-Mitglieder auf dem Kontinente ergänzt. (Dr. Mirjam Scheuer). Diese Verstärkung der Organisation auf dem Kontinente durch Wahl weiterer Exekutive-Mitglieder (Dr. Roth, Transsylvanien, Pollak van Clef, Holland) wird der Weltorganisation nützen. Die neue Exekutive, deren Londoner Führerinnen Goodman, Irwell und Weizmann eindeutig auf dieser Konferenz zu dem „produktiven" Programm Stellung genommen und deren kontinentale Mitglieder die Verantwortung für eine verstärkte Organisation und Propagada übernommen haben, steht nun vor Aufgaben deren klare Fassung Ergebnis dieser Konferenz war. Sie wird in ihrer nunmehrigen Zusammensetzung ihre Arbeitsfähigkeit zu beweisen haben.

Der Sinn der VI. Wizokonferenz

Von **Ada Fischmann**

In der Zeit vom 22. bis zum 30. Juni 1931 fand in Basel die 6. Wizokonferenz statt. Von Jahr zu Jahr konzentriert sich das Interesse der jüdischen Frauenwelt stärker um die Organisation der Wizo und immer größere Teile der jüdischen Frauenverbände fühlen sich von ihr angezogen. Das Wizowerk in Palästina, daß die Frauen zu produktiver Arbeit im Lande schult, und die Fürsorge für Mutter und Kind pflegt, ist längst als ein organischer Teil der zionistischen Organisation anerkannt worden. Auch aus den Gesichtern der Delegierten, die die einzelnen Landesverbände der Wizo zur Konferenz entsandt haben, war es abzulesen, daß der Wunsch, die Kraft der jüdischen Frau auf gesellschaftlichem und ökonomischem Gebiet zu verstärken, im Mittelpunkt ihres Denkens während der Verhandlungen stand. Trotzdem wird man feststellen müssen, daß der historische Anteil der Wizo an der Renaissance der jüdischen Frau und des gesamten jüdischen Volkes, auf der Konferenz nicht zum Ausdruck kam. Sie war arm an gehaltvollen Referaten, dafür aber außerordentlich reich an Debatten.

Die Referate, die die stärkste innere Anteilnahme bei den Frauen auslösten, waren die über Propaganda und Kulturarbeit. Aber auch sie drangen nicht tiefer ein, in die Hauptprobleme einer Weltorganisation zionistischer Frauen. Sie haben es nicht verstanden, die gesellschaftlich-ökonomische Stellung der jüdischen Frau klarzulegen und daraus abzuleiten, wo eine Weltvereinigung zionistischer Frauen mit ihrer Arbeit anzusetzen hätte. Das Ziel unserer Propaganda, ihr innerster Beweggrund ist nicht, lediglich Geld sammeln. Es geht vielmehr darum, die jüdische Frau innerhalb des jüdischen Volkes zu aktivie-

ren, die Frau zur Einsicht in ihre eigentlichen Probleme zu bringen und sie zur gedanklichen und praktischen Mitarbeit an deren Lösung und der Lösung der nationalen Fragen zu veranlassen.

Acht Tage lang tauchten die Frauen unter, in einer hitzigen Debatte. Sie achten chaotisch, man hätte anfangs fast Mühe, zu verstehen, was die Gemüter ergriff, aber allmählich wurden die Probleme bis zum Grund aufgerührt und es wurde deutlich, was zuerst unter scheinbar nur äußerlichen Forderungen verborgen lag. Wenn man rückblickend die Wizokonferenzen überschaut, so bedeutet die diesmalige einen gewaltigen Umschwung. Standen sich bisher die Exekutive und die Delegierten gegenüber wie Führer und eine willige Masse von Geführten, so hat diesmal „das Volk" die Führung in die Hand genommen und die Exekutive gezwungen, seiner Meinung und Stellungnahme aufmerksames Gehör zu geben. Erstaunt erlebte man, wieviel die Vertreterinnen der Landesgruppen in jahrelanger Arbeit gelernt haben und wie selbständig und sicher ihr Instinkt geworden war.

An der Konferenz beteiligten sich 70 Delegierte aus 30 Ländern, Vertreterinnen von ungefähr 35.000 Frauen, die sich bewußt und innerlich mit Erez Israel verbunden haben.

Den Anstoß zum Gefecht gab ein Memorandum, das die Londoner Exekutive der Konferenz vorgelegt hatte, im besonderen der Punkt 4. So wenig sympathisch sich das ganze Dokument von einem demokratischen Standpunkt aus darstellt, so wertvoll war es, als der Ausgangspunkt für eine klärende Aussprache darüber, was die Wizo sein und was sie nicht sein soll. Es wäre irrig, anzunehmen, daß es hier links oder rechts gerichtete Gesinnungen waren, die aufeinander stießen. Es handelte sich darum, ob die schöpferischen Kräfte des neuen jüdischen Lebens, die Richtung der Wizoarbeit in Zukunft angeben sollten, oder ob rein verwaltungstechnische Gesichtspunkte die Wizoarbeit beherrschen sollten.

Punkt 4 des Memorandums, der vielumstrittene, lautet: „Um die Objektivität der Exekutive gegenüber allen ihren Institutionen und deren Arbeitsprogramm in Palästina zu bewahren, und zwar zum Besten dieser Institutionen und des Werkes als solchem, ist es wünschenswert, daß die Verwalterinnen der Institutionen nicht gleichzeitig Exekutivmitglieder sind, obgleich sie zur Exekutive immer zugezogen werden sollen, wenn es dieser wesentlich erscheint, ihren fachmännischen Rat einzuholen."

In dem Kampf um die Formulierung des Punktes 4 handelte es sich nicht bloß um die Durchsetzung demokratischer Rechte. Die Frauen fühlten, daß, wenn er in Kraft tritt, eine bestimmte Auffassung über die Art der Wizoarbeit ausgeschaltet würde, ja, daß er eigentlich den tiefsten Inhalt des Wizoprogramms berührte. Aeußerlich machte es den Eindruck, daß es sich um eine Personenfrage handelte, darum, ob die Leiterinnen von Institutionen auch in der Exekutive mitbestimmend sein sollten. Aber wenn das der Fall gewesen wäre, wäre es nicht zu verstehen, daß ein ernstes Mitglied der Londoner Exekutive erklären konnte: Sie stehen und fallen mit dem Memorandum.

Wer die Wirklichkeit von Erez Israel kennt, weiß, daß eine solche Forderung nicht in Betracht kommen kann, daß man nicht Menschen ausschalten kann, die den Organismus des jüdischen Palästina mitschaffen, ohne die kein Erez Israel entstehen kann. Die Wizo ist keine politische Partei, ihr Programm ist, eine bestimmte praktische Arbeit in Palästina durchzuführen. Aber der Sinn dieser Arbeit ist, die Frauen zu einer produktiven Kraft in ihrem Volkstum und dessen Entwicklung zu machen, zu Trägern einer Idee, der Idee selbständiger, richtungsbewußter Frauenpersönlichkeiten, die einen vollen Anteil als ein dynamischer Faktor an dem Leben und der Zukunft ihres Volkes nehmen. Und jede faktische Teilarbeit kann dieses Programm stärken oder schwächen. Es kommt auf den Leiter dieser praktischen Arbeit an und ob er erfüllt ist, von dem eigentlichen Ziel und weiß, wohin er die Arbeit zu lenken hat. Leiterinnen von Institutionen, die bloße Beamtinnen sind, kann man austauschen, aber Personen, die schöpferische Kräfte sind, die den Sinn der Bewegung realisieren, sind nicht ohne weiteres ersetzbar. Eine Bewegung kann wohl Institutionen schaffen, aber die Institutionen können keine Bewegung hervorbringen. Hätte es sich bei Punkt 4 wirklich nur um das Prinzip gehandelt, ob Beamte der Wizo Mitglieder ihrer Exekutive sein können, so hätte in Erez Israel gerade der einfache Ausweg gefunden werden können, wie ihn die beiden Anstaltsleiterinnen auch selbst aufgezeigt haben: sie nämlich ihrer Funktion als Beamtinnen zu entheben, für den Fall, daß sie eine wichtigere und nützlichere Arbeit in der Bewegung zu leisten hätten. Aber gerade das sollte anscheinend vermieden werden. Doch in Erez Israel ist es nicht anders. Die leitenden Beamten sind eben bei uns zumeist Verkörperungen der Kräfte, die das neue jüdische Leben schaffen. Also nicht in seiner Stellung als Beamten darf man ihn werten und diese zum Maßstab dafür nehmen, ob er in die oberste führende Körperschaft hineingehört, sondern man muß ihn nach seinen Qualitäten als Träger der Bewegung werten und man darf nicht solche Träger zu bloßen Verwaltungsbeamten herabdrücken wollen. Das war es, war der Kampf um den Punkt 4 erreichen wollte.

Ein zweiter Punkt, der heftige Auseinandersetzungen zur Folge hatte, war die Frage der finanziell-administrativen Kontrolle in der palästinensischen Wizoarbeit und wie sie zu regeln sei. So wie ihn die Exekutive formuliert hatte, bedeutete er eine Unterstreichung des Punktes 4 und suggerierte die Vorstellung, als ob die Leiterinnen nicht selbst die notwendige Kontrolle wünschten. Einen gewissen reaktionären Beigeschmack hatte die Forderung, daß der Schatzmeister der Exekutive eine Art Vormund über die Anstaltsleiterinnen sein sollte, um die Kontrolle erst zu verwirklichen. Eine solche Form ist in Erez Israel nicht anwendbar. Sie drückt die Anstaltsleiterin zu einem bloßen Instrument herunter und läßt sie nicht als jemanden gelten, der selbst schöpferisch tätig zu sein versteht. Wenn dieser Punkt wirklich nur die Art der finanziell-administrativen Kontrolle hätte festlegen wollen, so hätte das die Zustimmung aller gefunden. Man hätte sich darauf geeinigt, daß man das mit der Agency beraten und die Richtlinien festsetzen solle. Da aber die Exekutive keine Tatsachen anzuführen hatte, die darlegen konnten, daß die Wizoarbeit nicht den richtigen Weg gegangen sei, daß sie entweder in der Geldverwaltung oder in der Administration etwas besonderes zu wünschen übrig gelassen hätte, so wurde es durch die Debatte klar, daß sich eine Exekutive bewußt sein müsse, wie weit die schöpferischen Kräfte in der Wizo-Arbeit in Palästina zur Auswirkung gelangen oder unterbunden sein sollten. Daß durch die Debatte zu diesem Punkt die Frauen Gelegenheit fanden, sich stärker als je bisher in die praktischen Einzelheiten der palästinensischen Wizoarbeit zu vertiefen, war ein besonderes wertvolles Nebenergebnis.

Die dritte zentrale Frage der Diskussion war die Affiliierung der Moazath Hapoaloth und der Histadruth Naschim. Von beiden Seiten waren die Dinge reif geworden und es handelte sich für die Konferenz nur um eine formelle Bestätigung. Durch die Debatte aber wurde auch hier ideell Wesentliches geklärt. Bei der Affiliierung der Histadruth Naschim handelte es sich um die Verschmelzung mit einer Arbeitsgruppe, deren Programm der sozialen Fürsorge sich organisch dem Wizoprogramm einfügt, die sich mit der Histadruth Arzith, der palästinensischen Wizogruppe zu einer völligen Einheit vereinigt und die in ihrer bürgerlichen Einstellung auch der Gesinnungsrichtung nach sich leicht in die Wizo einfügen kann. Der Beweggrund für die Histadruth Naschim war, die organisatorische Einheit mit der Wizo herzustellen und ihre budgetären Bedürfnisse durch die Vereinigung besser zu decken. Die Frage der Finanzierung spielte daher eine ausschlaggebende Rolle bei den Unterhandlungen und bildete die Hauptschwierigkeiten.

Die Affiliierung der Moazoth Hapoaloth erfolgte jedoch aus einem anderen Antrieb. Vom zionistischen Standpunkt aus strebte diese Moazoth Hapoaloth ihren Anschluß an die Wizo. Für sie war das Ausschlaggebende, daß die Frauen, deren Stellung in der Gesellschaft eine schwache ist, sich vereinigen, um eine größere Kraft darzustellen. Es waren also vor allem gesellschaftliche Erwägungen, die sie dazu bewogen, denn ihre 12.000 Köpfe zählende Organisation hat durch diesen Anschluß an Kraft nichts gewonnen, für die Wizo aber bedeutet er, daß ihr Charakter als der einer Frauenbewegung stärker betont wurde und daß der Inhalt, den sie in Palästina und in der Diaspora in dieser Hinsicht gewonnen hat, nun deutlicher geworden ist.

Ein weiterer Punkt, bei dem sich die Debatte sehr scharf zuspitzte, war der Antrag, der Exekutive, falls das Budget es gestatte, der Agency 3000 £ für Kindergärten zu bewilligen. Da die Wizo bei der gegenwärtigen schweren ökonomischen Lage nur ein Minimalbudget anzunehmen in der Lage war, so war von vornherein die Annahme dieses Antrages so gut wie ausgeschlossen. Wenn aber trotzdem sich die Gemüter über diesen Punkt so sehr erregen konnten, so lag der Grund darin, daß auch hier hinter dem Antrag, so wie in den zwei ersten Fällen, eine Richtung verborgen lag, die die Konferenz mit ihrer Auffassung von dem Aufgabenkreis der Wizo ablehnte.

Es war schon an und für sich nicht am Platze, daß die Exekutive mit diesem Antrag kam, denn seit vier Jahren hatte die Wizo sich an dem Ausbau der Meschakim zu beteiligen begonnen und in den letzten zwei Jahren mit der Agency Verhandlungen wegen der Konsolidierung der drei Meschke Hapoaloth Nachlath Jehuda, Schunath Boroch und Petach Tikwah geführt, besonders in der Frage der Uebernahme der Schulden im Betrage von 1450 £ und des Ausbaues bis zu ihrer Fertigstellung, was sich ungefähr auf 5000 £ belaufen würde. Trotz dieser Unterhandlungen hat die Exekutive im Budget keinen Betrag für Konsolidierung der Meschakim eingestellt, hingegen aber die 3000 £ für die Kindergärten.

Aber die Frage war im tieferen Sinne keine Budgetfrage, denn auch für den Fall, daß die Wizo es sich finanziell erlauben könnte, der Agency zu helfen, hätte sie ein anderes Gebiet sich zu diesem Zweck aussuchen müssen, ein Gebiet, das mehr mit ihrem Programm zu tun hat. Kindergärten in Erez Israel zu übernehmen bedeutet, daß die Wizo ihre Programmrichtung ändert. Mit derselben Berechtigung könnte man dann morgen irgendeinem anderen Ansuchen um finanzielle Unterstützung an sie herantreten. Das Aufgabengebiet der Wizo umfaßt alles, was die jüdische Frau in Palästina für das Leben und die Arbeit in Erez Israel, in Stadt und Land vorbereitet und was sie zu ökonomischer Selbständigkeit und zu persönlicher Lebensgestaltung im Sinne der nationalen Renaissance erzieht. Es war nicht möglich, im Plenum zu diesem Punkt prinzipiell zu sprechen, darum sei hier noch nachgetragen, daß das Erziehungsbudget in Erez Israel, soweit es die Agency bestreitet, einen Etat von 180.000 £ erfaßt (siehe Bericht der Exekutive an den 17. Kongreß, S. 304), d. h. 75.000 £ aus Keren Hajessod-Geldern, 70.000 £ aus Beiträgen des Jischuw, 20.000 £ aus Beiträgen der Regierung und 15.000 £ aus Verschiedenem, wozu noch kommen Ausgaben für die Universität und das Technikum, was weiterhin mehr als 100.000 £ ausmacht.

In allen Perioden seiner Geschichte hat das jüdische Volk verstanden, das geistige Leben zu pflegen und das Aeußerste für die Erziehung zu tun. Selbst in so schweren und sorgenvollen Zeiten, wie denen der Inquisition. Aber niemals hat das jüdische Volk sich darum bekümmert, die jüdische Frau ins geistige Leben einzuführen und ihr eine gesunde ökonomische Basis im Organismus des Volkes zu geben. Und doch ist der ökonomische Zusammenhang eine große Verstärkung für den nationalen. Für die jüdische Frau hat die Renaissance beim Zionismus begonnen und er war es, der sie ideologisch erst erweckt hat. Die Leistungen der Wizo an sich sind vielleicht nicht so groß wie die Bewegung, die sie entfesselt hat. Ihre schöpferischen Kräfte tragen heute schon die Wizo, nicht mehr ist es die Wizo, die sie trägt. Darum kann sich die Wizo nicht für irgendein Objekt hergeben, dessen Finanzierung die Agency abstoßen will, den sonst würde sie zur Adresse für alles, was materieller Unterstützung bedarf. Vom Standpunkt des 300.000 £-Erziehungsbudgets spielen die 3000 £ für die Kindergärten geforderten keine ausschlaggebende Rolle. Sie werden den Jischuw nicht retten. Andererseits würde der Schaden für die Wizo, wenn sie ihre Prinzipien nicht intakt hält und sich für verschiedene Zwecke zersplittert, groß sein. Die Wizo zieht ihre Kraft daraus, daß sie ein Feld bestellt, das alle anderen, das auch die allgem. Zionistische Organisation brach liegen lassen, das aber uns, den Frauen, näher steht als jedes andere und durch dessen Bearbeitung wir doch gleichzeitig der jüdischen Gesamtheit erst die volle Entwicklung zu sichern vermögen.

Um das Fazit zu ziehen: alle Punkte, um die sich Debatten auf der Konferenz entwickelt hatten, sind in einem programmatischen Sinn miteinander verbunden und wenn der Kampf scheinbar ein Personenkampf war, so war er es doch deshalb, weil diese Personen gleichzeitig die Verkörperung eines Programmes sind. Denn wenn es kein Programmkampf, sondern ein reiner Personenkampf gewesen wäre, so hätte der Teil der Exekutive, der die andere Seite repräsentierte, sich befriedigt fühlen müssen, nachdem man trotz anderer Stimmung sich zu einem Kompromiß in der Besetzung der Palästinaexekutive bereit erklärt hatte. Die Konferenz wollte der Londoner Exekutive jede Möglichkeit schaffen, vollzählig zu bleiben, aber es ist trotz allen Entgegenkommens nicht geglückt. Nicht nur in der Personenfrage gab die Konferenz nach, sie erklärte sich auch damit einverstanden, daß die Anstaltsleiterinnen als Mitglieder der Exekutive in Angelegenheiten ihrer Institutionen kein Stimmrecht besitzen sollten, aber es nützte nichts. Der Teil der Londoner Exekutive, der sich zurückgezogen hat, muß sich Rechenschaft darüber geben, ob ihre Handlungsweise moralisch eine gerechtfertigte war. Uns wird sie nur dann moralisch sein, und das Geschehene vergessen lassen, wenn die Ausgetretenen ihren Standpunkt revidieren und sich als ergebene Zionistinnen wieder mit unserer Arbeit verbinden werden.

Es ist falsch, den Gesichtspunkt „rechts und links", an die Konferenz heranzutragen. Zu fast 90 Prozent war die Zusammensetzung der Konferenz eine bürgerliche. Aber eine große, moralische Kraft war in ihr fühlbar, ein ehrliches Streben, mit gesundem, unverdorbenem Menschenverstand die Dinge zu sehen und zu beurteilen. Nur zwei Delegierte der M. Poaloth waren auf der Konferenz stimmberechtigt. Sie waren sprachlich überdies im Nachteil und konnten sich schwer verständlich machen, wenn sie ihren Standpunkt formulieren wollten. Aber trotzdem hat die Konferenz als erste von den bisherigen sich zu einer selbständigen Meinung durchgerungen und ist sich darüber klar geworden, welches der Sinn und Weg der Wizo als einer zionistischen Frauenweltorganisation sein soll, als eine konstruktive Kraft im nationalen jüdischen Leben, als organischer Teil der zionistischen Bewegung. Und die neue Exekutive, die in schwerer Zeit die Bürde der Verantwortung übernommen hat, übernehmen mußte, in dem Gefühl, nicht mehr auf den Beistand aller bisherigen seit vielen Jahren mit ihr verbundenen Personen zählen zu können, wird die Kraft zur Durchführung ihrer Aufgabe finden in dem Bewußtsein, das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Konferenz zu besitzen und auf ihre entschlossene und begeisterte Mitarbeit rechnen zu können.

Basel, 3. Juli 1931.

Erklärung

Die 6. Weltkonferenz der Wizo hat die Annahme des folgenden Antrages des deutschen Delegiertentages jüd. Frauen für Palästinaarbeit zur Gründung eines religiösen Meschek Poaloth beschlossen. Die Resolution lautet:

Der deutsche Delegiertentag des Verbandes jüd. Frauen für Palästinaarbeit hat am 14. Mai d. J. folgenden Antrag angenommen:

Es ist uns bekannt geworden, daß die religiösen Frauen innerhalb der Wizo die Forderungen nach einem Meschek Poaloth aufgestellt haben, in dem die gesetzestreuen Chaluzoth die Möglichkeiten haben werden, ein ihrer Art und Weise gemäßes Leben zu führen. Die Wizo, die den berechtigten Wünschen der zionistischen Frauen aller Richtungen gewiß Rechnung tragen will, wird sich dieser Forderung nicht verschließen können.

Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, den Chaluzoth des Hapoel Hamisrachi eine Ausbildungsstätte innerhalb der bestehenden Ausbildungsstätten bereitzustellen. Alle Bedingungen werden in Palästina an Ort und Stelle von den betreffenden Instanzen vereinbart werden.

Der Beschluß der Wizo-Konferenz, einen Meschek mit Chaluzoth des Hap. Hamisrachi zu beschicken, veranlaßt uns die Wichtigkeit der Sache zu beleuchten.

Die Meschakim, die von der Moazoth Hapoaloth im Verein mit der Wizo geleitet werden, tragen selbstverständlich den äußeren Formen des Gesetzes Rechnung. Die meisten Chaluzoth dieser Meschakim sind aber persönlich nicht religiös, daraus erklärt sich, daß die Atmosphäre derart ist, daß den gesetzestreuen Chaluzoth der Aufenthalt in diesen Meschakim unmöglich ist. Der Prozentsatz der in Hachscharah befindlichen religiösen Chaluzoth ist in stetem Wachsen begriffen, so sind z. B. in Deutschland ca. 35 Chaluzoth in der Ausbildung, die aber nur sinnvoll ist, wenn auch die Möglichkeit zur Weiterbildung in Erez-Jisroel gegeben ist.

Wir begrüßen es, daß die Wizo unseren berechtigten Forderungen Rechnung getragen und diese Resolution ohne Debatte angenommen hat.

Nach Rücksprache mit den Vertreterinnen Moazoth-Hapoaloth und der Exekutive der Wizo wissen wir, daß diese Resolution in kürzester Zeit in die Tat umgesetzt werden wird.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß wir gleich bei der ersten Forderung, die wir an die Wizo gestellt haben, Verständnis und bereitwilliges Entgegenkommen gefunden haben.

gez. Margarethe Mörsheim/Lippstadt
Hamburg.

gez. Selma Winter, Köln/Rhein,
Vorsitzende der Misrachi Frauengruppe.

Der Verlauf der VI. Weltkonferenz der Wizo

In Anwesenheit von 70 Delegierten aus 29 Ländern aller Erdteile sowie zahlreicher Ehrengäste aus der Basler Bürgerschaft und den verschiedenen zionistischen, jüdischen und feministischen Organisationen der Stadt fand am Abend des 22. Juni die feierliche **Eröffnung der VI. Wizo-Konferenz** im Blauen Saale der Basler Mustermesse durch die Ehren-Vizepräsidentin Frau Henriette Irwell (London) statt. In ihrer eindrucksvollen Begrüßungsansprache wies die Vorsitzende darauf hin, daß die Wizo trotz der düsteren Ereignisse des Augustes 1929 in Palästina und der dadurch entstandenen zionistischen Krise ihre Arbeit unbeirrt und ungeschwächt fortgesetzt habe. Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede wurden Begrüßungstelegramme der Ehrenpräsidentin der Wizo, Lady Samuel, Frau Wera Weizmann und viele andere vorgelesen. Dann begrüßen namens der verschiedenen Vereine und Organisationen Frau Dr. Kaufmann (Schweiz, Landesverband), Frl. Schafner (Friedensliga), Rabbiner Dr. Weil, Dr. Neiditsch (Basler Gemeinde), Doktor Marcus Cohn (Präsident des Schweiz. Zionistenverbandes), Frau S. Abrahad, Frau Dreifus-Straus Frau Vischer-Alioth (Frauenvereine), Herr Hanns Dittisheim für K. K. L., die sämtlich die hohe Bedeutung des Wizo-Werkes hervorhoben.

Nach einer eindrucksvollen Ansprache der Vize-Bürgermeisterin von Tel Awiw, Frau Persitz, dankte die Vorsitzende, Frau Irwell, allen Erschienenen und forderte die Delegierten zu einträchtiger Arbeit auf.

Am 23. Juni vormittags tritt die Konferenz in ihre Arbeitstagung ein. Die ersten Punkte der Tagesordnung bilden die Galuthberichte der Exekutive über Organisation, Propaganda und Finanzen.

Nach dem warm empfundenen Nachruf der Vorsitzenden Frau H. Irwell auf die in der Berichtsperiode verstorbenen Mitglieder, darunter die Vizepräsidentin der Wizo, Frau Oberrabbiner Herz (London), wird das Präsidium der Konferenz gewählt: Frau Dr. Kaufmann (Basel), Frau Bolaffi (Mailand), Frau Roth (Transsylvanien), Frau Blumenfeld (Berlin), Dr. Scheuer (ČSR.), Frau Dr. Levite, Frau Margulies, Frau Steiner (Exekutive-Mitglieder außerhalb Londons). Darauf berichtet Frau Goodman (Londoner Exekutive) über die Organisationsprobleme der Wizo. Große Schwierigkeiten bestehen in den fundamentalen Verschiedenheiten der jüdischen Frauen verschiedener Kontinente, wovon viele erst organisierbar gemacht werden müssen. Das Problem: „Geldsammelstelle und Kulturgemeinschaft" wird erörtert. Das Ideal ist die Frau als Zeugerin der zionistischen Idee. Die Wizo hat überparteilichen nationalen Charakter und umfaßt Frauen von links und rechts. Auch die Mitarbeit der neutralen (pro-palästinensische) Frauen ist gesichert. Palästinensische Frauenorganisationen (Moazath Hapoaloth und Histadruth Nascim) schließen sich der Wizo an. Die Annäherung an die amerikanische Hadassah ist angebahnt. Der Kontinentalbund zionistischer Mädchenvereinigungen (Zentrale Wien) hat sich als Jugend-Dezernat der Wizo angeschlossen. Die Regulierung einer Vertretung innerhalb der Jewish Agency ist eingeleitet. Die Vereinheitlichung der Organisation aller jüdischen Frauen für Palästina schreitet vorwärts. Trotz der Krise war das erste Dezennium der Wizo erfolgreich und auch das begonnene zweite erweckt infolge der Mitgliederzunahme große Hoffnungen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Mirjam Marks erstattet als Schatzmeisterin der Exekutive den Finanzbericht 1929/31. Die Eingänge blieben hinter den Voranschlägen von Zürich 1929 wesentlich zurück, nämlich um zirka 16.000 £ (35.488 £ gegenüber Voranschlag 51.240 £). Eine Erhöhung zeigen nur die Organisationsbeiträge um ungefähr 40 Prozent. Bis Abschluß des Finanzjahres Ende September sind noch weitere Budgeteingänge zu erwarten. Die Reserven der Wizo sind jedoch verbraucht und wenn sich bis Herbst selbst ein Saldo ergeben sollte, müssen die neuen Voranschläge mit äußerster Sparsamkeit überschritten werden. Frau Mark schlägt Ersparnismaßnahmen vor und geht auf Einzelheiten des Finanzberichtes ein, die sie zum Teil dem gedruckten Tätigkeitsberichte der Wizo an die sechste Konferenz entnimmt.

Den Vorsitz der 3. Sitzung führt Frau **Lewite** und erteilt Frau Hanna **Steiner** (Galuth Exekutive) das Wort zum Bericht der 7. Kommission **für Zusammenarbeit der Wizo mit neutralen Verbänden für Palästina**: Diese seit Jahren auf den Wizo-Tagungen behandelte Frage wurde bei der 5. Konferenz der Wizo nicht geklärt. Eine Organisationskommission aus 7 Mitgliedern wurde deshalb eingesetzt, die im vergangenen Jahre in London tagte und Vorschläge ausarbeitete. Auf Grund dieser Vorschläge können neutrale Verbände mit der Wizo kooperieren, indem sie bei Entrichtung eines Repräsentationsbeitrages, der 50 Prozent des regulären Organisationsbeitrages ausmacht, das Mitbestimmungsrecht in den Palästina- und Finanzfragen der Konferenz erlangen, sonst aber keine organisatorische Gleichberechtigung haben. Es wurde auch von dieser Stelle das Verhältnis der Föderationen der Wizo zu den territorialen zionistischen Verbänden festgelegt.

Die Vorschläge wurden vom Plenum einstimmig angenommen.

In dem darauffolgenden Berichte der Schatzmeisterin der Palästina-Exekutive H. Gellner wird auf die Konsolidierung der Wizo-Institutionen in den Zeiten des Stillstandes hingewiesen und die Fortschritte in den Lehranstalten und den von der Wizo erhaltenen Mädchenfarmen aufgezeigt. Das Instruktionssystem der Wizo umfaßt netzartig das ganze Land. Im Emek wurde gemeinsam mit dem Nathan-Strauß-Gesundheitszentrum und der hebräischen Universität die Ernährungsmethode untersucht und die Verbesserung in Angriff genommen. Der Aufbau Neß Zionah's, der Pflanzungsfarm der Wizo wurde verzögert wegen zu befürchtender Budget-Ueberschreitung infolge der Baupläne. 83 Dunam wurden mit Orangen, Grapefruits und Trauben bepflanzt, Bananen ergaben schon im ersten Jahr den Reinertrag von 100 £. Die Affiliierung der palästinensischen Frauenorganisationen Moazath Hapoaloth und Histagruth Nascim wurde erfolgreich durchgeführt und bedarf nur noch der Ratifizierung durch die Konferenz.

Nach kurzer Debatte über die Berichte folgt das Referat von Adah Fishmann für die Moazath Hapoaloth, die auf den Wert der Mädchenfarmen hinweist, die sich zu 80% durch die Arbeit der Poaloth selbst erhalten, so daß die 20% Defizit angesichts der Tatsache, daß es sich um Ausbildungsstätten handelt, als gering betrachtet werden dürften. Sie betont gewisse Forderungen der Autonomie des wirtschaftlichen Aufsichtsrates der Farmen gegenüber der Wizo zur Erleichterung der Kooperation.

Frau Smoira berichtet über die Arbeit der Histadruth Nascim, die außer kultureller Erziehungsarbeit unter den Frauen Palästinas besonders die soziale Fürsorge für Mutter und Kind und die Entwicklung der Heimindustrie unter den orientalischen Jüdinnen des Landes als Aufgaben-Gebiet gewählt hat und die Bestrebungen der Wizo zur Erziehung lebenstüchtiger palästinensischer Frauen restlos würdigt. Sie betont die Gefahr der Missionsschulen für die jüdische Jugend, berichtet über den Kinderfonds (Eingänge £ 8500 im ersten Jahr), der den ganzen Jischuw erfasse, und über die Wahlbeteiligung der Frauen zur Nationalversammlung (Spitzenkandidatin Miß Henriette Szold). Sie begrüßt den bevorstehenden Anschluß an die Wizo.

Nach Mitteilungen des Sekretariates und den Ausführungen der deutschen Delegierten Frau Winter, die sich gegen die Organisierung der Misrachi-Frauen außerhalb der Wizo, dagegen für Erfüllung ihrer religiösen Forderungen innerhalb der Wizo durch Ueberlassung eines Meschek an die Poaloth des Misrachi ausspricht, wird die Sitzung um 7.45 Uhr abends geschlossen.

In der 4. Sitzung der Wizo-Konferenz vom 23. Juni abends tritt die Tagung nach einigen ergänzenden Ausführungen Frl. Gellners über die Palästinaarbeit in die großangelegte Propagandadebatte ein, die das Interesse der gesamten Delegierten in hohem Grade fesselt. Nach einem eindrucksvollen Einführungsreferate von Frau Edith Eder, London, die den Vorzug des gesprochenen Wortes über dem geschriebenen betont, ohne die wertvolle Entwicklung der Wizo-Publizistik in den beiden letzten Jahren zu übersehen, und die ausführt, daß gerade heute die innere Erfassung jedes Mitgliedes von vitalstem Interesse sei, folgen drei Korreferate zum gleichen Thema. Dr. Nadja Stein unterstreicht die Notwendigkeit einer Bildungs- oder Kulturzentrale wie sie von Dr. Hofmann schon vor Jahren angeregt wurde, und stellt das Kulturdepartement der Hadassah als Beispiel hin. Sie betont zugleich die notwendige Unterstützung geschriebenen Instruktionsmaterials durch Anschauungsmaterial wie Lichtbilder, Filme, geographische Darstellungen. Sie fordert eine Interessengemeinschaft mit dem K. K. L. auf diesem Gebiete. Dr. Martha Hofmann unterstützt die Notwendigkeit der Kulturzentrale, obgleich sie Frau Eders Urteil über den Vorzug des gesprochenen Wortes teilt, da viel schriftliches Material leicht tot bleibe. Sie empfiehlt besonders die Abhaltung einer etwa dreiwöchentlichen Sommerschule der Wizo im Counciljahre mit seminaristischem Betriebe in mehreren Sprachen und propagandistische Schulung im Sinne der Broschüre von Dr. Scheuer. Sie weist auf die Möglichkeit engerer Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation auf kulturellem Gebiete hin. Die Organisationssekretärin Frau Grubwieser belegt den Erfolg der schriftlichen und mündlichen Propaganda ziffernmäßig (127 neue Ortsgruppen mit fast 9000 neuen Mitgliedern in den beiden letzten Jahren) und unterstützt die Vorschläge der Vorrednerinnen, deren budgetäre Durchführungsmöglichkeit sie erörtert.

In der 5. Sitzung vom 24. Juni vormittags, Vorsitzende Dr. Kaufmann, schlägt Frau Irwell folgende Resolution namens der Föderation zionistischer Frauen Londons vor:

„Die Weltkonferenz der Wizo spricht ihre Sympathien mit der Bewegung für die Verbesserung der rechtlichen Lage der jüdischen Frau aus und hofft, daß in Anbetracht der Ermutigungen, welche diese Bewegung erhalten hat, die Arbeit derselben mit unbeirrtem Eifer weitergehen wird."

Rednerin begründet die Resolution, die besonders im Interesse der Agunoth (verlassenen Frauen) liege. Einstimmig angenommen.

Frau Dr. Guggenheim, Zürich, berichtet darüber, daß der Kulturverband in Zürich sich mit anderen jüdischen Frauenvereinen zu einer Vortragsgemeinschaft zusammengeschlossen habe, in deren Rahmen zionistische Vorträge stattfinden, die ein großes Auditorium finden. Rednerin berichtet ferner über ihre Einrichtung monatlich zirkulierender Lesemappen, die außer Wizo-Literatur auch die Blätter des deutschen Frauenbundes, die Blätter der jüdischen Frau (Prag), die Zeitschrift „Menorah" und die Berichte des Kultur-Verbandes enthalten. Die Kontrolle dieser Einrichtung führt Frau Dr. Farbstein, Zürich. Besonders interessieren die gleichfalls in den zirkulierenden Mappen enthaltenen Palästinaberichte der vom Kulturverband unterstützten Organisationen.

Die Organisationssekretärin Frau Grubwieser bittet die Vorrednerin, ihre ausgezeichneten Vorschläge als Anträge an die Konferenz zwecks allgemeiner Durchführung zu formulieren. Besonders für kleinere Länder sei die Vortragsvereinigung mit anderen Frauenorganisationen wertvoll.

Frau Dr. Ringwald und Frau Berliner besprechen Einzelheiten der Ausbildung der Propagandistinnen.

Nach dem in der sechsten Sitzung vom 24. Juni nachmittags erstatteten Bericht des Legitimations-Ausschusses durch Frau Retter, wonach von 77 Mandatsberechtigungen nur 57 ausgenützt wurden, was großenteils auf mangelnde Mittel zurückzuführen sei, sowie nach Erstattung der Kommissions-Vorschläge, entspinnt sich eine Debatte über die Rechte der formell noch nicht affilierten Verbände Histadruth Nashim und Moazath Hapoaloth. Frau Adah Fishmann erhält ein reguläres Mandat der Ö. S. R.-Föderation.

Dann erstattet namens des KB Zionistischer Mädchenvereinigungen Frau Dr. Henriette Lichtenstein-Rappaport aus Wien ihr Referat über die Zusammenarbeit der Mädchenbewegung mit der Wizo, deren offizielles Jugenddezernat der KB seit einem Jahre bildet. Nach dem eingehenden Bericht über die Zusammensetzung und Arbeitsweise sowie Organisationsform des KB, dessen Annäherung an die Wizo auf die Initiative von Frau Dr. Martha Hofmann während ihres Londoner Aufenthaltes zurückzuführen sei, geht Referentin auf die praktische Palästinaarbeit und auf das Budget des KB ein. Die Mädchen beliefern die Institutionen der Wizo in Palästina mit Lehrbüchern und Anschauungsmaterial und sorgen überdies für die Ausstattung der in Alijah befindlichen Chaluzim. Der Kontakt der Zentrale mit den Gruppen, aber auch mit Palästina ist ungeheuer eng. Die Organisationsspesen sind gewachsen, Referentin ersucht, die Jahressubvention von bisher £ 100.— zu erhöhen. Referentin betont das gute Verhältnis zur Wizo, deren Nachwuchs die Mitglieder des KB bilden sollen.

Nach dem eingeschobenen Propaganda-Korreferat durch Frau Sari Berger, worin Referentin Palästinareisen für Propagandistinnen und Organisatorinnen gegen zwei- bis dreijährige Verpflichtungen zur zeitweisen Propagandatätigkeit sowie die allmonatliche Abhaltung eines Wizo-Tages in Familie und Ortsgruppe empfiehlt, folgt das Korreferat zu der Zusammenarbeit von Wizo und KB durch Dr. Lotte Hannemann namens der Wizo. Referentin berichtet einige Mißverständnisse der Vorrednerin des KB, besonders mit Hinblick auf die Hachscharah der Mitglieder des KB in den palästinensischen Wizo-Institutionen sowie in bezug auf die praktische Palästinaarbeit. Korreferentin erörtert die schwierige psychologische Lage der heutigen Jugend, die das Vertrauen zur vorigen Generation verloren hat. Umso größer sei die Ermutigung der zionistischen Mädchenbewegung, da sonst die jüdische Jugend zwischen Rechts und Links zerrieben werde. Rednerin empfiehlt die engere Zusammenarbeit bei der Organisation und bespricht die Beschaffung von Anschauungsmaterial für die Wizo-Institutionen durch den KB. Daran anknüpfend propagiert Dr. Stein die Gründung einer Lichtbild- und Lehrfilm-Stelle in Palästina und empfiehlt der Wizo und dem KB den Beispiel der Hadassah, die dem Komitee bereits beigetreten sei, zu folgen und sich materiell zu beteiligen.

7. Sitzung vom 24. Juni abends: In der Propaganda-Debatte, an der zahlreiche Delegierte unter lebhaftem Interesse des Plenums teilnehmen, wird der Zweck der Propaganda diskutiert und zwar vertritt Frau Dr. **Freier** (Berlin) den Standpunkt, daß bloßes theoretisieren keinen moralischen Wert habe, so lange nicht praktisches Verantwortungsgefühl für Palästina, und zwar insbesondes für die arbeitenden Frauen sich geltend mache. Sie sieht in der Geldaufbringung den Prüfstein dieser Verantwortlichkeit. Frau Fishmann betont, daß Geld keineswegs der Selbstzweck sei, man muß die Jugend dadurch gewinnen, daß man ihr von der schaffenden Frau in Palästina erzählt und sie so vor Fascismus und Kommunismus bewahrt. Frau Rosenblüth lehnt die allzu intellecktuelle Propaganda ab und fordert, daß die Propaganda sich mehr an die einfache Jüdin wendet, die wärmer reagiert. Nachdem noch Frau Karl (Lemberg), Frau Rosenberger (Jugoslawien), Frau Loew-Tachauer (Frankfurt a. M.), Frau Roth (Transsylvanien), Frau Rubaschow (Palästina), Frau Nachmilewetz (Litauen), Frl. Berlin und Frl. Fanny Weil das Wort in der Propaganda-Debatte ergriffen haben, wobei der Vorschlag einer Sommerschule für Propaganda, sowie die Schaffung einer Bildungszentrale besonders gutgeheißen wurden, erhält das Schlußwort Dr. Martha Hofmann. In der darauffolgenden Generaldebatte unterzieht Dr. **Scheuer** die Tätigkeit der Exekutive einer Kritik, da die Information der Council-Mitglieder und der Föderationen über die Probleme der Arbeit gänzlich unzulänglich sei. Darunter leide diese Konferenz aufs äußerste. Frau Smoira und Frau Rosenblüth kritisieren die Einhaltung der Züricher Verträge mit dem HNJ von Seiten der Wizo, die ihnen nicht das volle Budget bezahlt habe. Frl. Gellner protestiert gegen grundlose Beschuldigungen. Nach Festsetzung der Kommissionstagungen für den 25. Juni — wobei sich infolge eines Antrages Persitz eine Debatte entspinnt, ob Palästina oder Finanzkommission früher tagen soll, die mit der Zusammenlegung beider Kommissionen erledigt wird — erhält Frau Sieff das Schlußwort für die Exekutive. Sie erinnert an die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der letzten Palästina-Exekutive, die die Arbeit außerordentlich erschwerten und zu zahlreichen Rücktritten führten. Die Konferenzbeschlüsse, worin die Schaffung eines Palästina-Councils aus Moazath Hapoaloth, Histadruth Nashim und Hist. Arzith mit Vertretung von Hadassah und Wizo verlangt wurde, konnte wegen Weigerung der Moazath Hapoaloth nicht gebildet werden. Ueberhaupt habe die schlechte Zusammensetzung der Palästina-Exekutive die Durchführung der Beschlüsse verzögert. Die Affiliierung der Moazath Hapoaloth, auch ein Konferenzbeschluß von 1929, konnte nach einem Besuch Adah Fishmanns in London prinzipiell erledigt werden und liegt zur Ratifizierung der Konferenz vor. Der Moazath Hapoaloth hat sich auch verpflichtet, keine Geldsammlung im Auslande außer in Kanada (Liga der Chaweroth) zu unternehmen. — Mit der Histadruth Nashim kommen wir zu einem Einvernehmen, weil die Gegnerinnen dieser Politik aus der Palästina-Exekutive während der Anwesenheit der Rednerin im Lande ausschieden, und der Rest der Exekutive (Persitz, Berger, Kish) das Abkommen traf. Die HNJ will sich sogar mit der Histadruth Arzith zu einer gemeinsamen Föderation der Wizo in Palästina verschmelzen, was über die Resolution von 1929 hinausgeht. Rednerin kritisiert die unfairen Anschuldigungen der HNJ wegen der Nichteinhaltung des Budgets, obgleich die Wizo 80 Prozent eingehalten habe, während ihr übriges Budget nur zu 58 Prozent gedeckt war. Die HNJ habe einen gemeinsamen Propagandabrief ins Ausland durch Monate verschleppt und den günstigen Augenblick verpaßt. Zuletzt appelliert Frau Sieff an die Kommissionen, trotz der finanziellen Depression, mit Anwendung aller geeigneter Mittel mehr zu leisten als bisher für den Fortschritt der Arbeit in Palästina.

Nachdem die Vorsitzende Dr. **Scheuer** die Vizepräsidentin der Hadassah Frau **Franklin** begrüßt hat, ergreift das Wort Frau **Persitz** zu ihrem **Referat über die Zukunft der Wizo**. Rednerin geht davon aus, daß unsere politische Lage bei guter finanzieller Situation gleichfalls entsprechend gebessert sei. Leider war die Folge der August-Unruhen und der politischen Schwierigkeiten ein Sinken der regulären Einnahmen unserer Fonds, verstärkt durch innere Desorganisierung und Gegenagitation. Nicht die Weltkrise ist daran schuld, denn die organisierten Teile der Bewegung — z. B. die Frauenorganisationen — konnten im großen und ganzen ihr Budget aufbringen. Man hat an den großen Plänen der zionistischen Organisation gerüttelt und unsere „Ideologen" haben alles unproduktiv genannt, was nicht Kolonisation heißt. Es war sehr gut, daß die Frauen gerade die sogenannten „unproduktiven Arbeitsgebiete" auf sich nahmen. Rednerin betrachtet die Wizo-Arbeit als Erziehung von großem Wert, bestreitet jedoch, daß das Ziel der Wizo in der landwirtschaftlichen Erziehung der Frauen bestehe. Jedes zionistische Ziel ist ein Hauptziel der Wizo. Frau Persitz verweist auf die Leistung der übrigen Frauenorganisationen in Palästina, Hadassah, Histadruth Nashim, Moazath Hapoaloth und empfiehlt Schaffung einer Dachorganisation, die gemeinsame Pläne ausarbeiten soll. **Auf dieser Linie liege der Anschluß von HNJ und MZ an die Wizo,** den die Konferenz zu ratifizieren hat. **Allerdings erhebt die Hadassah Einspruch dagegen, da sie Palästina als Zentrum und die großen Frauenorganisationen als Peripherie ansieht.** Frau Persitz widerlegt die Einwände der Hadassah, um so mehr, als die 5. Konferenz der Wizo den Auftrag zur Affiliierung gab. Anschließend referiert Rednerin über eine im Juni 1930 in London gemeinsam angenommene Resolution von Wizo und Hadassah, wonach beide Frauenorganisationen ihr Arbeitsfeld auf den „nichtökonomischen Gebieten des Palästina-Aufbaues" erweitern und eine gemeinsame Körperschaft einsetzen sollten, die die Vertretung der Fraueninteressen innerhalb des administrativen Komitees der Jewish Agency in Palästina wahren soll. Diese Resolution lag bereits der letzten Tagung der Jewish Agency in Berlin vor. — Im folgenden verliest die Referentin die Einzelheiten der Affiliierung der MH, die von nun an vier Delegierte auf jeder Wizo-Konferenz, 2 Vertreterinnen im Wizo-Council und ein Mitglied in der Wizo-Palästina-Exekutive haben soll, wogegen sich die Moazath Hap. verpflichtet, auf Geldsammlungen im Bereiche der der Wizo angeschlossenen Länder (mit Ausnahme Kanadas) zu verzichten, doch bei der Sammelpropaganda mitzuhelfen.

Es folgt Verlesung der Vereinbarung mit der Histadruth Nashim Ivrioth (HNJ), die sich mit der Histadruth Arzith der Wizo zu einer gemeinsamen Wizo-Landesföderation in Palästina verschmelzen will, wobei zwei Departements, entsprechend den besonderen Arbeitsgebieten der bisherigen HA und HNJ eingesetzt werden sollen. Dementsprechend soll die gemeinsame Föderation zwei Vertreterinnen in der Wizo-Palästina-Exekutive, zwei im Wizo-Council und vier Delegierte in der Wizo-Konferenz haben. Die endgültige Regelung der Vertreter soll jedoch der 7. Konferenz der Wizo vorbehalten bleiben. Die neugebildete Föderation verpflichtet sich, keine Gelder im Auslande zu sammeln, jedoch bei der Sammelpropaganda mitzuhelfen. Es folgen weitere Einzelheiten über Arbeitsplan und Budget der neuen Föderation, sowie die Feststellung, daß die frühere Histadruth Nashim die Sektion für soziale Fürsorge der Wizo sei. — Nach Verlesung der beiden Abmachungen geht Rednerin auf die Finanzlage der Jewish Agency über und spricht von der Gefährdung des Erziehungswerkes in Palästina. Sie sieht es als Pflicht der Wizo an, die nötigen Gelder aufzubringen, um für das Schulwerk der Jewish Agency Hilfe zu leisten. Weiters geht Frau Persitz auf die Verhandlungen der Wizo mit dem KKL ein, die besonders während Anwesenheit von Frau Sieff in Palästina zwischen dem Direktorium des KKL und der Wizo-Exekutive geführt wurden. Dadurch soll eine geregelte Zusammenarbeit zwischen Wizo und KKL bei der Gründung der Frauengruppen, bei der Abhaltung von Basars, bei gemeinsamer Propaganda erzielt werden. Schließlich geht Rednerin auf das künftige Programm der Wizoarbeit ein und erklärt, daß die ersten zehn Jahre nur auf die praktische Arbeit im Lande eingestellt waren **und daß die Wizo sich in Zukunft mehr als bisher der Kulturarbeit und Erziehung der jüdischen Frauen und Kinder widmen und im Sinne des zionistischen Programms die „Rückkehr zum Judentum" als ihren Inhalt ansehen müsse.**

Nach Beendigung des Referates der Frau Persitz erteilt die Vorsitzende der Delegierten, Madame **Retter** (Frankreich) das Wort, die über ihre Propagandareise nach Aegypten und über ihre im Anschluß daran erfolgte Palästina-Reise berichtet und in zündenden Worten die Konferenz zur tatkräftigen und enthusiastischen Arbeit in allen Ländern auffordert.

Nach der beifällig aufgenommenen Rede äußerte in der Debatte zum Referate der Frau Persitz, Frau Sieff, daß **laut einer Besprechung mit Vertreterinnen der Hadassah in London, die Frage der Affiliierung der HN nochmals überlegt werden müsse.** Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf diesen Punkt. — Dr. Hofmann erinnert daran, daß die ersten Vorschläge an die Wizo, zur Entlastung der Jewish Agency, eine Mitarbeit auf den „Nichtökonomischen Gebieten" auf sich zu nehmen, mit der Begründung verbunden wurden, dies geschehe zu dem Zwecke, um der Jewish Agency auf dem ökonomischen Gebiete der Kolonisation freiere Hand zu geben. In dem Referate Persitz war von diesem Zusammenhange nicht die Rede. **Rednerin verlangt, daß die Frauen bindende Abmachungen mit der**

Anwesende Delegierte

Argentinien: Frau Perigrini. — **Belgien:** Frau Matusewitz. — **Tschechoslowakei:** Hanna Steiner, Minna Arje, Lene Hoffmann, Dr. Mirjam Scheuer. — **China:** Frau Berman. — **Deutschland:** Jenny Blumenfeld, Dr. Recha Freier, Marg. Flörsheim, Henny Löw-Tachauer, Selma Winter, G. Hillemann. — **England:** Julius Jacobs, Leonhard Stein, N. Laski. — **Finnland:** Anna Pergament. — **Frankreich:** Claire Braunberger. — **Holland:** Dr. Pollak v. Cleef, Straschnow-Cahn, Bromen-Schnapper. — **Italien:** Georgia Belaffi. — **Jugoslawien:** Reza Steindler, Rosa Hacker, Alice Fünker-Rosenberger, Hermina Melamed. — **Lettland:** Frl. Lea Berlin. — **Litauen:** Frau Dr. L. Rachmilewitz, Gisela Blauer, Blanka Federn-Lipschitz, Dr. Martha Hofmann, Dr. Amalie Kantor. — **Polen:** Dr. S. Levite, Malka Reznik, Nelly Braude, Dr. Victoria Spektor, Dinah Karl, Hermine Schmerak. — **Portugal:** Hanna Sequerra. — **Rumänien:** S. M. Margulies, Dr. Weldler-Steinberg, Tily Ohrnstein. — **Süd-Afrika:** Shrire. — **Syrien:** Fanny Weil. — **Schweiz:** Dr. Carola Kaufmann, Lichtenstein-Hauser, Dr. Augusta Weldler, Charles Mayer, L. M. Hayum, Dr. Schlesinger, Dr. Lifschitz, Dr. Roth, Dr. Abraham, Lunka Reiter, Dr. Rahel, Klompus. — **Australien u. Neuseeland:** Henrietta Irwell. — **Delegierte der palästinensischen Wizo-Föderation Histadruth Arzith:** Frau Bella Cohen, Rachel Pomeranz, R. A. Rose Ginzberg, Maisel-Schochath.

Jewish Agency betreffs Kolonisierung der hiefür geeigneten Frauen vor Uebernahme solcher Arbeitsgebiete, die die Jewish Agency entlasten, treffen müßten. Frau Pollak-v. Cleef (Holland) verlangt ferner, daß zuerst das Verhältnis der Wizo zur Jewish Agency und das Recht der Vertretung geklärt sein müsse, bevor die Wizo der Jewish Agency ihre Unterstützung zuteil werden lassen könne. Frau Persitz weist auf die Verhandlungen mit Hadassah in diesem Zusammenhange hin, worüber sie heute noch nichts Näheres sagen wolle. Frau Rosenblüth spricht über die historische Verbundenheit der HNJ mit der Hadassah und Miß Szold, die die HNJ gegründet hat.

In der 9. Sitzung am 28. Juni abends begrüßt die Vorsitzende Frau Irwell den Präsidenten der Zionistischen Exekutive, Herrn Nahum Sokolow, und erteilt ihm das Wort zu einer Ansprache an die Konferenz.

Präsident Sokolow (mit stürmischem Beifall begrüßt) erklärt, daß die Konferenz, die soeben nächtliche Kommissionssitzungen gehabt habe sowie eine Krise der Exekutive, ein richtiger Kongreß sei. (Heiterkeit.) Sie sei ein Vorspiel zum 17. Zionisten-Kongreß und der Präsident erinnert an andere berühmte Vorkongresse, besonders an den der Chovewe Zion vor dem ersten Zionistischen Kongreß 1897 in Basel. Tomkin, den Israel Zangwill einen „Apollo-Perserker" genannte hat, drückte damals seine Angst gegenüber der neuen Situation, die durch den aufgehenden Stern Dr. Herzl geschaffen war, in den Worten aus: „Wir haben etwas geschaffen und jetzt soll das zu Ende gehen und ein neues Kapitel anfangen. Man sehnt sich nach dem Früheren zurück." Doch die andern erwiderten: „Wir nehmen auch das Alte in das Neue mit hinein". Der Präsident folgert daraus, daß jeder Kapitelschluß auch schon die Fortsetzung in sich trage. Das Ganze zusammen sei ein Kapitel. — Redner erinnert an die kleinen Anfänge der Wizo, die nicht auf die gegenwärtige Größe hätte schließen lassen, die die Organisation schon nach zehn Jahren erreicht hat. Er sieht in London deutlich den Einfluß der Wizo im englisch-jüdischen Leben, und dasselbe zeigt sich in den verschiedenen Ländern. Sogar in jenen Kreisen des englischen Judentums, die dem

Zionismus unzugänglich schienen, kennt man die Bedeutung der Wizo. Dasselbe sei in Polen, Sokolows alter Heimat, wahrzunehmen. Er nennt die Wizo eine weibliche „Alliance israelite universelle" — obgleich sie zum Glück Jüdinnen und nicht nur Israelitinnen erziehe. Die 6. Konferenz der Wizo steht vor dem Abschluß, sie hatte sehr komplizierte Probleme. Schwierigkeiten, Parteien und — wie Sokolow es nennt — „Akschones", Eigensinn. Die Wizo wird noch lernen, die Akschones zu überwinden, so wie der Zionismus im Ganzen es lernen muß. Wir sind ein allzuscharfsinniges und allzueigensinniges Volk, und können nicht in den 30 Jahren des Zionismus den übergroßen Scharfsinn von 2 Jahrtausenden verlernen. Uebrigens kommt Eigensinn auch in andern Parlamenten vor. Jeder Mensch denkt, daß sein Gedanke der erlösende sei. Doch nur aus dem Zusammenströmen vieler Gedanken entsteht das Gute. Sokolow legt der Wizo eine Verstärkung ihrer Galuth-Arbeit ans Herz, wenngleich der Kristallisationspunkt Erez Israel sei und bleibe. Doch hänge von der Erziehung der jüdischen Jugend in der Diaspora, diesem besondern Arbeitsgebiete der jüdischen Frau die jüdische Zukunft im Geiste Palästinas ab. (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Dank der Vorsitzenden an den Präsidenten der Zionistischen Exekutive erhält das Wort die Vizepräsidenten der Hadassah, Frau Franklin, die namens ihrer Organisation die besten Grüße und Glückwünsche an die Wizo-Konferenz übermittelt.

Sie schildert den Aufstieg der palästinensischen Frauenorganisationen. Neben dem Werke ihrer eigenen Organisation, der Hadassah, würdigt sie voll die Leistung der Wizo auf deren Arbeitsgebieten. Ebenso würdigt sie die Tätigkeit der Moazath Hapoaloth und der Histadruth Naschim Ivrioth. Mit Bezug auf die in Frage stehende Affiliierung der palästinensischen Frauenorganisationen an die Wizo betont Frau Franklin, daß Miß Szold die HNJ gegründet habe und erinnert an die in London beschlossene Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Wizo und Hadassah zwecks Vertretung der Frauenarbeit innerhalb der Jewish Agency. Sie erinnert ferner daran, daß schon damals Einwände gegen die Affiliierng seitens Hadassah gemacht wurden und erklärt, falls die Affiliierung der Hist. Naschim an die Wizo von dieser Konferenz ratifiziert würde, müßte die Einsetzung einer solchen Kommission, sowie Verhandlungen betreffs engerer Kooperation von Wizo und Hadassah bis auf weiteres vertagt werden. Sie erklärt die prinzipielle Bereitschaft der Hadassah zu einer solchen Kooperation und Kommission, wenn die Wizo dazu ernstlich entschlossen sei.

Nach den warmen Dankesworten Frau Irwills an die Hadassah-Vertreterin sowie der Mitteilung, daß Miß Szold als Ehrenpräsidentin in die palästinensische Exekutive der Wizo vorgeschlagen sei, schlägt Frau Doktor Kaufmann vor, sofort eine Kommission zur Erledigung der Zusammenarbeit der palästinensischen Frauenorganisationen mit Zuziehung Frau Franklins einzusetzen, was auf Antrag Frau Rosenblüths vom Plenum weg in die Kommissionssitzung verlegt wird.

Dr. Ringwald legt namens des Permanenz-Ausschusses eine Resolution der deutschen Föderation betreffs Bereitstellung eines Meschek Poaloth für die Aufnahme von religiösen Chaluzoth vor, wozu Frau Rubaschow für die Moazath Hapoaloth und Frau Winter für die Antragstellerinnen Erläuterungen abgeben.

10. Sitzung, Montag, den 29. Juni, nachmittags. Die Vorsitzende, Frau Steiner, erteilt das Wort Frau Blumenfeld zur Berichterstattung namens der Palästina-Kommission.

Zunächst wurde die Einnahmenseite berücksichtigt. Fünf Länder haben ihr Budget um 200 £ erhöht, die andern ihr vorjähriges Budget übernommen. Die Summe der Einnahmen ergibt 18.053 £, doch müssen wir 1200 £ auf Erklärung Kanadas, daß es ein volles Budget nicht aufbringe, abziehen. Damit verbleiben ungefähr 16.800 £, auf der Ausgabenseite haben wir dagegen 19.823 £ jährlich. Es wurden deshalb Streichungen vorgenommen, wie Abendkurse für Arbeiterinnen (1000 £) und Schule für geistig Zurückgebliebene (72 £). Bei andern Posten haben wir Streichungen für das 2. Jahr vorgenommen, falls die Einnahmen sich nicht vergrößern. Die Budgets für Hostel und Nahalal werden um 200 £ gekürzt, in der Annahme, daß der Betrag durch Schulgeld wieder eingeht. Darnach ergibt sich ein Defizit von rund 3500 £, bei voller Einhaltung der übernommenen Budgets — andernfalls noch mehr. Durch eine Erklärung Frau Irwells werden alle Föderationen gebeten, ihre Eingänge um 20 Prozent zu erhöhen und so das Defizit zu decken. Aus Zeitgründen wurde die Balancierung des Budgets der Exekutive und dem Council überlassen. Von der Jewish Agency liegt der Antrag vor, die Wizo möge einen Teil der Kindergärten Palästinas übernehme, von der MH wurde die Uebernahme der Meschke Hapoaloth beantragt. Eine Konsolidierungsschuld von 500 £ seitens der Jewish Agency an die MH wurde angenommen. Die Einnahmen aus Rumänien für die Ausgaben von Neß-Zionah (ausbalanciert mit je 4000 £) sind in dem Budget nicht enthalten.

Auf Antrag Dr. Scheuer wird der Bericht vorbehaltlich der schwebenden Angelegenheiten angenommen.

(In der Councilsitzung, welche der Konferenz folgte, wurde die Durchführung der schwebenden Angelegenheiten folgendermaßen geregelt; Die 500 £ gelangen erst dann zur Auszahlung, bis das Minimalbudget für die Inst. der Wizo 4 Monate im Vorhinein gedeckt ist. 2. Beratungen mit einem Fachmann der Jewish Agency werden Vorschläge betreffend die Konsolidierung der 3 Meschkey Poaloth ergeben, in welchem Ausmaße diese Konsolidierung stattfinden soll. Diese Vorschläge werden der nächsten Counciltagung vorgelegt werden.)

Die Vorsitzende des Permanenzausschusses Doktor Scheuer referierte über die Vorschläge zur Wahl der neuen Exekutive und drückt der abtretenden Leitung Dank und Bewunderung aus, zugleich mit dem Bedauern, daß nicht dieselben Personen wie bisher in London weiterführen. Die Referentin berichtet über die Schwierigkeiten der Einsetzung einer palästinensischen Exekutive in Verbindung mit einer Galuth-Exekutive. Leider sind mehrere Damen der Galuth-Exekutive ausgeschieden und mußten durch neue Mitglieder ersetzt werden.

Folgende Galuth-Exekutive wird vorgeschlagen: Ehrenpräsidentin Lady Samuel, Ehrenvizepräsidentin Frau Irwell, ferner die Damen: Goodman, Weizmann, Dr. Sokolow, Freiwel, Feldmann, Epstein Solomon, sowie neu kooptiert Frau Jacobs, sämtliche in London; ferner aus der übrigen Galuth die Dr. Levite, sowie neu kooptiert die Damen Pollak-Damen: Ben Zion, Freiman, Margulies, Steiner, Van Cleef, Dr. Roth und Dr. Scheuer. Frau Doktor Levite behält sich eine Erklärung betreffs Annahme ihrer Wahl vor. Eine ähnliche Erklärung erstattet Frau Feiwel.

Die Liste wird en Block mit lebhafter Akklamation angenommen.

Für die palästinensische Exekutive schlägt Dr. Scheuer folgende Damen vor: Maisel-Schochal, Kish, Ginsberg, Warszawsky, Fishmann (MH), Smoira (HNJ), Jewni (HA).

Die Liste wird gleichfalls en Block unter lebhaftem Beifall angenommen.

Frau Rosenblüth erklärt, daß diee HNJ sich eine Stellungnahme betreffs Eintritt der Frau Smoira in die Exekutive vorbehalte.

Dr. Scheuer überweist diese Erklärung der neuen Exekutive. Nach en Block-Annahme der von Frau Dr. Ringwald vorgelegten Resolutionen zur Affiliierung der HN spricht Frau Maisel-Schochat über den Verlauf und das Ergebnis der 6. Wizo-Konferenz. Es war eine sehr schwere Konferenz voll anstrengender Kämpfe, doch mit bestimmten Resultaten. Viel von dem, wts in 10 Jahre erstrebt wurde, wurde erreicht, vor allem der Zusammenschluß der jüdischen Frauen von Palästina mit der Wizo. Sehr deutlich ist der Geist und die Richtung der Konferenz zum Ausdruck gekommen, und auch dies ist ein Erfolg. Leider ist auch manches Schmerzliche vorgekommen und wir sind uns der großen Verantwortung dieser Stunde bewußt. Es wurde nicht bloß prinzipiell, sondern für eine bestimmte Arbeit gekämpft. Wir versuchten alles Mögliche, um uns nicht von wertvollen und teueren Mitarbeiterinnen zu trennen und waren darum zu manchen prinzipiellen Konzessionen bereit. Vergeblich. Die inneren Kämpfe haben uns jedoch bereichert, wir gehen gestärkt und voll Vertrauen zu dem richtigen Wege aus dem Kampfe hervor. Wir haben uns in der ganzen Bevölkerung Palästinas Vertrauen erworben, und Rednerin hat das Vertrauen in die Wizo, daß diese sich auf einer festen Richtlinie vergrößern wird. Vor zwei Jahren wurde das soziale Programm der HNJ teilweise in das Wizo-Programm übernommen und Rednerin hofft, daß auch auf diesem Gebiete die Wizo das in sie gesetzte Vertrauen weiterhin rechtfertigen wird. Frau Schochat dankt der Konferenz für das in sie gesetzte ertrauen. Die Mitglieder der neugewählten Palästina-Exekutive sind sich mehr denn je der großen Verantwortung bewußt, da einige wichtige Persönlichkeiten ausgeschieden sind. Die neue Palästina-Exekutive wird mit möglichster Objektivität alle Beschlüsse der Konferenz durchführen.

Nach den Ausführungen von Frau Freier, die in den Beschlüssen dieser Konferenz ein Zeichen dafür sieht, daß die Frauen sich aktiviert und zu eigener Initiative für die jüdische Renaissance-Bewegung entschieden haben, spricht Frau Margulies den beiden neu gewählten Exekutiven namens der Kontinentalmitglieder der Exekutive das vollste Vertrauen und die Zusicherung kraftvoller Unterstützung aus.

Frau Goodman erklärt namens der neu gewählten Londoner Exekutive, daß es vor allen Frauen abhängen wird, ob diese Exekutive arbeitsfähig ist.

Das Schlußwort der Konferenz hält Ehrenvizepräsidentin Frau Irwell, die die 6. Konferenz als eine der schwersten in der Geschichte der Wizo bezeichnet. Tage des Kampfes und der intensivsten Arbeit, gekrönt mit dem Erfolge des Anschlusses der Palästina-Frauenorganisationenn geben den Delegierten neue Kraftimpulse in dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression, unter der das jüdische Volk besonders leidet. **In den Reihen der jüdischen Frauen waren Krisen** nie entmutigend. Die Zionistin verkündet den Lebenswillen des jüdischen Volkes — sie darf den Mut nicht sinken lassen. Frau Irwell appelliert an die tatkräftige Mitarbeit aller Föderationen, um die Ergebnisse dieser Konferenz zu vollem Erfolg zu führen.

Mit ihrem Friedensgruß „Schalom" verbindet Frau Irwell den Dank an die ausscheidenden Mitglieder der Exekutive für ihre hingebende Arbeit in den vergangenen Jahren. Sie erklärt die 6. Konferenz der Wizo für geschlossen.

Eintragung von Lady (Herbert) Samuel in das Goldene Buch des KKL anläßlich der 6. Wizo-Konferenz in Basel.

Während der 6. Konferenz der Wizo in Basel (22. bis 29. Juni 1931) wurde die leider aus Gesundheitsrücksichten verhinderte Ehrenpräsidentin der Weltorganisation Zionistischer Frauen, Lady (Herbert) Samuel um Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung von den Delegierten dieser Konferenz in das Goldene Buch des KKL eingetragen.

Die neue Leitung der Wizo

Die Galuth-Ex ekutive

Ehrenpräsident: Lady Samuel; Ehren-Vizepräsident: H. Irwell, Mrs. Epstein, Feubel, Feldmann, Goodman, Haradi, Hodeß Jakob, Dr. Sokolow, Solomon, Dr. Weizmann (London) Frauen: Bension, Freeman (Kanada), Margulies (Rumänien), Dr. Scheuer, Hanna Steiner (Tschechoslowakei), Roth (Transsylvanien), Pollak v. Cleef (Holland).

Die Palästina-Exekutive

Kish, Arshovsky, Dr. Ginsberg, Ilvein. Maisel-Schochat, Ada Fischmann,

Aus den Ortsgruppen

Wir mußten in dieser Nummer einen Teil der Ortsgruppenberichte auslassen, weil wir eine Spezial-Nummer über die Weltkonferenz bringen wollten. Alle übrigen Nachrichten erscheinen in der nächsten

Hodonín. Unsere vor kurzem gegründete Wizo leitete ihre Tätigkeit mit einem Gartenfest ein, welches am 21. Juni stattfand und zweifellos eine der bedeutendesten zionistischen Veranstaltungen der letzten Zeit war. Die Besucher waren in jeder Beziehung zufriedengestellt und das Ergebnis der Veranstaltung war nicht nur ein moralischer, sondern auch ein gesellschaftlicher Erfolg und hat der Wizo neue Freundinnen und Freunde erworben. Der Ausschuß der Ortsgruppe hat sich mit seinem ersten Fest verdienten Beifall errungen, was in erster Linie der unermüdlichen Frau Salomea Schulsinger zu danken ist, welche in ihren Bemühungen durch die hiesige Makkabi unterstützt wurde. Hervorgehoben zu werden verdienen auch die Liedervorträge des Fräuleins René Weigl. Allerliebst waren die Reigen aufgeführt von Kindern. Die Klavierbegleitung besorgten in liebenswürdiger Weise die Damen Rosenfeld und Tupler. Es besteht allgemein der Wunsch, bald wieder ein so angenehm verlaufenes Fest zu veranstalten. Mit diesem Fest schaltet die Wizo-Ortsgruppe eine Sommerpause ein. Th. K.

Lundenburg. Die Arbeitsperiode der Wizo-Ortsgruppe Lundenburg, die im Mai abgeschlossen wurde, war eine ungemein gute, wohl die beste seit dem sechsjährigen Bestand derselben. Das gesellschaftliche Leben in ihrem Rahmen hat einen großen Aufschwung genommen und längst schon alle Kreise erfaßt. Der Abschiedsabend, der nach alter Gepflogenheit ein Eisabend war, verlief in festlicher Stimmung, die in Wehmut überging, da der Abend ja gleichzeitig ein Abschiedsabend für die nun bald scheidende Präsidentin Frau Dr. Schwenger sein sollte. Zu den schönen Ansprachen, die an sie seitens der Vorstandsdamen und des Plenums gerichtet wurden, kam das tiefe Bedauern über ihr Scheiden, die die Wizo zu dem gemacht hat, was sie heute ist — der gesellschaftliche Mittelpunkt der Gemeinde — und die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß ihr Abgang eine unersetzliche Lücke hinterläßt. In rührenden Worten wurde ihr der Dank aller verdolmetscht mit der Bitte, der Lundenburger nicht so bald zu vergessen, die auch sie immer in dankbarer Erinnerung behalten werden. Mit Dankesworten und der Aufforderung an die Mitglieder, die Wizo auch weiterhin zu unterstützen und ihr treu zu bleiben, verabschiedete sich tief ergriffen Frau Dr. Schwenger von den Anwesenden. Zur Erinnerung an ihr Wirken wurde ihr seitens des Plenums eine Adresse der Mitglieder, die 6 Oelbaumspenden auf ihren Namen zeichneten, übergeben. Die Vorstandsdamen überreichten ihr eine prachtvolle silberne Vase mit eingravierter Widmung.

Mißlitz. Am 29. Juni fand im Garten des Gasthauses Schlesinger, das gemeinsam mit dem jüdischen Turnverein veranstaltete Schulschlußfest statt. Die vom Wetter begünstigte Veranstaltung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches. Herr Eugen Nettel begrüßte in sehr schönen Worten, im Namen des Turnvereines und der W.J.Z.O. die Gäste und erklärte die Bedeutung des Wortes „Makkabi". Herr Otto Neumann hatte mit den Schulkindern das Märchenspiel „Schneewittchen" mit großer Mühe einstudiert und die Kleinen und auch er erzielten damit einen großen Erfolg. Die jüdischen Turnerinnen führten unter Leitung des Herrn Rudolf Neumann zwei Reigen auf, von denen besonders der erstere Erwähnung verdient, da er nach altjüdischen Melodien getanzt wurde. Sehr viel Beifall fanden auch die Geschicklichkeitsübungen unserer Kleinen und Kleinsten, die mit reichem Applaus und herzlichem Lächeln belohnt wurden. Auch ein „Kasperltheater" gefiel sehr und die letzten Verse mußten wiederholt werden. Das Fest war in jeder Beziehung gelungen und wir hoffen, unseren Kleinen bald wieder so einen fröhlichen Nachmittag bereiten zu können.

Teplitz-Schönau: Vortrag Bella Pewsner. Anfangs Juni sprach Frau Bella Pewsner in unserem Kreise. Es ist in diesen Blättern oft geschildert worden, welche tiefe Wirkung Frau Pewsner auf ihre Zuhörer ausübt, wie ihre Ausführungen in die Nöte, aber auch in die Notwendigkeiten des jüdischen Volkes erfüllt sind: aber das alles wird überragt und beschwingt von dem heiligen Ernst, der Wucht ihres Willens, der Innigkeit ihres Mitfühlens, der Treue und Offenheit, womit sie hingebungsvoll die selbstgewählte Aufgabe löst, ihre jüdischen Schwestern zum Denken und Arbeiten für ihr Volk heranzuziehen. Das war für alle Zuhörer ein Erlebnis. Frau Emmy Weiß dankte herzlichst. Herr Rabbiner Dr. Weiß gab die dankbare Hochachtung vor solcher Frau gerne kund. Dr. Fr. W.

Leiterin der Redaktion: Hanna Steiner.
Herausgeber: Ein Konsortium.
Verantwortlicher Redakteur: Moriz Mandl.
Druck von Heinr. Mercy Sohn.

Prag

Sterbefall. Hier starb Frau Fanny Brod, geb. Rosenfeld), die Mutter des Dichters Max Brod, im Alter von 72 Jahren und wurde Mittwoch, den 7. d. M. am Strašnicer Friedhof beerdigt.

Dem Israel. Mädchenfreitischverein in Praha I., Královdvorská 15—17, sowie seinen Gönnern und Wohltätern sprechen hiemit den tiefgefühlten Dank aus die dankbaren Zöglinge. 6043

Gedenket der Jüdischen Krankenfürsorge! In den jetzigen schweren Zeiten geht es unseren armen Kranken doppelt schlecht. Spendet uns auf Konto 38.545 so oft Ihr könnt!

Brünn.

Herzlfeier. Samstag, den 4. ds. fand im Saale der Israelitischen Kultusgemeinde, Brünn, die diesjährige Herzlfeier der Zionistischen Organisation statt, bei der der Vorsitzende Dr. S. Birnstein die Gedenkrede hielt, die mit einem Appell an die Anwesenden zur Arbeit und Opferwilligkeit im Sinne Herzls ausklang. Mit dem Absingen der Hatikwah schloß die kurze und würdige Feier.

Beim vormittägigen Gottesdienst gedachte Herr Rabbiner Dr. Grünfeld in längerer eindrucksvoller Rede Herzls. Seine Ausführungen ließen einen tiefen Eindruck zurück.

Eger. Herzl-Feier. Der Verein „Ahavath Zion" veranstaltete am 5. d. M. in der Synagoge eine Herzl-Feier. Im Mittelpunkt stand die Gedenkrede des Herrn Rabbiner Dr. Schapira, der insbesondere auf die Bemühungen Herzls, die Juden der Natur näher zu bringen, hinwies. Mit einem Appell, unsere nationalen Fonds zu kräftigen, da jede Spende indirekt wieder dem Spender zu gute komme, schloß die gehaltvolle Rede. Die kantoralen Funktionen versah, wie immer, in glänzender Weise Herr Oberkantor Armin Wilkowitsch, der das „Schochne botte chomer" und „Adon mo odom" zum Vortrage brachte. Die Orgelbegleitung hatte Hans Mautner inne. H. M.

Hodonin. Die zion. Lokalorganisation veranstaltete Sonntag, den 5. Juli im Tempel, aus Anlaß des Todestages Dr. Herzls eine Trauerkundgebung, bei welcher Rabb. Dr. Schulsinger die Gedenkrede hielt. Seine Worte erfüllt vom echten Pathos, machten auf alle Zuhörer einen tiefen Eindruck. — Vor einigen Wochen wurde die hiesige Gemeindevertretung aufgelöst und ein Regierungskommissär eingesetzt. Infolge dessen ist auch die jüd. Partei ohne Vertreter am Rathaus, welcher, solange er sein Mandat ausübte, in vielen Fällen mit Erfolg für seine jüdischen Mitbürger interveniert hat. Th. K.

Iglau. Am 4. Juli 1931 feierten unser bewährter Gesinnungsgenosse Herr Emanuel Fried und seine Gattin Frau Jenny, geb. Müller das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlasse fand im Rahmen des Sabbath-Gottesdienstes ein religiöser Festakt statt, bei dem Herr Oberkantor David Weiß das Jubelpaar durch einen Mischeberach und den Tempelgesangsverein durch den Vortrag eines Psalmes feierten. Herr Rabbiner Dr. Arnold Grünfeld würdigte zunächst die verdienstvolle Wirksamkeit des Herrn E. Fried innerhalb der Gemeinde als langjährigen Tempelvorstehers, der sein Ehrenamt vorbildlich versieht, als unermüdlichen Mitarbeiters in den hiesigen Wohltätigkeitsvereinen und rühmte schließlich seine ganz besonders wertvolle Tätigkeit als Nationalfondskommissär, die wohl der beste Beweis für seine opferwillige Liebe zum Judentum ist. Die Worte der Anerkennung klangen in den Wunsch aus, daß ihm und seiner Gattin Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit erhalten bleiben mögen. Der jüdische Volksverein „Theodor Herzl" benützte den festlichen Anlaß dazu, um als Zeichen seiner Wertschätzung und Dankbarkeit die Goldene-Buch-Eintragung seines rührigen N.-F.-Kommissärs durchzuführen.

Karlsbad: Der Verband jüdischer Handwerker in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet am Sonntag, den 12. Juli, um 10 Uhr vormittags im Schützenhaus eine Versammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe. Referent: Dipl. Ing. W. Finger, Vorsitzender des Reichsdeutschen Handwerkerverbandes, Ortsgruppe Essen: Siegfried Polák, Obmann des Beth-Haam und Vorstandsmitglied des Handwerkerverbandes in Prag.

Mies: Dr. Gabriel Scherzer, Advokat in Mies, ist am 6. Juli 1931 an einem schweren Leiden im Sanatorium Gottlieb in Prag gestorben. Dr. Gabriel Scherzer war ein bewußter Jude der stets und voll die Interessen des Judentums vertrat, dabei von einer seltenen Frömmigkeit und beispiellosen Wohltätigkeit. Er begleitete infolge dieser seiner Tugenden, die von seinen Glaubensgenossen voll anerkannt wurden, durch Jahre hindurch das Amt des Kultusgemeindevorstehers in Mies, das er in selbstloser Weise bis zu seinem Tode führte. Neben der großen Agenda seiner Kanzlei betätigte sich Dr. Scherzer aber auch im öffentlichen Leben und in Anerkennung seiner reichen Erfahrungen, seiner Kenntnisse und seines unermüdlichen Fleißes wurde er in die Bezirksvertretung und in den Bezirksausschuß der Bezirksbehörde in Mies gewählt, wo er auf sozialem und humanitärem Gebiete sich betätigte und insbesondere für die Verwirklichung der von ihm stammenden Idee der Errichtung eines öffentlichen Krankenhauses in Mies seine Kraft und Arbeit einsetzte, so daß es nur ihm verdankt werden kann, wenn ein öffentliches Krankenhaus in Mies errichtet werden wird. Doktor Scherzer war ferner Vorstandsmitglied der Sparkassa der Stadt Mies, Ausschußmitglied der Jugendfürsorge in Mies und Mitglied von vielen Vereinen. Der Verblichene wurde von Prag in seine Heimat Mies überführt, wo er von seinem Hause aus auf dem jüdischen Friedhofe in Mies am 9. Juli 1931 zur ewigen Ruhe bestattet wird. Sein Andenken wird bei seinen Glaubensgenossen und bei seinen Mitbürgern unvergessen bleiben. Mit ihm starb ein edler, guter Mensch; er ruhe sanft. Dr. Ignaz Weil.

Schmerzerfüllt geben wir die traurige Nachricht von dem Ableben unseres innigstgeliebten Gatten, Vaters, Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers, des Herrn

JUDr. Gabriel Scherzer,

Advokat in Mies,

welcher nach kurzem, schwerem Leiden am Montag, den 6. Juli nachmittags, kurz vor Vollendung seines 47. Lebensjahres sanft entschlafen ist.

Die Hülle des teueren Verblichenen wurde nach Mies überführt und die Beisetzung fand am Donnerstag, den 9. Juli um 2 Uhr nachmittags vom Trauerhause in Mies aus statt.

PRAG, den 9. Juli 1931.

Alfred und **Marcell**, Söhne.

Regina Scherzer, geb. **Werner**, Gattin.

Sofie Scherzer, Advokatensgattin in Suczawa,
Mayer Schieber in Kâmpolung,
Benno und **Olga Werner**, Hroubovice,
Siegfried und **Zdenka Werner**, Hroubovice,
Paul und **Fritzi Kersten**, Prag,
Schwäger und Schwägerinnen.

Dr. Emanuel Scherzer, Advokat in Suczawa,
Rosa Schieber in Kâmpolung,
Geschwister.

Salomon und **Gisela Werner**,
Schwiegereltern.

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135080/VII—1926 bewilligt.
Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moritz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.